

**Detlev Albers:
Totes und Lebendiges
im Erfurter Programm**

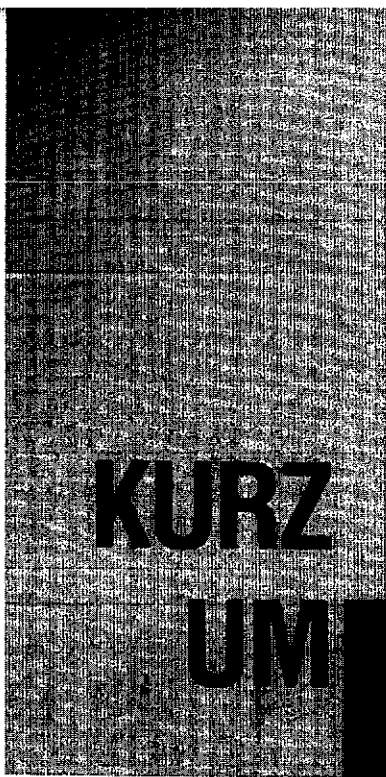
**Ulf Himmelstrand:
Sozialdemokratie bei
schwedischen Parlaments-
wahlen besiegt**

**Uwe Kremer im Gespräch
mit Peter von Oertzen:
Soziale Identitäten und
Parteireform**



SOZIALDEMOKRATIE

**ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK & WIRTSCHAFT
AUSGABE 6/91 • HEFT 62 • NOVEMBER/DEZEMBER • DM 7,-**



die Sozialdemokratie als Tatsache weitgehend akzeptiert. Theoretische Anstrengungen erschöpfen sich dann allerdings schon frühzeitig in der Feststellung, daß die Sozialdemokratie so ist, wie sie ist, bzw. das ist, was hinterher dabei herauskommt.

Ich will gar nicht behaupten, daß wir in dieser Ausgabe und dieser Hinsicht sehr viel weiter gekommen sind. Aber der Artikel von ANDREAS WEHR und unser Gespräch mit PETER VON OERTZEN liefern doch einige Grundlagen, um den „Charakter“ der heutigen Sozialdemokratie neu zu thematisieren. Hierbei soll auf eine Hypothese hingewiesen werden, die in dem Gespräch mit PvÖ aufgestellt worden ist: Demnach könne es auf der Grundlage heutiger sozialkultureller Strukturen und gesellschaftlich-„ideologischer“ Spaltungslinien keine „strukturelle Hegemonie“ der Sozialdemokratie mehr geben. HIMMELSTRAND bestätigt dies in seiner Schweden-Einschätzung übrigens nachdrücklich... Doch was bedeutet dies für linke Politikstrategien?

Eher deskriptiv, aber mit vielen Informationen bestückt, arbeiten sich HEINZ TIMMERMANN und H.J. AXT an die Sozialdemokratie im Osten (v.a. Rußland) und Süden Europas (v.a. Spanien und Griechenland) heran. Allerdings stellt sich in beiden Fällen das genannte Problem: Analytisch gilt ihnen die Sozialdemokratie als das, was sie darstellt und macht. Fraglich für sie, ob etwas anderes - und von welchem Standpunkt aus? - möglich oder denkbar wäre. Und tatsächlich: Die jeweilige Spezifik etwa der russischen oder der spanischen Sozialdemokratie lassen es als schwierig erscheinen, auf der Basis eines festen politisch-theoretischen Vorverständnisses ein Urteil über sie zu fällen. Leicht gehen uns abschätzige Bemerkungen über Gonzalez und die PSOE über die Lippen - die Frage nach den Alternativen für eine Politik der aufholenden Modernisierung oder gar nach einer Alternative dazu ist damit überhaupt nicht beantwortet.

Ein neues Verständnis der Sozialdemokratie, das notwendigerweise ein Verständnis der internationalen Sozialdemokratie sein muß, kann nicht im luftleeren Raum entwickelt werden. Wir brau-

chen viel mehr Kenntnisse über die ökonomischen, sozialen und kulturellen Konditionen sozialdemokratischer Reformpolitik, auch über die politischen und ideologischen Ambitionen und Kontroversen der jeweiligen Parteien. Sonst bleiben uns nur die eigenen Glaubenssätze und das Verratsgeschrei über Kinnock, Mitterand, Gonzalez, Vranitzky und wie sie alle heißen mögen - ein Verständnis der mit diesen Namen verbundenen Phänomene ergibt sich daraus ebensowenig wie eine links-sozialistische Handlungsoption.

Das Plädoyer für eine „neue Theorie über die Sozialdemokratie“ soll nun aber nicht dazu führen, daß man sich in der politischen Praxis nicht mehr - theoretisch wenig reflektiert - über gewisse Vorgänge und Personen auslassen darf. Wo kämen wir da hin!

Zur Wahl von Hans-Ulrich Klose fällt mir allerdings nicht mehr viel ein: Mit ihm steht nun ein Mann an der Fraktionsspitze, der sich in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung als Speerspitze der sozialdemokratischen Golfkriegsbefürworters Zeug warf. Und zu seinen bevorzugten Hobbies zählt es gegenwärtig, die Grenzen der Belastungsfähigkeit deutscher Unternehmer zu beschwören. Jede andere Wahl - ob Dressler oder Däubler-Gmelin - wäre besser gewesen, stünden sie doch beide für ein ernsthafteres Verhältnis zur Programmatik der Partei. Die Fraktion hat in genau entgegengesetzter Richtung entschieden.

Daß dies in der SPD passieren kann, ist mir schon klar. Daß sich darüber in der Partei aber eigentlich niemand aufregt, so als seien Inhalte völlig egal und als käme es heutzutage nur noch darauf an, pfeifenrauchende und nachdenklich wirkende Schönlinge mittleren Alters zu präsentieren bzw. Engholm zu klonen, spricht aber schon für eine innere Sprachlosigkeit in unserem Laden, die mich ein klein wenig ärgert.

Uwe Kremer

Der Gedanke, sich - im Schwerpunkt dieses Heftes - mit der Sozialdemokratie „als solcher“ zu beschäftigen, sich dabei also nicht auf Korrespondenzen und politische Kommentare zu beschränken, mutet vielleicht für eine Zeitschrift wie die unsrige nicht sonderlich sensationell an. Man muß dabei aber folgendes in Rechnung stellen:

In den 70er Jahren waren linke Organe und andere Schriftwerke voll von Abhandlungen über den „Charakter“ von diesem und jenem, insbesondere über den der „Sozialdemokratie“. Ergebnisse der Parteien- und Sozialforschung wurden mit marxistischen Theoremen kombiniert, um das Verhältnis von Sozialdemokratie und Klassenverhältnissen, die Rolle der SPD zwischen Herrschaft und Basisbewegungen, zwischen Staat und Gesellschaft, zwischen Reform und Revolution auf den - zumeist „reformistischen“ - Begriff zu bringen und daraus das eigene Verhältnis zur SPD herzuleiten.

Dieser Mühe unterzieht sich heute kaum noch jemand. Wie man die Sozialdemokratie findet - zum Kotzen, liebenswert oder gar nicht - und sich dazu verhält, ist weitgehend Ansichtssache und dabei häufig noch von der jeweiligen Tagesform abhängig. Dabei wird - abgesehen von einigen „konkret“-Fans -

IMPRESSUM

Herausgeber/Herausgeberinnen:
Detlev Albers (Bremen),
Heinz Albrecht (Berlin),
Dietrich Dehm (Frankfurt/M.),
Jürgen Egert (Berlin),
Katrin Fuchs (Verl.),
Josef Hindels (Wien),
Klaus Peter Kisker (Berlin),
Heinrich Lienker (Bielefeld),
Susi Möbbeck (Bremen),
Ursula Pausch-Gruber (Kairifindach),
Claudia Wolther (Aachen),
Kurt Wand (Hamburg),
Klaus-Peter Wolf (Frankfurt/M.),
Burkhard Zimmermann (Berlin).

Redaktion:
Ingo Arend
Gisela Becker
Uwe Kremer
Fiete Saß
Birgit Zoerner

Redaktionssekretär:
Ralf Schmitz

Redaktions- und Verlagsanschrift:
Krieler Str. 13
5000 Köln 80
Telefon: (0221) 623271
Telefax: (0221) 612815

Verlag:
spw-Verlag/Redaktion GmbH
Krieler Str. 13 • 5000 Köln 80
Geschäftsführung:
Andreas Bach
Ulla Saß

Konto des Verlages:
Postgiraamt Dortmund,
Kto. Nr. 324 434 68
BLZ 440 100 46
Abzahlungen ausschließlich
auf dieses Konto

• Die spw erscheint 1991 in 6 Heften mit ca. 60 Seiten pro Heft
• Jahresabonnement DM 51,-
ermäßigtes Jahresabonnement (für SchülerInnen, StudentInnen, Erwerbslose) DM 42,-
• Auslandsabonnement DM 54,-

• Abbestellungen mit einer Frist von drei Monaten zum Jahresende.

Wir freuen uns über Manuskripte und Zuschriften. Manuskripte sollen in Maschinenschrift und mit einem ausreichenden Rand versehen sein. Wenn möglich, sollen Manuskripte auf Diskette mit einem Ausdruck (MS-DOS 5 1/4 oder 3 1/2 Zoll, MS WORD oder reiner ASCII-Text),

ISSN 0170-4613

Copyright (C) spw-Verlag/Redaktion GmbH 1991.
Alle Rechte, auch das der Übersetzung, vorbehalten.

Satz und Gestaltung:
Birgit Gerson, Hemer

Druck:
Nolte-Druck, Schwerte

KOMMENTAR

Ulli Stark: Muskelspiele Seite 6
Stuart Hall: Globalisierung - Die andere Seite Europas 8

SOZIALDEMOKRATIE

Volker Hielscher / Richard Eckermann:
Der Fall Börsen oder: Abgang eines Pfeifenrauchers 12
Dietrich Heither: Projekt Moderner Sozialismus 13
Carl Chung:
Berlin: Ein Gespenst geht um ... oder: Wer ist die dsp? 14

SOZIALDEMOKRATIE

Soziale Identitäten und Parteireform 17
Ein Gespräch mit Peter von Oertzen
Andreas Wehr:
Arbeiterpartei, Volkspartei, Allerweltpartei... 23
Heinz Timmermann:
Sozialdemokratie in den slawischen Republiken der Sowjetunion 29
Heinz-Jürgen Axt:
Zwischen Marktorientierung und Etatismus 35
Detlev Albers: Totes und Lebendiges im Erfurter Programm 41
Ulf Himmelstrand:
Sozialdemokratie bei schwedischen Parlamentswahlen besiegt 46

DEBATTE

Günter Neuberger: Der Verlierer heißt Sarastro 50

REZENSION

Klaus Störch: Was bleibt vom Sozialismus? (Thomas Meyer) 54

REPLIK

Sabine Kebir: Abkoppelung und Aufklärung 56

LESERBRIEFE

Zu dem Artikel „Die Ursachen liegen tiefer“ von Andreas Wehr in der spw vom Mai/Juni '91, Heft 59

Zu der Analyse von Andreas Wehr über die Wahlniederlage der rot-grünen Koalition in Berlin möchte ich zwei kritische Anmerkungen machen.

1. Vor sechs Jahren bin ich von Berlin nach München übersiedelt. Der Ortswechsel hat für mich, der 32 Jahre in Berlin als überzeugter Berliner gelebt hat, einen teilweise schmerzlichen, aber vor allem aufklärerischen Lernprozeß mit sich gebracht. Nachdem die kulturellen Eigenarten der verschiedenen europäischen Regionen Themen von Sozialisten sind, wird es meiner Meinung Zeit, sich auch mit den Eigenarten der verschiedenen Landsmannschaften in Deutschland kritisch auseinanderzusetzen. Dabei muß ihnen aus sozialistischer Sicht genauso wie den europäischen Regionen kulturelle Gleichberechtigung und Beachtung zugestanden werden.

Andreas Wehr kritisiert die populistische oder gar landsmannschaftliche Orientierung der Partei. Dabei kritisiert er die „krachlederne, blau-weiße Sozialdemokratie in Bayern“. Davon abgesehen, daß die bayerischen Farben weiß-blau sind, besitzt Andreas Wehr offensichtlich ein sehr antiquiertes Bild der bayerischen SPD. Unabhängig von ihren vielen Fehlern und Mängeln besteht gerade eines der Hauptprobleme der SPD in Bayern darin, der spezifischen Lebensart und den Bedürfnissen der bayerischen Bevölkerung bei ihrer Politik genügend Rechnung zu tragen. Die bayerischen Sozialdemokraten gelten hier immer noch als norddeutscher Parteibleiber, der mit den gleichen Vorurteilen wie Andreas Wehr von einer dumpfen, „krachledernen“ bayerischen Bevölkerung ausgeht. Damit ist Genosse Wehr der Propaganda einer tatsächlich „krachledernen“ CSU auf den Leim gekrochen.

Die Versuche einiger Sozialdemokraten, an den freiheitlichen bayerischen

Traditionen anzuknüpfen, wurden leider von der eigenen Partei als „krachledern“ denunziert. Es mag nicht in das Weltbild eines Berliners passen, daß historisch für Bayern Toleranz, Liberalität und Aufmüpfigkeit steht und Preußen hier in Bayern als Symbol für Obrigkeit, Gehorsam und Militarismus gilt. Ein Berliner in hohen Funktionen in Partei, Staat und Wirtschaft ist in Bayern möglich, in Berlin andersherum ein Bayer in vergleichbarer Position fast undenkbar. Heute müssen wir „Preußen“ zur Kenntnis nehmen, daß das ehemals industriell weniger entwickelte Bayern High-Tech-Zentrum geworden ist. Viele Berliner Firmen und Arbeitnehmer haben sich inzwischen in Bayern angesiedelt und wollen hier bleiben. Der CSU ist es gelungen, den Stolz der Bayern auf ihre wirtschaftliche Entwicklung mit ihren reaktionären Inhalten zu verbinden und die freiheitliche Volkskultur durch volkstümliche Kommerzkultur zu verdrängen.

Besonders ärgerlich an Andreas Wehrs Ausführungen ist, daß die landsmannschaftliche Ausrichtung der Berliner SPD, die ja an Lokalpatriotismus kaum noch zu überbieten ist, keine Erwähnung findet. Gerade in der Hauptstadtfrage wurde noch einmal die Arroganz vieler Berliner Politiker deutlich. Wer sich in dieser Frage nicht populistisch verhielt bzw. verhält, hat in Berlin offensichtlich keine Chance.

2. „Für den einzelnen sind Habitus und kulturelle Lebensform oft wichtiger als seine soziale Stellung.“ Diese Feststellung von Andreas Wehr gilt nur sehr bedingt. Je weiter der einzelne vom Arbeitsprozeß (Produktion und Administration) entfernt ist, je mehr ist er gezwungen, sich über andere Dinge zu definieren. Wer im Arbeitsprozeß steht, definiert sich trotz aller Individualisierungstendenzen in der Hauptsache immer noch als Arbeitnehmer. Dies gilt z. B. auch für die Beschäftigten der EDV-Branche, für die Fragen der sozialen Gerechtigkeit nach wie vor „in“ sind. Daß sie heute nicht mehr automatisch SPD wählen, liegt zum großen Teil an uns selbst. Auch die SPD hat in den Augen vieler sozial

denkender Arbeitnehmer an Glaubwürdigkeit verloren. Sie hat keine soziale Kompetenz mehr. Fragen der Lebensqualität existenzgesicherter Bildungsbürger stehen im Mittelpunkt der Politik der SPD. Die Fragen nach Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen werden bei weitem nicht so intensiv diskutiert und bearbeitet wie Fragen der Umwelt und des Verkehrs.

Aus meinen Erfahrungen als HBV-Vertrauensmann in einem großen Software-Haus bei München, mit den Einstellungen und Ansichten gutverdienender Programmierer vertraut, weiß ich, daß auch bei ihnen neben Umweltfragen soziale Probleme einen großen Raum bei Gesprächen mit Kollegen einnehmen: Steuergerechtigkeit, Rentenreform, Wohnungsfrage, Gesundheitskosten usw.. Im Gegensatz zur Einschätzung von Andreas Wehr definieren sie sich in Abhängigkeit von ihrem Beruf als EDV-Leute, als Programmierer. Sogar Freizeit findet gelegentlich im Kollegenkreis statt. In der Umsetzung sozialgerechter Lösungen hat die SPD durchaus Chancen, auch gutverdienende Programmierer oder andere Gruppen der „technischen Intelligenz“ für sich zu gewinnen. Das soll keine Absage an die Bearbeitung anderer Politikfelder sein, z. B. eine sozial-orientierte Umweltpolitik. Besonders problematisch wird rot-grüne Politik, wenn sie Umweltprobleme auf Kosten kinderreicher und einkommensschwacher Haushalte versucht zu lösen. Das Autofahren wird bestraft, ohne alternative Gesamtverkehrskonzepte zu entwickeln bzw. umzusetzen.

Voll zustimmen kann ich Genosse Wehr, wenn er vor dem Schluß warnt, daß die Partei Verständnis und Platz für fast jede Haltung bieten müsse. Und einig bin ich mit ihm, wenn er unsere Aufgabe darin sieht, den Zugang zu den unterschiedlichsten Menschen mit Themen zu finden, die sie gleichermaßen interessieren. Nur, werden wir Prioritäten setzen müssen. Freundschaft!

Wolfgang Schulz,
München

Liebe Leserinnen und Leser!

Für den spw-Verlag war 1991 ein erfolgreiches Jahr. Finanziell konsolidiert, die ABO-Zahlen gestiegen: 90 neue ABOs! Die erfolgreiche Entwicklung eines linken Blattes ist derzeit nicht selbstverständlich. Wir danken sie den vielen AutorInnen, den engagierten LeserInnen, den umfangreichen ehrenamtlichen Bemühungen von Redaktion, VertriebsagentInnen, HerausgeberInnen und GesellschafterInnen - sowie dem großen Einsatz unseres Redaktionssekretärs Ralf Schmitz und den produktiven Ideen unseres Werbeverantwortlichen Thomas Rausch. Soeben ist das „Lesebuch zur SPD-Organisationsreform“ erschienen, ein Beitrag zur Entwicklung der SPD und - wie die AbonnentInnen wissen - ein „Spezial“-Thema unseres Verlages. Dieses Buch läßt sich interessant „im stillen Kämmerlein“ lesen -

Zur Demokratiedebatte:

In der Juli/August-Ausgabe von spw brachte Uwe Kremer als Antwort auf die Hamburger Wahlergebnisse folgenden Vorschlag in die Diskussion: „In Zukunft entspricht die Gesamtheit der möglichen Abgeordneten der Gesamtheit der Wahlberechtigten. Die Stimmenanteile der Parteien werden dann als Anteile an der wahlberechtigten Bevölkerung ausgewiesen... Dementsprechend sollte auch die Sitzverteilung erfolgen.“ Für den konkreten „Fall Hamburg“ (Wahlbeteiligung 66,18%), „würde dies bedeuten, daß mehr als 30% der Plätze frei bleiben.“

Uwe Kremer argumentiert, daß dies „nicht nur den demokratischen Bürgerwillen deutlicher ausdrücken (würde), sondern die Parteien selbst dazu zwingen (würde), ihre Ignoranz aufzugeben und sich stärker als bislang um die Veränderung ihrer Politikformen und um die Aktivierung der Wahlberechtigten zu bemühen.“ Tatsächlich? Zunächst ließe sich bereits trefflich darüber streiten, ob das resignierte

wir hoffen aber, daß es auch in der Parteidiskussion angenommen und eingesetzt wird. Mit dem ermäßigten Preis von 15,- DM (bis 31.1.92) laden wir zu schnellen Bestellungen ein.

Für die Kritik unserer LeserInnen sind wir dankbar. Sie hilft uns, spw zu verbessern. Für das neue Jahr sind diesbezüglich einige Überraschungen in Vorbereitung: verändertes Format, verbessertes Erscheinungsbild, neue Rubrizierung.

Für die „große“ Politik war 1991 ein schlimmes Jahr: Begonnen mit dem Golfkrieg, beendet mit dem Krieg in Jugoslawien. Wir wünschen uns allen, daß 1992 zu etwas mehr Hoffnung auf ein „Gutes neues Jahr“ Anlaß gibt. Unseren Leserinnen und Lesern wünschen wir Erfolg und Glück im Politischen wie im Privaten. Eure spw-Geschäftsführung

Ulla Saß / Andreas Bach

Nicht-Wählen weiter Teile der Bevölkerung als „demokratischer Bürgerwille“ bezeichnet werden kann. Ist es nicht eher eine Wahlenthaltung, die an tatsächlich demokratisch gebildetem Willen vorbeigeht und die Nicht-WählerInnen sich politisch in sich selbst zurückziehen läßt?

Der Vorschlag hat einen nicht zu unterschätzenden Pferdefuß: Wir regen uns bereits heute darüber auf, daß politische Entscheidungen von einem kleinen Kreis (Parlamenten, Regierungen) gefällt werden und sich nur in Ausnahmefällen auf den „demokratischen Bürgerwillen“ stützen können. Blieben nun auch noch zahlreiche Parlamentsessel leer, würde der Kreis der EntscheidungsträgerInnen noch enger, würde neben der Regierung auch die Opposition zusammenschrumpfen. ... Ohne in ein Gesamtkonzept eingebettet zu sein, führt dieser Vorschlag von Uwe Kremer jedenfalls zu nichts! Und ein geschlossenes Gesamtkonzept, das auch überzeugen kann, liegt nun einmal (noch) nicht vor.

Am erschreckendsten finde ich allerdings das Politikverständnis, das hinter

einem derartigen Gedanken steht - das Sich-Abfinden mit dem Parlamentarismus. (Ich dachte immer, wir fordern direkte Demokratie, oder?) Ich unterstelle Uwe Kremer nicht, daß er sich nicht für plebiszitäre Elemente in der BRD-Demokratie stark machen würde. Ich möchte nur klargestellt wissen, daß es sich bei jedem Versuch, „mehr Demokratie zu wagen“, um ein Herumdoktern am System handelt, der früher oder später auf den Widerstand der Herrschenden stößt. ...

Der Dreiklang: Rechenschaftspflicht, Abwählbarkeit, Durchschnittslohn (für Abgeordnete; die Red.), führt zu größerer Durchschaubarkeit politischer Entscheidungen, führt dazu, daß jedeR sofort zurückgepfiffen werden kann, wenn er/sie das Amt oder Mandat mißbraucht, und schließlich dazu, daß die Großkopfeten (die dann vielleicht gar keine mehr sind) die Bodenhaftung nicht verlieren und mangels Privilegien auch keinen Grund haben, auf ihren Sesseln zu kleben.

Thorsten P. Henke,
Lübeck



ULLI STARK, ESSLINGEN

MUSKEL SPIELE

In der Südwest-SPD geht's ums Ganze. Ein halbes Jahr vor den Landtagswahlen erscheinen die Aussichten besser denn je, die seit 1972 alleinregierende CDU aus der Regierungsverantwortung drängen und selbst die Führung einer wie auch immer gearteten Koalition übernehmen zu können.

Vor etwas mehr als 4 Jahren sind Dieter Spöri als Spitzenkandidat und Uli Maurer als Landesvorsitzender angetreten, die sich dem freien Fall in der Wählergunst annähernde Partei inhaltlich und personell rundzuerneuern. Mit der unter dem Schlagwort Öko-High-Tech bekanntgewordenen Vision des "Neuen Fortschritts" sollten damals in den vielzitierten modernen Arbeitnehmergruppen, die insbesondere im Raum Stuttgart ausgemacht worden waren, neue Wählerschichten für die SPD angebohrt werden. Das Konzept ging - vermittelt über ein dem Zeitgeist nachjagendes Outfit - bisher nur zum Teil auf: Tatsächlichen Stimmenzuwächsen in der jüngeren Generation stehen im Saldo größere Verluste bei den Senioren gegenüber. Die auf den Parteitag 1987 folgende Landtagswahl brachte - statt der erhofften Gewinne - sogar einen schwachen Rückgang auf 32%.

Trotz einer erheblich verbesserten Oppositionspolitik im Stuttgarter Landtag mit dem neuen Führungsduo hätte vor einem Jahr noch niemand einen Pfifferling auf eine mögliche Regierungsoption der Sozialdemokraten gesetzt. Doch seit dem jähen Sturz von Späth hat sich das Blatt schlagartig gewendet:

-> Einen "sauberen" Neuanfang mit dem Späth-Nachfolger Teufel hat es nicht gegeben, die Altlasten in der Regierung gären fröhlich weiter. Fast täglich kommt irgendein neues Detail aus einem laufenden - wenn nicht gar ein neues - Skandalchen ans Licht. Nach und nach ist fast die Hälfte der Minister in den Geruch massiver Vetterleswirtschaft geraten:

-> Der vermeintliche Jungstar und neue Verkehrsminister Thomas Schäuble hat sich - von allen Seiten mit Vor-

schußlorbeeren bedacht - auf Tauchstation begeben, nachdem sein Startprojekt "Nahverkehrsabgabe" - die einer Kopfsteuer für Großstadtbewohner gleichkommt - zum Rohrkrepiere verkam.

-> Der Unmut über den ins Finanzressort abgewanderten Rechtsausleger und ehem. Kultusminister Mayer-Vorfelder (Schülerjargon: "M.-Vorderlader") bei Lehrern und Eltern sitzt nach wie vor tief. Seitdem ist zwar der Kulturkampf gegen alles auch nur leise nach Gesamtschule Riechende eingestellt worden - die vollmundig angekündigte baden-württembergische Variante eines Betreuungsangebots für Schüler zugunsten berufstätiger Frauen erwies sich jedoch schnell als Bluff.

-> Der neue - stockkatholische - Regierungschef selbst wirkt eher bedächtig und nicht unbedingt als dynamischer Zupacker mit überragender ökonomischer Kompetenz. Das schäbige Verhalten von CDU-Spitzenpolitikern gegenüber den treuen aber letztendlich entdeckten Millionenspendern aus der Wirtschaft (die Spender wurden - wenn auch vorsichtig - belangt, die Kassierer blieben von der Justiz so lange unbehelligt, bis die Verjährungsfrist eingetreten war) dürfte selbst in jenen Kreisen Zweifel an der Kompetenz der Regierungspartei genährt haben.

Der Schlüssel: wirtschaftspolitische Kompetenz

Unter diesen Vorzeichen stand der Landesparteitag vom 27. - 29. September in Ludwigsburg, auf dem die inhaltlichen Schwerpunkte festgelegt und der Spitzenkandidat bestätigt werden sollten. Vor allem ein wirtschaftspolitischer Kompetenzvorsprung des Sozialdemokraten gegenüber seinem Kontrahenten sollte dabei demonstriert werden.

Angesichts des erstmals seit langem unter dem Altbundes-Schnitt liegenden Wirtschaftswachstums im Ländle und sich häufenden Meldungen über Kurzarbeit

im Maschinenbau stellte der Chef der Landtagsfraktion, Spöri, den Erhalt und Ausbau des Standorts Baden-Württemberg gegenüber den Herausforderungen "EG-Binnenmarkt" und "Öffnung nach Osten" in den Mittelpunkt. In seiner überzeugend vorgetragenen Kandidatenrede hob er dabei 4 Punkte besonders hervor:

1. Alternativen zu den notorisch verstopften Autobahnen und Fernstraßen - nicht mehr nur in den Ballungsräumen. Dabei werde verstärkt auf regionale ÖPNV-Konzepte auf dem flachen Land - wie das bereits im ostwürttembergischen Landkreis Hohenlohe funktioniere - gesetzt. Dazu kommen müßten mittelfristig Schnellbahnverbindungen Richtung Dresden, Prag, München, Paris. Die Finanzierung soll über eine Initiative des Landes im Bundesrat, nach der in Zukunft 30% des Mineralölsteueraufkommens an die regionalen Träger abzugeben wären, gesichert werden.
2. Getreu der Vision vom Öko-High-Tech soll im exportabhängigen Ländle verstärkt auf zukunftsträchtige - weil umweltverträgliche - Spitzen-Produkte gesetzt werden, die "die Ökologie von vornherein integrieren". Dazu gehöre beispielsweise die Umorientierung von Daimler-Benz auf Elektroautos, die ein mögliches Abgleiten der Autoherstellung in den Status einer Altindustrie verhindern könne. Angesichts der immer weniger erfüllbaren Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften soll auch in Baden-Württemberg die Weiterbildung gesetzlich verankert werden. Demgegenüber führten Experimente der Landesregierung mit wenigen Eliteschulen in die Irre.
3. Statt der von Teufel als Alternative zu den Bundesplänen ins Spiel gebrachten Vermögenssteuersenkung plädiert Spöri für eine aufkommensneutrale Reform der Unternehmenssteuern zugunsten der reinvestierten Gewinne.
4. Nicht zuletzt soll die katastrophale Lage auf dem Wohnungsmarkt - die inzwischen nachweislich auf ansiedlungswillige Arbeitnehmer und Betriebe abschreckend wirkt - mit ei-

nem Wiedereinstieg des Landes in den Sozialen Wohnungsbau angegangen werden.

Die Partei steht sich selbst im Weg

Weitere Wahlkampfthemen liegen in Baden-Württemberg schon seit der Späth-Ära auf der Straße: Von der Handhabung des § 218 über sich häufende Merkwürdigkeiten bei der Strafverfolgung von "Großkopfeten" bis zur oft stiefmütterlichen Behandlung des Öffentlichen Dienstes (Polizei, Finanzverwaltung, Dienstleistungen). Die Landes-CDU setzt jedoch weiterhin - Teufels Katholizismus hin, Katholizismus her - auf eine gnadenlose Kampagne gegen den Art. 16, GG. Davon wird sie sich auch durch überparteiliche Vereinbarungen bei Kanzlergesprächen nicht abhalten lassen. Demgegenüber hat die Landtagsfraktion schon vor über einem Jahr - als Lafontaine bereits über "Nichtverfolgerstaaten" schwadronierte - für ein Einwanderungsgesetz mit Länderquoten plädiert, mit dem der Druck vom Asylrecht zugunsten einer legalen Zuwanderungsmöglichkeit genommen werden sollte. Auch in der aktuellen Auseinandersetzung hatten Spöri & Co. einen neuen Pfeil im Köcher: Ausgehend von der Überlegung, daß der Art. 16 im Verlauf der Vorbereitungen zum endgültigen Abbau der Binnengrenzen innerhalb der EG - mit der tatkräftigen Unterstützung der bundesdeutschen Verhandlungsführer - weitgehend kassiert werden könnte, sprach sich das Spöri-Konzept für eine durch Mindestanforderungen kontrollierte Abtretung des Asylrechts über Art. 24 an die EG sowie verkürzte Verfahren aus. Dazu gehört folgerichtig auch die Zustimmung zu grenznahen Sammellagern sowie dem Einzelrichter.

Diese - hier arg verkürzte - Position fand nicht nur Eingang in die Beratungen des Parteipräsidiums, sondern schlug sich auch in einem Initiativantrag des Landesvorstands wieder. Die Debatte desselben sprengte - wie kaum anders zu erwarten war - die Tagesordnung am Samstag

nachmittag, stellte alle anderen Antragsberatungen in den Schatten und kam folgerichtig auch als die "message" in den Medien 'rüber. Der Aufstand der Gesinnungsethiker - die in dem Ansinnen Spöris Verrat witterten - gegen die Polit-Pragmatiker "da oben" wurde an diesem Punkt schließlich mit großer Mehrheit abgelehnt.

Permanente Revolte: Arbeitsgemeinschaften gegen "Elefanten"

Uli Maurer - über den sich hartnäckig das Gerücht hält, er sei früher Boxer gewesen - behauptet von sich selbst gern, er habe eine "unheimlich harte Linke". 1987 war es deshalb nicht allzu verwunderlich, daß ihm "nur" ca. 3/4 des Parteitags das Vertrauen aussprachen. Inzwischen erzielt auch er Ergebnisse von an die 90%. Dennoch macht sich auf Parteitag regelmäßig eine äußerst kritische Stimmung gegenüber Mandatsträgern in Bund und Land allgemein - auch den "linken" - breit.

Bereits beim '89er-Parteitag in Konstanz war es mehreren Arbeitsgemeinschaften gelungen, erfolgreich ein gemeinsames "Ticket" für den Landesvorstand zu basteln, dem der eine oder andere Mandatsträger zum Opfer gefallen war. "Elefanten" wie der Landesgruppenchef, MdB Huonker, kamen auch diesmal nach einem schlechten Ergebnis im 1. Wahlgang gehörig ins Schwitzen, während zwei von den Jusos unterstützte Männer glatt durchliefen. Ein MdB fiel durch, zwei weitere langjährige Mitglieder schafften den Sprung ins Führungsgremium nur knapp. Auch die seit langem währende Organisationsdebatte spiegelte diesen Umstand wider: Auf Betreiben mehrerer Kreisfunktionäre sollte - neben den unregelmäßig stattfindenden Fachkonferenzen und den Tagungen der Kreisvorsitzenden - ein Landesauschuß aus Vertretern der über 40 Kreisverbände zur "Kontrolle des Landesvorstands" eingesetzt werden. Nach langer kontroverser Diskussion - die ein extra eingerichteter Ausschuß 2 Jahre lang vorbereitet hatte - wurde das Ansinnen

schließlich zugunsten eines zusätzlich jährlich abzuhaltenden Parteitags ohne Wahlen zurückgewiesen. Das grundsätzliche Mißtrauen gegenüber "denen da oben in Stuttgart" (und Bonn) wird lustig weitergeschwelen... - auch wenn der Landesvorstand im Grunde ein parteioffenes und sehr liberal geführtes Gremium ist.

Fazit

Die Zahl der Sozialdemokraten im Südwesten, die "regieren müssen", hat nach mehreren spektakulären Erfolgen bei (Ober-)Bürgermeisterwahlen in den letzten Jahren erheblich zugenommen. Dennoch hält sich in der Partei - und insbesondere unter Landesdelegierten - hartnäckig die Identifikation mit der Rolle der ewigen Opposition, der Freiheitskämpfer gegenüber dem schwarzen Filz. Mit dieser "Wehrt-Euch-leistet-Widerstand!"-Mentalität sind keine Wahlen zu gewinnen und erst recht keine Regierungsmannschaften aufzustellen.

Die Parteispitze hat dies längst erkannt und versucht gegenzuhalten - ein nicht immer leichtes Unterfangen. Was in der "Stuttgarter Szene" längst selbstverständlich ist, muß noch lange nicht im fränkischen Wertheim oder in Waldshut an der Schweizer Grenze gelten. Diese Erfahrung hatte wohl die aus Nordbaden kommende neue Juso-Vorsitzende im Hinterkopf, als sie in einem Interview für eine oberschwäbischen Zeitung dem Spitzenkandidaten voraussagte, er werde sich mangels ausreichendem Basiskontaktes am Wahltag noch gehörig wundern. Wenige Tage vor dem Parteitag war dies freilich ein gehöriger Tiefschlag, der den Landesvorsitzenden zu einem groben Gegenschlag gegenüber dem Nachwuchs veranlaßte. Ob dessen notorisch schwarzsehende Teile dadurch auf den Pfad der Tugend geführt werden, bleibt zumindest zweifelhaft. Die Glaubwürdigkeit der Regierungsoption ließe sich mit mehr Gelassenheit sicher überzeugender darstellen.

STUART HALL

GLOBALISIERUNG DIE ANDERE SEITE EUROPAS

Die Geschichte Europas ist nicht nur durch innere Angelegenheiten, sondern auch durch das Verhältnis zu seiner Außenwelt geprägt worden. Stuart Hall untersucht den Einfluß, den der Fundamentalismus und die Einwanderung aus der Dritten Welt auf die europäische Identität ausüben. Die Übersetzung besorgte Christoph Meyer.

Europa bewegt sich stetig auf zwei Gelegenheiten zu, einen Jahrestag zu begehen. Der Countdown für 1992, den Geburtstag des neuen Europa, läuft bereits. Trotz einiger Nachhutgefechte seitens der Überbleibsel des Thatcherismus beginnt die supranationale Gestalt des neuen Europa sich auszuformen. Das ist ein nach innen gewandtes Ereignis - die Aufhebung von Wirtschafts- und Handelsschranken, die Chance für Annäherung und Integration, von der sich jedermann Wohlstand für die westeuropäischen Völker erhofft. Es handelt sich um den Niedergang der Ära der Nationalstaaten, welche für eine lange Zeit die Motoren des europäischen Wachstums darstellten. Ein weiteres Mal ist Europa imstande, innerhalb seiner eigenen Grenzen und aus seinen eigenen Ressourcen heraus die materiellen und geistigen Voraussetzungen für die nächste Stufe der sozialen Entwicklung hervorzubringen. Dies ist der für einige Zeit vorherrschende Modernitätsdiskurs gewesen - eine "internistische" Sichtweise, in der der Kapitalismus aus dem Schoß des Feudalismus geboren wird und aus der Fähigkeit Europas, aus seinem eigenen Körper heraus wie ein Seidenwurm die Bedingungen für seine eigene Evolution selbst hervorzubringen.

Stuart Hall ist Professor für Soziologie an der Open University

500 Jahre Europäische Expansion

Der zweite Jahrestag steht für einen anderen, gleichermaßen wichtigen aber weniger beachteten Gesichtspunkt. 1992 begehen wir die 500. Wiederkehr der sogenannten "Entdeckung" der Neuen Welt durch Christoph Columbus. Dieses Ereignis bezeichnete - gemeinsam mit der Erschließung der afrikanischen Küste durch die Portugiesen und (mit Hilfe arabischer Händler, die schon lange in diesen Gewässern kreuzten) deren Vormarsch in den Indischen Ozean und darüber hinaus - den Anfang der Ära europäischer Expansion - den Prozeß der Entdeckung, Eroberung und Kolonisation, durch den sich Europa auf die eine oder andere Weise praktisch den gesamten Globus dienstbar machte. Wenn wir beim Stichwort "Globalisierung" oft so tun, als hätte sie ihren Ausgang genommen mit dem "Großen Knall" und der Computerisierung des Börsenhandels, übersehen wir, daß sie in Wirklichkeit damals mit dem "Fehler" des Columbus begann und seitdem immer weiter vorangeschritten ist. (Er war eigentlich auf dem Weg zu einem anderen Ziel und blieb, als er auf die Neue Welt stieß, bei der sturen Überzeugung, er sei - wie jeder andere gute europäische Geschäftsmann auch - in Japan angekommen.)

Seit ihrem Beginn sind und bleiben Europas Beziehungen zu seiner Außenwelt zentraler Bestandteil der europäischen Geschichte. Die Geschichte der europäischen Identität wird oft dargestellt, als hätte sie keine nach außen gewandte Seite. Aber das ist eher bezeichnend dafür, wie kulturelle Identitäten konstruiert werden - als "eingebildete Gemeinschaften" durch die Betonung der Unterschiede zu anderen - als dafür, daß es die wirklichen Verhältnisse von ungleichem Austausch und un-

gleicher Entwicklung waren, in denen eine gemeinsame europäische Identität geschmiedet wurde. Jetzt, da ein neues Europa Gestalt annimmt, stellt derselbe widersprüchliche Prozeß der Bezeichnung symbolischer Grenzlinien und der Konstruktion symbolischer Grenzen zwischen Drinnen und Draußen, Innerhalb und Außerhalb, Dazugehörigkeit und Anderssein, eine stille Begleiterscheinung des Marsches ins Jahr 1992 dar.

Wo hört Europa auf und wo beginnt Asien?

Eine der Schlüsselstellen dieses Diskurses ist natürlich Osteuropa - eine Grenzziehung, mit der Westeuropa immer Schwierigkeiten gehabt hat. Nach Westen gab "das Grüne Meer der Dunkelheit" eine natürliche Grenze her. Aber nach Osten hin weigert sich der Kontinent, auf natürliche Weise zu enden. Er erstreckt sich bis zum Ural und darüber hinaus, in das dunkle Unbekannte hinein, von wo die Barbaren ihren Ursprung nahmen. Wo hört Europa auf, und wo beginnt Asien? Die Frage ist entscheidend - der europäische Wohlstand hängt von ihrer Beantwortung ab. Es sind die Verhandlungen zwischen dem europäischen Kapitalismus und den sich auflösenden kommunistischen Imperien Osteuropas - der Zweiten Welt-, die die Beantwortung ermöglichen werden.

Die Linie wird gegenwärtig gezogen zwischen dem "internationalen" Westen und dem "nationalistischen" Osten. Während nationale Grenzlinien in Westeuropa immer mehr an Bedeutung verlieren, gebe es im östlichen Europa eine Wiederbelebung des Nationalismus. Der Gegensatz zwischen dem "rationalen" und zivilisierten Westen und dem irrationalen und barbari-

schen Osten untermauert diese Gegenüberstellung. In der Tat werden viele der Nationalismen, die dazu beitragen, das alte kommunistische Imperium zu zersplittern, angetrieben von ethnischem Absolutismus, Haß gegenüber Andersartigen, rassistischer Exklusivität und religiöser Orthodoxie. Aber es stünde Westeuropa schlecht zu Gesicht, sich darüber zu beklagen. Seine eigene Entwicklung wurde auf dem Rücken von Nationalismen ausgetragen, die ebenfalls ihren eigenen rassistischen und völkischen Ausschließlichkeitsanspruch hatten.

Nationalismus als Vehikel der Modernität

Es ist keineswegs überraschend, wenn die Kroaten, die Slowenen, die Letten, die Esten etc. den Aufbau einer eigenen kleinen Nation als ihren Reisepaß zum Westen ansehen. Diese emporkommenden Nationen sind nicht einfach Wiederbelebungen der Vergangenheit, sondern deren Wiedererarbeitung unter den Bedingungen der Gegenwart - Eintrittskarten zum neuen Europa. Obwohl sie aussehen wie die Rückkehr zu einer historischen Tagesordnung von vor 1914, funktionieren sie als Vehikel, aus der Vergangenheit auszubrechen und sich für die Modernität (d.h.: Beitritt zum Euro-Klub) zu bewerben.

Während Europa sich konsolidiert und zusammenwächst, ist eine ähnliche Übung in Sachen Grenzziehung im Gange, und zwar in bezug auf die Länder der Dritten Welt. Momentan heißen die beiden meistbenutzten Wegmarkierungen dieses Diskurses "Flüchtlinge" und "Fundamentalismus". Die Frage der illegalen Einwanderung ist einmal mehr als drängendes Thema der europäischen Diskussion aufgetaucht, wo die furchtbare französische soziali-

stische Premierministerin Edith Cresson bedauert, daß "von je zehn Emigranten, deren illegaler Aufenthalt hier entdeckt wird, nur drei ausgewiesen werden", und Jacques Chirac, jenes Sinnbild der neuen europäischen kosmopolitischen Aufklärung, Bemerkungen über den "Lärm und Geruch" der Ausländer macht, welche anständige Franzosen "verständlicherweise verrückt" werden ließen. Douglas Hurd und Kenneth Baker haben komplizierte Fäden zur Kennzeichnung des Unterschieds zwischen "politischen Flüchtlingen" und "Wirtschaftseinwanderern" gesponnen. Politische Flüchtlinge haben Anspruch auf eine Zuflucht im aufgeklärten Europa, der Heimat der Freiheit. Im allgemeinen ist ihre Zahl gering, und es ist oft schwer, überzeugend zu beweisen, daß sie sich in unmittelbarer Gefahr durch irgendein grausames oder tyrannisches Regime von der Art befinden, welche Armut und Verschuldung heranzüchten. Das ermöglicht es, eine beträchtliche Anzahl von ihnen ohne große Umstände zurückzuschicken, wo sie dann von der örtlichen Polizei mit offenen Armen erwartet werden.

Auf der anderen Seite sind Wirtschaftsflüchtlinge ganz einfach die unbeachteten Nebenprodukte des "normalen" Spiels der Marktkräfte, wie es an der Peripherie abläuft. Europa, dessen Bankgeschäfte die Subsistenzlandwirtschaft der Dritten Welt zerstört haben, und dessen neue GATT-Vereinbarungen die meisten ihrer Länder aus den Warenmärkten hinauskatapultieren werden, schuldet ihnen nichts. Es ist wahr, daß sie sich, wie Tebbit sagte, auf ihre Fahrräder (oder was diesen als nächstes entspricht: in eine Chartermaschine ohne Rückflugticket) schwingen und, eigentlich vernünftigerweise, daran gingen, ihr Vermögen an dem einzigen Ort zu machen, an dem Vermögen gemacht werden. Aber daraus

soll niemals etwas werden. Auf einmal ist der europäische Wohlstand eine strikt europäische Angelegenheit, ausschließlich für das bestimmt, was jeder Euro-Politiker, der etwas auf sich hält, "unserre Bevölkerungen" nennt. Kein Wunder daß, als die Berliner Mauer zusammenbrach, jeder Pole oder Ostdeutsche, der etwas auf sich hielt und einen Lada hatte, der in der Lage war, die Reise zu überstehen, an Bord ging und, wie Columbus auf der Suche nach reinem Gold, nach Westen aufbrach. Die Grenzen schließen sich...

Das Problem ist, daß die "Barbaren" sich schon innerhalb der Tore befinden; und Auge in Auge mit ihnen macht der europäische Kosmopolitismus keine gute Figur. Millionen von Moslems in Frankreich, Sudanesen und Äthiopiern in Italien, Türken und Afrikanern in Deutschland, Portugal, Spanien, Asien und Afro-Kariben in Großbritannien, Indonesier und Surinamer in Holland legen nicht nur für die tatsächlichen Mechanismen der "Globalisierung" Zeugnis ab, sondern auch für die Schwierigkeit, mit einer einfachen Handbewegung Europas koloniale Vergangenheit abzuschütteln oder die Peripherie dort zu halten, wo sie ist.

Die Europäischen Nationen sind multikulturell

Die Redensart von den "homogenen Bevölkerungen" des neuen Europa - dem ethnischen Absolutismus, auf dessen Grundlage die neue "Offenheit" konstruiert wird - ist bestenfalls eine kunstvolle Metapher. Daffyd Ellis Thomas, Abgeordneter von Plaid Cymru hat jüngst gesagt, daß kein einziger europäischer Staat einem einzigen Volk entspricht. Die Slowenen wie die Schotten, die Waliser und die Basken mögen die Hoffnung hegen, eine Nation zu

Politische Kritik mit theoretischem Anspruch

links im Oktober 1991:

Thema: Sowjetunion im Umbruch • Jugoslawien: Militärische Intervention oder was? • BRDDR: Zum 3. Oktober. Asyl: Zwischen Scylla und Charybdis • Aktuelle Debatte: Das Ende des Leninismus • Theorie: Georg Lukacs — ein Dossier zum 20. Todestag. Feministische Kritik an der Zivilgesellschaft.



Beiträge von:
Victor Pfaff, Wolfgang Templin, Rainer Weissshuhn, Henning Schröder, Sovjeticus, Peter Schlotter, Gabriele Herbert, Rüdiger Dannemann, Ludi Lodovico, Micha Brumlik, Irmgard Schultz, Gerhard Krum u.a.

Ich bestelle
 1 Probeexemplar (kostenlos)
 Ex. links vom
 (Einzelheft 6,— DM)
 Name: _____
 Straße: _____
 Ort: _____
 links, PF 10 20 62, 6050 Offenbach

begründen, die als Staat besteht - das heißt, als ein Staat, der Ausdruck einer homogenen ethnischen Gruppe ist. Aber alle bedeutenderen europäischen Nationen sind bereits gemischte - multikulturelle - Nationen. Und da hinein mischt sich jetzt noch der erstaunlichste Aspekt von "Globalisierung": die Flutwelle von Wanderungsbewegungen, die sie stimuliert hat. Völker, die sich durch die unerbittlichen Gesetze der ungleichen Entwicklung im Netz eines globalisierten Weltsystems verfangen haben, die lange daran gewöhnt sind, gleichzeitig in den "lokalen" Welten traditioneller Gesellschaften und den "globalen" Welten des internationalen Kapitals zu bestehen, haben ganz einfach ihre paar Habseligkeiten zusammengepackt und sich, ob nun legal oder illegal, auf den Weg gemacht, um jene sichtbaren oder unsichtbaren Grenzen, die sie in der "Rückständigkeit" ihrer ethnischen Pluralismen halten sollen, zu überqueren auf der Suche nach der anderen Seite des Paradieses. Eine jede bedeutendere europäische bzw. nordamerikanische Stadt ist heutzutage eine multikulturelle Metropole.

Die Kategorie "Fundamentalismus", die irgendwo zwischen der Rushdie-Affäre und dem Golfkrieg zu neuer Lebenskraft erweckt worden ist, ist der jüngste Mechanismus, dessen Abgrenzungseffekt Millionen von Einwanderungswilligen auf der anderen Seite des Zaunes aufhalten soll. Sie läßt die außergewöhnliche Mannigfaltigkeit und Ausdifferenzierung, welche das Gesetz der Globalisierung ist, in die vereinfachenden Gegensätze von westlichem Rationalismus, Modernität und liberaler Toleranz auf der einen Seite und dem Irrationalismus des ethnischen und religiösen Partikularismus auf der anderen Seite auseinanderfallen. Schön wär's, wenn man Liberalismus und

Funktionalismus so einfach ihre Plätze anweisen könnte. Natürlich gibt es "fundamentalistische" Regime auf der Welt; und ihr Rückzug auf rassische Reinheit, religiöse Orthodoxie und einen rigiden kulturellen Traditionalismus hat den Millionen armer Leute, die unter ihrer Herrschaft darniederliegen, sicher keinen Nutzen gebracht. Die Ansicht mancher westlicher Radikaler, daß wir diese Regime unterstützen sollten, weil sie (manchmal) gegen den Westen angehen, ist ein schwerer Irrtum, der daraus resultiert, daß wir immer noch mit simplen binären Gegensätzen arbeiten. Wenn wir Marxens Bemerkung über den Antisemitismus folgen, könnten wir dies nicht "den Sozialismus", sondern den "Antiimperialismus der Narren" nennen. Davon gab es während des Golfkriegs eine Menge, und aus dem dubiosen Grund, daß Saddam Hussein "schlecht" für Washington war, mußte er irgendwie "gut" für die Irakis sein. Wohingegen das, was arme Leute in der Dritten Welt gegen die oligarchischen Regime gebrauchen können, die oft mit Hilfe westlicher Regierungen und Waffenhändler an die Macht gekommen sind, mehr und nicht weniger Demokratie ist - genau wie bei uns auch.

Fundamentalismus im Zentrum der Modernität

Als Erklärungsmodell für die sich schnell verschiebenden Verhältnisse zwischen den verschiedenen "Welten", ist der Fundamentalismus einfach unbrauchbar. Der Islam als prinzipieller Missetäter in diesem Fundamentalismuskurs besteht in einer Unmenge von verschiedenen Völkern, Glaubensbekenntnissen, Traditionen und Praktiken. Zwischen Islam und Christentum gibt es mehr Gemeinsamkeiten als zwischen irgendwelchen anderen Welt-

religionen. Vielleicht ist es gerade ihre große Nähe, die sie zu so unversöhnlichen Feinden macht - man denke nur an Jerusalem, wo die theologische Geschichte von Christentum, Judentum und Islam aufeinandertrifft. "Fundamentalismus" ist ein Begriff, der dazu dient, diese Mannigfaltigkeit zu unterdrücken, der eine gemeinsame Geschichte außen vor läßt, die zu verwickelt ist, um sich simplifizierenden Sprüchen zu unterwerfen, der sich weigert, die Differenziertheit auszuhalten. Es gab tatsächlich viel mehr unterschiedliche muslimische Reaktionen auf das 'fatwa' des Ayatollah gegen Salman Rushdie als zur Kenntnis genommen wurden; und dies lag ebenso an den lokalen Zusammenhängen und historischen Konjunkturen, in denen sie zum Ausdruck kamen, als an dem "essentiellen Fundamentalismus", den sie repräsentieren sollten.

Wenn es sich bei "Fundamentalismus" um einen defensiven und sich abschottenden Rückzug in eine rigide und feststehende Vorstellung von einer Vergangenheit handelt, die als Wahrheit gelebt wird, dann gibt es genug davon auf der Welt, nicht zuletzt im sogenannten "modernen Westen". Der Versuch, die marktgesteuerte Zerstörung des britischen Sozialsystems während der Thatcher-Jahre durch einen Appell an viktorianische Werte aufzuhalten, die Ausrufung von Britannia Resurgent im Falklandkrieg, der Thatcher-Tebbit-Test des "Bist du einer von uns?", die zähe Verteidigung der "Englishness", die durch den Nationalen Lehrplan den Schulen auferlegt wurde, das Roll-Back gegen die Multikultur sowohl hier als auch mit viel größerer Durchschlagskraft in den USA - das sind nur einige der deutlich spürbaren Anzeichen dafür, daß ein gewisser Fundamentalismus im Zentrum der "Modernität" besteht und gut gedeiht. Manche würden be-

haupten, daß er - wo Licht ist, ist auch Schatten - von Beginn an der Modernität zur Seite gestanden hat.

In Wirklichkeit sind "Globalisierung" (sie trägt den Ring der Modernität und des Kosmopolitismus) und "Fundamentalismus" keine Gegensätze, sondern die Kehrseiten ein und derselben Medaille. Während die neuen Formen der Globalisierung die zwischen Tradition und Modernität in der Dritten Welt ausgehandelten Kompromisse aus den Angeln heben, erzeugt dieser Prozeß einen kraftvollen "Lokalismus". Lokalismus kann rein defensiv sein - introvertiert, sich abschottend, absolutistisch, die Rückkehr einer Ethnizität in eine Enklave. Aber es gibt viele Arten von Nationalismus gibt, von denen nicht alle unwiderbringlich an eine reaktionäre Politik gekettet sind, wie es übrationalistische liberale und marxistische Positionen einmal behaupteten. Der Aufbau alternativer Lokalgeschichten und -kulturen kann zukunftsweisend sein und ist nicht einfach nur eine Rückkehr in den "sicheren Hafen" der Vergangenheit: viel mehr als nur eine Wiederentdeckung der Tradition, eine NEUERUNG, die an den Rand gedrängte Schichten mit den kulturellen Mitteln versorgt, jene neuen Identitäten und Gegen-Geschichten aufzubauen, ohne die sie nicht überleben geschweige denn auch nur annähernd gleichberechtigt mit dem Westen in Wettbewerb oder in Verhandlungen treten können.

Daher haben die Grenzen, die Peripherie, das "Lokale" im Zeitalter der Globalisierung von Zeit zu Zeit unter Beweis gestellt, daß sie die produktivsten Gegenden sind. Von Angesicht zu Angesicht mit der widersprüchlichen Realität der "Globalisierung", entdecken ALLE ihre Ethnizität: nicht hinsicht-

lich der Reinheit ihres Ursprungs, die in einer Welt der Wanderungen einfach nicht festgestellt werden kann, sondern einfach hinsichtlich der Tatsache, daß sie von verschiedenen Orten her kommen, ihre besondere Sprache sprechen, in spezifischen kulturellen Traditionen zu Hause sind, zu besonderen Landschaften gehören und mit vielen anderen, die nicht "dasselbe" sind wie sie, bestimmte Geschichten gemeinsam haben. Kurzgefaßt: Mit der Verschiedenheit leben anstatt sie einfach zu vergessen - die historische Amnäsie - gekoppelt mit einer faden postmodernen Nostalgie, welche die Grundausstattung der Globalisierung ist.

Identität ist immer ein offenes, kompliziertes und unvollendetes Spiel - immer "im Aufbau befindlich", in Europa genauso wie im Nahen Osten, in Afrika oder in der Karibik. Auf einem symbolischen Umweg durch die Vergangenheit bewegt es sich auf die Zukunft zu. Es erzeugt neue Subjekte. Aber diese tragen immer die unilgbaren Spuren jener spezifischen Geschichten, Traditionen und Kulturen, durch die Identitäten sich herausbilden - sich neu hervorbringen. Die Leute an der Peripherie haben keine anderen kulturellen Ressourcen, mit denen sie sich gegen die homogenisierende "Gleichgültigkeit" der Globalisierung zur Wehr setzen könnten, keine anderen Sprachen, in denen sie einen anderen, volkstümlicheren Schatz an eigenen Modernitäten erwerben könnten. In diesem Sinne ist das Aufkommen von Ethnizität (von der lediglich einige Varianten "fundamentalistisch" sind) eines der Produkte der Globalisierung - und von ihren vielen unbeabsichtigten Folgen die subversivste.

spw

Der Text ist die Übersetzung von: Stuart Hall, Europe's Other Self; in: Marxism Today, August 1991

DER FALL BÖRNSEN

ODER: ABGANG EINES PFEIFENRAUCHERS

drat der deutschen Sozialdemokratie: "Politik mit Weitblick".

Für die CDU war dies eine willkommene Gelegenheit, die Glaubwürdigkeit der SPD in der Asylpolitik infrage zu stellen. Genüßlich wedelten CDU-Abgeordnete im niedersächsischen Landtag mit der Börsen-Anzeige, als von SPD und GRÜNEN der ausländer-

noch zu gründende Kommission überwiesen.

Zu erwähnen bleibt, daß mit einer Statutenänderung die Quotierung und das Antragsrecht für Arbeitsgemeinschaften festgeschrieben wurden. Hier ist es den Jusos mit Änderungsanträgen gelungen, die Diskussion zu beleben.

Besonders der Vorschlag, Vorstände nicht mehr automatisch mit Stimmrecht auf Parteitag auszustatten, stieß auf größere Sympathie

unter den Delegierten. Auf dem nächsten Bezirksparteitag soll diese Frage abschließend entschieden werden.

Bei der Diskussion der weiteren Sachanträge zeigte sich sehr deutlich, daß die SPD in Niedersachsen in die Regierungsverantwortung eingebunden ist. Insbesondere auf Betreiben von Landtagsabgeordneten wurde es vermieden, landespolitisch relevante Positionen zu beziehen oder Beschlüsse zu fassen. Im wesentlichen begnügte sich der Parteitag damit, zwar zum Teil kontrovers zu diskutieren, dann aber die Anträge ohne Beschlußfassung an diverse Gremien zu überweisen.

Es ist noch viel politischer Druck notwendig, damit die Partei nicht zum bloßen Anhängsel der Landesregierung degeneriert sondern aktiv die Umsetzung rot-grüner Reformpolitik einfordert und vorantreibt.

P.S. Heiner Grotheer ist als Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion im Landkreis Osterholz wiedergewählt worden.

*Volker Hielscher
und Richard Eckermann,*
Juso-Bezirksvorstand
Nord-Niedersachsen

feindliche Wahlkampf der CDU verurteilt wurde.

Ärger mit der Parteibasis hatte Börsen bei seiner Anzeige von vornherein einkalkuliert, wohl aber kaum, daß er sich damit sein politisches Grab schaufeln würde. Der Sturm der Entrüstung in der Partei war beträchtlich, es hagelte Rücktritts- und Abwahlforderungen aus Ortsvereinen, Unterbezirken und von den Jusos. Um seiner Abwahl auf dem Bezirksparteitag zu entgehen, erklärte Börsen gleich zu Beginn des Parteitages seinen Rücktritt als Bezirksvorsitzender. Damit verhinderte er gleichzeitig erfolgreich eine Diskussion über die Ungeheuerlichkeit der Anzeige und die unbequeme Frage, ob die Anzeigenaktion nicht vielleicht nur die Spitze eines Eisberges darstellte. Wer weiß denn, was die "Basis" der real existierenden Sozialdemokratie wirklich denkt? Eine Gänsehaut bekommt dabei, wer die eine oder andere Diskussion zur Asylproblematik mit manchen sozialdemokratischen KommunalpolitikerInnen verfolgt hat.

Ansonsten lief der Bezirksparteitag unter den Thema "Parteireform". Dabei wurde den Delegierten die Gelegenheit geboten, den neuen Bundesgeschäftsführer zu besichtigen. Das Diskussionsbedürfnis, über die politische Dimension, den Sinn und Zweck der Parteireform zu diskutieren, hielt sich wie erwartet in Grenzen. Anträge aus dem Juso-Bereich dazu wurden an eine

Arne Börsen erklärte Rücktritt

SPD-Bezirksvorsitzender stürzte über Asylfrage / „Unglückliche Wortwahl“

Zum Tanzen wurde die Partei in Nord-Niedersachsen jetzt durch Arne Börsen gebracht, seines Zeichens Bundestagsabgeordneter, Enkel, Pfeifenraucher und bis vor kurzem SPD-Bezirksvorsitzender. Die Basis des sonst so verschlafenen und von norddeutscher Schwerfälligkeit geprägten Parteibezirks hat ihren Vorsitzenden abgesägt - ein nicht alltäglicher Vorgang, weder in Nord-Niedersachsen noch in der Gesamtpartei. Was war geschehen?

"Die Flut von unechten Asylanten und Aussiedlern überfordert uns ... Wir fordern deshalb: Änderung des Art. 16 GG (Asylrecht) und Art. 116 GG (Aussiedler), damit unechte Asylanten nach Überprüfung schon an der Grenze zurückgeschickt werden können. ..." Spätestens seit dem Bremer Wahlkampf ist die Propagierung rechtsradikaler Parolen nicht mehr allein die Sache brauner Splitterparteien. So war es ebenfalls im niedersächsischen Kommunalwahlkampf die Strategie der CDU, mit "Asylantenflut"-Kampagnen auf Stimmenfang zu gehen. Nach dem Schock des Bremer Wahlergebnisses glaubte Genosse Börsen wohl auch, die Zeichen der Zeit erkannt zu haben. Am 2. Oktober, drei Tage nach dem Bremer Desaster und vier Tage vor der Wahl in Niedersachsen, erschien in mehreren Zeitungen des Bremer Umlandes eine großformatige Anzeige mit dem oben zitierten Text. Unterzeichner: Heiner Grotheer, Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion in Osterholz, und Arne Börsen; daneben das rote Qua-

PROJEKT MODERNER SOZIALISMUS

REGION MAINZ/MARBURG

Der Arbeitszusammenhang des Projekts Moderner Sozialismus in der Region Mainz/Wiesbaden hat begonnen, in zwei thematisch aufeinander bezogenen Veranstaltungen über verschiedene Aspekte der Herausbildung der neuen Weltordnung zu diskutieren.

Zunächst hatte Frank Wilhelmy seine in der spw (Ausgabe 4/91, S. 44 ff.) schriftlich formulierten Thesen über den Golfkrieg, die aus ihm resultierenden Diskussionen innerhalb der bundesdeutschen Friedensbewegung sowie eine - aus seiner Sicht - notwendige Rezeption der Zivilisationstheorie von Norbert Elias vorgetragen.

Übereinstimmend wurde in der anschließenden Diskussion festgestellt, daß die von Wilhelmy geäußerte Kritik am "pazifistischen Friedensrigorismus" zutreffend sei, der Friedensbewegung tatsächlich differenzierte politische Analysen und konzeptionell angelegte Politikprogramme bis heute fehlten. Strittig waren vor allem die von Wilhelmy angebotenen Lösungsvorschläge zur Behebung dieser Defizite: Sein Postulat, die Leerstelle "wissenschaftlich-holistischer" Politikprogramme durch eine moralische und ethische Fundierung zu ersetzen bzw. zu ergänzen, warf die Frage nach der allgemeinen Bedeutung von moralischen Maßstäben auf. Eine Konkretion abstrakt formulierter Moralvorstellungen (auf die sich von links bis rechts alle beziehen könnten), so die Kritik, sei nur möglich auf der Grundlage realer Gesellschaftsanalyse. Diese werde aber von Wilhelmy nicht vorgenommen; folglich könne der moralische Standpunkt von ihm letztlich inhaltlich nicht begründet werden.

Fraglich sei zudem, ob die von ihm vorgeschlagene Rezeption des zivilisationstheoretischen Ansatzes von Elias helfe, die konstatierten Theoriedefizite zu füllen. Von mehreren Diskussionsnehmern wurde angemerkt, daß eine sich auf die internationalen Vergesellschaftungsprozesse beziehende "moderne" Kapitalismusanalyse, die ökonomische Basisprozesse stärker in Rechnung stelle, hierzu wohl doch eher in der Lage sei. Gerade angesichts der aktuellen Entwicklungen, dem offenkundigen Scheitern des "neuen Denkens" sowie der politischen Konzeption einer "Koalition der Vernunft", spräche vieles dafür, daß Elemente des klassischen Imperialismus' mit dem Ende des "Kalten Krieges" wieder stärker an Bedeutung gewannen, der Golfkrieg daher bereits als erster klassisch imperialistischer Rohstoff-Krieg nach dem Ende der Systemkonkurrenz interpretiert werden müßte.

Der Fragestellung nach der aktuellen Bedeutung der Erkenntnisse klassischer Imperialismustheorien (Hilferding, Lenin, Luxemburg) versuchte Dietrich Heither anhand einer vom Marburger Politikwissenschaftler Frank Deppe kürzlich publizierten Studie nachzugehen (vgl. Frank Deppe, *Jenseits der Systemkonkurrenz. Überlegungen zur neuen Weltordnung*, Marburg 1991, Kapitel 3 "Lenin Revisited - zur aktuellen Bedeutung der Imperialismustheorien, S. 93 ff.). Deppe stellt in diesem Abschnitt zunächst die Hauptargumente der klassischen Imperialismustheorien zusammen, mit denen die Notwendigkeit von imperialistischen (Welt)Kriegen begründet wurde, und überprüft dann deren Gültigkeit mit Blick auf die heutigen Vergesellschaftungsprozesse im Kapitalismus. Im Mittelpunkt der Diskussion standen die vier referierten Einwände Deppes gegen eine bruchlose Übertragung klassischer imperialismustheoretischer Ansätze.

Herausgearbeitet wurde, daß der bereits in den 20er Jahren sich herausbildende Fordismus (den Antonio

Gramsci als "Kapitalismus des neuen Typs" ausmachte) mit dem imperialismustheoretischen Akkumulationsbegriff in der Tat nicht angemessen zu erfassen sei. Allen imperialismustheoretischen Ansätzen - am prägnantesten bei Rosa Luxemburg - lag die Annahme zugrunde, daß der Expansionsdrang nach außen durch die Schranken der Entwicklungsfähigkeit der Binnenmärkte hervorgerufen wird; eine Ausnahme bildete lediglich der liberale Theoretiker Hobson (auf dessen Forschungsergebnisse übrigens Lenin wesentlich zurückgriff), der mit seinen Forderungen nach einer Nachfragebelebung und nach einer Sozialreform bereits Momente des fordistischen Akkumulationsregimes vorwegnahm. Diskutiert wurde in diesem Zusammenhang auch darüber, ob der sozialdemokratische Reformismus im sich herausbildenden Fordismus seine materielle Voraussetzung habe, solche Analysen mithin Konzeptionen von einer "bestochenen Arbeiteraristokratie" (Lenin) an Erklärungskraft überlegen seien.

Auch das von Deppe in seinem Buch angeführte Argument, daß die sich nach 1945 herausgebildeten internationalen Regime und Vereinbarungen zu einer relativen Stabilität geführt hätten, und somit qualitativ etwas anderes darstellten als lediglich "Atempausen zwischen den Kriegen" war unstrittig.

Diskussionsbedarf wurde gegenüber der These angemeldet, der intraindustrielle Austausch sei zu Lasten der substitutiven Handelsbeziehungen immer wichtiger geworden und konzentriere sich auf die kapitalistischen Industriestaaten. Sicherlich, so wurde angemerkt, sei ein relativer Bedeutungsverlust der Achse Metropolen/Peripherie zugunsten des innerkapitalistischen Handels bei den Handelsbeziehungen zu konstatieren; dieser relative Verlust sage aber nichts aus über die nach wie vor notwendige Aufrechterhaltung imperialistischer Ausbeutungsverhältnisse. Zur genaueren Klärung dieser Fragen wurde angeregt, sich näher mit

den Ergebnissen der Dependenz-Theorie (vgl. hierzu die Arbeiten von Samir Amin, Johan Galtung und Dieter Senghaas) und dem ihr zugrundeliegenden Imperialismusbegriff zu beschäftigen.

Abschließend wurde darüber diskutiert, ob angesichts der von Deppe formulierten grundsätzlichen Kritikpunkte an einer (bruchlosen) Übertragung von Erkenntnissen der Imperialismusanalyse auf die heutige Zeit vom "Imperialismus" überhaupt noch die Rede sein könne. Wenngleich auch heute noch Ausbeutungsverhältnisse im internationalen Maßstab existierten und Konkurrenzen zwischen den kapitalistischen Staaten auszumachen seien. Notwendig sei daher für die weitere Arbeit des regionalen ProMS-Zusammenhangs, zukünftige Konfliktpotentiale in den internationalen Beziehungen auszuloten und das Verhältnis von veränderten Weltmarktstrukturen, supranationalen Regulierungs- und nationalstaatlichen Handlungsmöglichkeiten genauer zu analysieren. Eine besondere Berücksichtigung müsse dabei die Frage finden, inwieweit nationalstaatlich-keynesianistisch orientierte Wirtschafts- und Finanzpolitiken angesichts der Internationalisierungsprozesse des Kapitals heute überhaupt noch denkbar sind (vgl. hierzu die Diskussionen um das Scheitern der Linksregierung in Frankreich zu Beginn der 80er Jahre).

In den nächsten Monaten soll sich jedoch mit einem aktuellen Problem internationaler Beziehungen befaßt werden, das auf die nachwievor vorhandene hohe politische Bedeutung der Achse Metropolen/Peripherie verweist: den zu erwartenden Wanderungsbewegungen sowie der durch sie bereits in Gang gesetzten Diskussion um eine mögliche Modifikation des Asylrechts.

P.S. Im Dezember findet u.a. eine weitere Veranstaltung des ProMS Mainz/Wiesbaden statt: "Von der Schwierigkeit, nicht rassistisch zu sein", mit Nora Räthzel, am 13.12. ab 20.00 Uhr im Neustadt-Zentrum, Goethestr. 7, Mainz

Dietrich Heither, Marburg

BERLIN: EIN GESPENST GEHT UM ...

ODER WER IST DIE DSP?

Ein Gespenst geht um in der SPD-Berlin. Seit dem Herbst 1990 tauchen scheinbar aus dem Nichts - Presseerklärungen auf, machen Gerüchte über eine "PDS-Sekte" und das geheimnisvolle Kürzel "dsp" die Runde. Es wird über konspirative Zusammenkünfte eines Kaffeekränzchens aus Berlin-Charlottenburg gemunkelt...

Im August 1991 meldete dann der "Vorwärts/SM" in seinen Notizen, daß sich die "Demokratisch-Sozialistische Plattform in der SPD-Berlin" (dsp) mit einer Grundsatzerklärung an die Parteiöffentlichkeit wendet. Es wurde Zeit, daß die Plattform ihre Ansichten, Zwecke und Tendenzen darlegt.

Entstanden ist die dsp aus der Unzufriedenheit gegen das von maßgeblichen Teilen der Berliner Senats- und Parteiführung willentlich herbeigeführte Scheitern der rot-grünen Politik und Koalition in Berlin. In der Plattform fanden sich Genossinnen und Genossen zusammen, die eine Preisgabe aller programmatischen Ziele und Einsichten der SPD in einer - sich schon damals abzeichnenden - Koalition mit der CDU in Berlin ebensowenig widerspruchlos hinnehmen wollten, wie den patriotisch inspirierten Rechtsopportunisten der sozialdemokratischen Partei gegenüber der Kohlschen Anschlußpolitik. So wandte sich die dsp seit ihrer Gründung vor allem gegen die Einbindung der SPD in das Krisenmanagement der Bundesregierung im Bund und in Berlin. Die inhaltliche Grundlage der Plattform ist die Forderung nach einer konsequenten Umsetzung des Grundsatzprogramms der SPD, das der Bundesparteitag 1989 in Berlin beschloß (Berliner Programm). Die dsp will für eine SPD arbeiten, die sich ihrem Programm

entsprechend als linke Volkspartei des Demokratischen Sozialismus profiliert - auch im Gegensatz zu tagespolitischen Opportunitäten. Denn: Der "Mut", den uns die "praktischen Politiker" gelegentlich empfehlen, ist "offenbar nur der Mut, opportunistische Experimente mit der Preisgabe der sozialdemokratischen Prinzipien zu machen. Wenn es sich aber um eine kühne Anwendung unserer Programmforderungen handelt, so zeigen dieselben 'praktischen Politiker' nicht die geringste Lust, durch Mut zu imponieren, und suchen vielmehr nach Vorwänden, um den betreffenden Programmpunkt 'vorläufig' und unter 'großem Schmerz' im Stiche zu lassen."

Dieses Zitat von Rosa Luxemburg aus der "Leipziger Volkszeitung" vom 4.4.1902 ist der Grundsatzerklärung der dsp vorangestellt und faßt ihr Anliegen vorweg zusammen.

Inhaltlich bezieht sich die Grundsatzerklärung vor allem auf das Berliner Programm; formal ist sie aber auch eine bewußte Reminiszenz an die Programmgeschichte der SPD: Sie knüpft in ihrem ersten Teil am Erfurter und Heidelberger Programm (von 1891 bzw. 1925) an. Im zweiten Teil wird die Betrachtung der Parteigeschichte aus dem Berliner Programm aufgegriffen, die einerseits sozialdemokratische Selbstkritik übt, andererseits sozialdemokratische Identität aus ihren geistigen Wurzeln und historischen Erfahrungen herleitet. Der dritte Teil verbindet grundsätzliche Anliegen des Berliner Programms mit der Forderung nach ihrer jeweiligen praktischen Umsetzung. Der vierte Teil der Grundsatzerklärung schließlich bestimmt (formal an eine historische Programmschrift angelehnt) die Stellung der Plattform zur Partei. Im letzten Absatz heißt es: "Unsere Plattform ist also keine besondere Strömung gegenüber den anderen Strömungen der sozialdemokratischen Linken. Sie hat keine von den wohlverstandenen Interessen der gesamten Partei getrennten Interessen. Sie stellt keine besonderen oder sektiererischen

Prinzipien auf, wonach sie die Partei modeln will. Die Plattform will nur ein entschiedener, immer weiter treibender Teil der Parteilinken sein, der die Politik der SPD an ihren eigenen Prinzipien mißt und die konsequente Umsetzung dieser Prinzipien fordert."

In diesem Sinne wandten sich die Presseerklärungen der dsp gegen die Große Koalition, gegen die Abwicklungspolitik im Osten Berlins und gegen Sparmaßnahmen des Berliner Senats, die im Kita-Bereich die materielle Basis sozialdemokratischer Frauenpolitik untergraben, im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs einer ökologischen Stadtpolitik entgegenstehen und mit Privatisierungsbestrebungen u. a. im Bereich der kommunalen Energieversorgung Gefahr laufen, unreflektiert dem Thatcherismus nachzueifern. In diesem Sinne wurde in der dsp mit Mitgliedern des Berliner Abgeordnetenhauses und des Bundestages über die Mietpolitik des Senats und die Ergebnisse des Bremer Bundestages diskutiert. Der Diskussionskreis war zuletzt relativ klein - kleiner als zu der Zeit, da die Gefahr einer noch bevorstehenden Großen Koalition zu aktiver Opposition trieb und kleiner als das innerparteiliche Oppositionspotential - aber die Diskussionen waren qualifiziert und fruchtbar. Das ist nicht unwichtig in einer Zeit, da in der Berliner SPD (nur in der Berliner SPD?) eine qualifizierte Diskussion über politische Inhalte nicht mehr stattfindet. Während sich die Parteigremien über Anekdoten aus dem Senat und über die pragmatische Verteilung quasi naturwüchsig über sie hereinbrechender Sparmaßnahmen auf die verschiedenen Verwaltungsressorts austauschen (freilich erst nachdem die Grundsatzentscheidungen im Senat bereits vereinbart worden sind), bleiben die Fragen liegen, die das - schwindende - Selbstverständnis der Sozialdemokratie betreffen und die Sozialdemokratie vom Sozialliberalismus oder der CDA-Sozialethik unterscheiden. Aber muß nicht darüber nachgedacht werden, was sozialdemokratische Politik unter den

gegebenen Bedingungen leisten kann und muß? Muß nicht über die dramatischen Veränderungen und Probleme in Deutschland und in der Welt sowie über ihre Konsequenzen politisch diskutiert werden? Welche Antworten bietet sozialdemokratische oder linke Politik auf die Frage nach den notwendigen Umverteilungen ökonomischer und finanzieller Ressourcen in Deutschland, in Europa und im globalen Maßstab an? Welche konzeptionellen Ansätze gibt es zur Bewältigung von Massenarbeitslosigkeit (v. a. im Osten), Mietexplosion, Haushaltsdefiziten, Sozialabbau, Migrationsbewegungen und Gewalteskalation? Wie soll Deutschland mit seiner gewachsenen internationalen Verantwortung umgehen? Welche analytischen Instrumente haben wir noch? Mit welchen Fragen gehen wir an unsere politische Lebenswirklichkeit heran?

Diesen Themen stellt sich die dsp und versucht sie in die Partei einzubringen. In der gegebenen Atmosphäre - die Harry Ristock ("altlinker" Senator a. D.) mit den Worten beschrieb: "Mehltau legt sich über die Stadt" - tut sie das weitgehend konkurrenzlos, da auch die etablierte Parteilinke (was ist das noch - außer einer personalpolitischen "Seilschaft"?) sich nur zwischen pragmatischer Sachzwangerklärung und akademischer Diskussion hochabstrakter Binsenweisheiten pendelnd in der Krise einrichtet. Mit den genannten Themen arbeitet die Plattform, die bislang tatsächlich kaum über zwei Kreisverbände hinaus - und auch da noch in keiner Weise ihrem Potential entsprechend - verankert ist, an ihrer Verbreiterung.

Neben der innerparteilichen Diskussion führt die dsp aber auch den politischen Dialog und Streit in der Linken. Den Dialog, den das Berliner Programm zu seiner Verwirklichung fordert, will die Plattform auch außerhalb der SPD mit allen Kräften führen, die glaubwürdig für Demokratie und sozialen Fortschritt eintreten. Gerade vor dem Hintergrund der Großen Koalition in Ber-



Peter von Oertzen/Susi Möbbeck (Hrsg.)

Vorwärts, rückwärts, seitwärts...

Das Lesebuch zur
SPD-Organisationsreform

ca. 200 Seiten / Buchhandelspreis: DM 19,80
Erscheinungstermin: November 1991

Aus dem Inhalt:

Solidarität und Individualisierung • Wie man einen Parteitag aufmischt • Die AfA-Betriebsgruppe - der Ortsverein neuen Typs? • Der Ortsverein - lebendige Basiseinheit oder tote Hölle? • Arbeitnehmerpartei, Volkspartei, Allpartei? • SPD zwischen Yuppies und Proleten? • Was erwarten spruchsvolle Frauen von der SPD? • Mitmachen, Mitentscheiden, Mitbestimmen - worauf kommt es an? • Politik ohne Partei? • Partei als Computer - mit neuer Technik zu neuen Ufern? • Professionalität - Mythos oder Chance? • Projektarbeit in der SPD • Kultur- und Medienarbeit heute

Beiträge von und mit

Rudolf Dreßler • Diether Dehm • Konrad Elmer • Peter Grafe • Horst Kern • Werner Kindsmüller • Dieter Lattmann • Susi Möbbeck • Peter von Oertzen • Hans Scheibner • Ulf Skirke • Franz Sommerfeld • Kurt Tucholsky • Karin Vogel • Claudia Walther und vielen anderen mehr

Name, Vorname _____
 Straße _____
 PLZ, Ort _____
 Datum, Unterschrift _____

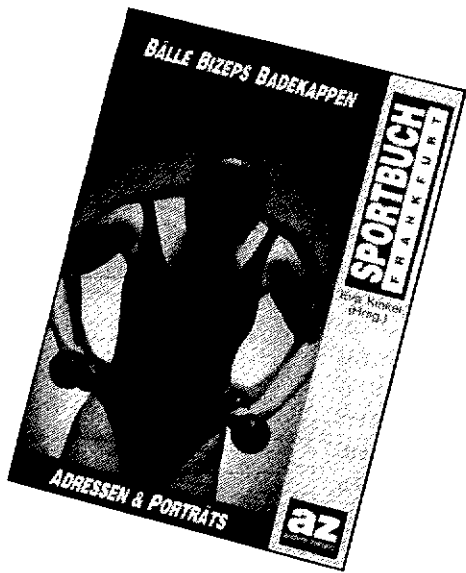
Ich zahle mit Vorkaufsscheck/Kontogeld Ich zahle nach Erhalt der Bestellung
 * bei Direktbestellungen beim Verlag bis 31.1.1992

Coupon senden an:
 spw-Verlag • Kieler Str. 13 • 5000 Köln 80

SCHRIFFT FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK & WIRTSCHAFT • HEFT 62 • 1991

Anzeige

**SPORTS
FREUNDINNEN**



**mal
herhören:**

**Wenn ihr abbaut, oder jeder Rentner
auch beim Treppensteigen
naßmacht, ihr auch sonst alle Ziele
immer nur als Vorletzte erreicht,
dann baut dieser schwarz-weiße
Faden durch den Dschungel der
Tausend-und-einen Sportmöglichkeit
auch, das heißt euer Selbst-
bewußtsein und euren
Bekanntheitsgrad, wieder auf.**

In allen Buchhandlungen erhältlich.
Oder direkt bestellen bei:
az - Frankfurter Stadtillustrierte · Musikantenweg 28
6000 Frankfurt 1 · Telefon 069-496 00 54/55/56

Ja, ich bestelle _____ Exemplare »Sportbuch Frankfurt -
Bälle, Bizeps, Badekappen« à 15 Mark.

Name _____
Anschritt _____
Datum _____ Unterschrift (rechtsverbindlich)

lin einerseits und der allgemeinen Ratlosigkeit in der Linken andererseits ist die Arbeit der dsp auch ein Signal nach außen, daß die Heimat des Demokratischen Sozialismus in der SPD über den tagespolitischen Pragmatismus der allermeisten ihrer Würdenträger noch nicht völlig verloren ist.

Die Demokratisch-Sozialistische Plattform in der SPD-Berlin versteht sich als ein Forum linker Genossinnen und Genossen, das Möglichkeiten zu schaffen versucht, der Resignation und Vereinzelung in der Parteilinken entgegenzuwirken, und das Parteiprogramm beim Wort nehmen und mit Leben füllen will. Die Plattform schafft vor allem Raum zur Diskussion von Fragen, die im Polit-Alltag liegenbleiben; sie soll gemeinsames Nachdenken organisieren - ohne Dogmen und Denkblockaden, ohne Anspruch auf Patentrezepte, aber mit Bezug auf die politische Praxis der SPD und der Linken in Deutschland. Eine große Aufgabe für eine (noch) kleine Plattform. Die dsp wird sich überheben, wenn Linkssein in der SPD sich nur in resignativen "Befindlichkeiten" frustrierter Individuen äußert. Wenn es aber gelingt, die "Befindlichkeit" zur bewußten Frage nach den realen Bedingungen der herrschenden Lebensverhältnisse zu transformieren, und wenn die bewußte Frage sich mit dem Willen verbindet, gemeinsam mit anderen etwas für eine konstruktive Antwort zu tun, dann ist die Plattform eine Möglichkeit, individuelle "Befindlichkeiten" zur politischen Kraft zu bündeln. Eine solche Kraft kann auch die innerparteilichen Diskussionen in Bewegung bringen - nicht nur in Berlin.

Carl Chung, Berlin

Ein schrecklicher Irrtum

Peter von Oertzen und der Kommunismus / Von Eckhard Fuhr

FRANKFURT, 27. August. Westdeutschen Linken, sonst um wortreiche Kommentare zur Weltgeschichte selten verlegen, ist zum Ende der Kommunistischen Partei in der Sowjetunion bisher wenig eingefallen. Die SED-Nachfolgerin PDS stellte zwar betrübt fest, jetzt sei eine weitere Hoffnung verlorengegangen: die auf einen „demokratischen Sozialismus“ im Mutterland der Weltrevolution. Sie artikuliert damit vielleicht auch, was mancher aufrechte „demokratische Sozialist“ außerhalb ihrer Reihen im Stillen empfindet, wenn er einmal über das Dogma hinausdenkt, daß der demokratische mit dem realen Sozialismus nichts zu tun habe und deshalb die Vorgänge in der Sowjetunion das sozialistische Ideal nicht berühren. Aber eben wegen dieser dogmatischen Sprachregelung weiß man nicht sicher, was demokratische Sozialisten wirklich denken.

Man muß dem wackeren SPD-Linken Peter von Oertzen deshalb dankbar sein, daß er sich zu Wort gemeldet hat, in einem Gespräch mit dem parteinahen „Politisch-parlamentarischen Pressedienst“. Oertzen glaubt nicht an eine Reformierbarkeit der KPdSU. Lenins Kommunismus sei tot. Zu diesem Ergebnis wird jeder kommen, der mit offenen Augen und wachem Verstand durch die Welt geht. Interessant ist aber Oertzens Begründung: „Der Kommunismus sowjetischen Stils, das heißt der Kommunismus, der sich unmittelbar oder auf Umwegen von Lenin herleitet, war meiner Überzeugung nach von Anfang an immer ein schrecklicher Irrtum.“ Irren ist menschlich und sich im sprachlichen Ausdruck zu vergreifen auch. Wie sonst kann jemand Millionen Tote, den systematischen Klassenmord, das Terrorsystem der Lager einen „schrecklichen Irrtum“ nennen? Nur eine geschmacklose sprachliche Entgleisung, möchte man denken und liest weiter: „Er (der Leninsche Kommunismus) war eine Entwicklungsstrategie für unterentwickel-

te Länder und hat sich als Vorbild für die Arbeiterbewegung der Welt verstanden. Das hat schon Rosa Luxemburg im Jahr 1904 kritisiert und noch einmal sehr scharf im Jahre 1918. Dieses Modell ist erledigt, ein für allemal. Der Marxismus aber und ein kritischer linker, nennen wir es ruhig revolutionärer Sozialismus, vor allem in den Ländern der Dritten Welt, ist meiner Meinung nach nicht erledigt.“

Wie soll man das verstehen? Daß das Leninsche „Modell“ - das Grimmsche Wörterbuch übersetzt das mit „Musterform“ - nicht überall passe, ist eine marxistische Binsenweisheit. Aber immerhin glaubt Oertzen offenbar, daß es ein nicht gänzlich falsches Modell gewesen sei, sondern eine „Entwicklungsstrategie für unterentwickelte Länder“. Dazu gehörte Rußland 1917 ohne Zweifel, und dazu gehört die Sowjetunion heute immer noch. Also hat Oertzen nur vergessen zu sagen, daß der Leninismus die „falsche“ Entwicklungsstrategie für unterentwickelte Länder gewesen ist? Er hat es nicht vergessen, glaubt er doch, daß ein revolutionärer Sozialismus - was war der Leninismus anderes? - in der Dritten Welt eine Zukunft habe. Woher er diesen Glauben nimmt, bleibt rätselhaft. Und ebenso rätselhaft bleibt, wie der Leninismus ein von Anfang an schrecklicher Irrtum und gleichzeitig eine Entwicklungsstrategie gewesen sein kann.

Man soll über Oertzens logische Purzelbäume nicht lachen. Er spricht stellvertretend für viele als tragikomische Figur. Er wird dazu wegen eines linken Denkverbotes: Die sozialistische Idee, das Ideal darf nicht schuldig sein. Solange dieses Tabu aufgerichtet bleibt, wird die Linke nicht begreifen, daß das sozialistische Ideal, die Idee der Gleichheit und sozialen Homogenität, die Idee einer das Glück aller garantierenden Ordnung am Anfang eines Zivilisationsbruchs steht, der an Dramatik und Grausamkeit Auschwitz in nichts nachsteht.

Nach dem Triumph über den "realen Sozialismus" kommen nun auch dessen schärfste sozialistische Kritiker an die Reihe ...

Aus der
Frankfurter
Allgemeinen
Zeitung
vom 28.8.91

**Soziale
Identitäten
und
Parteireform**

Uwe Kremer im Gespräch mit Peter von Oertzen über Milieus und Klassen, über "Werktätige" und ihre Interessen, über Parteireform und sozialistische Nachwuchsarbeit

spw: Interessieren würde uns zunächst, wie Du die eklatante Wahlniederlage der sozialistischen Partei in Schweden einschätzt, einen Vorgang, der ja auch und gerade den "real existierenden Sozialismus" der Sozialdemokratie in Form des sog. schwedischen Modells betrifft.

Handelt es sich dabei vorwiegend um einen Vorgang mit hausgemachten Ursachen oder siehst Du darin mehr eine historische Zäsur oder gar ein Menetekel für die Entwicklung der Sozialdemokratie überhaupt?

von Oertzen: Nach meinem Dafürhalten muß man bei einer derartigen Einschätzung drei verschiedene Ebenen berücksichtigen. Der erste Aspekt betrifft den strukturellen Mangel, der grundsätzlich in der Natur einer sozialdemokratischen Politik liegt, die unter den Bedingungen einer international

fortdauernden kapitalistischen Konkurrenzwirtschaft einen deutlich höheren Grad an Gleichheit und Gerechtigkeit erzielen will. Die Herausnahme der Ware Arbeitskraft aus diesem Konkurrenzverhältnis - und darum ging es ja im wesentlichen - stellt einen Verstoß gegen dessen Normalregeln dar, der insoweit den dauernden Widerstand der systemtragenden Klassen und Schichten hervorrufen muß.

Hinzu kommt die internationale Dimension der kapitalistischen Konkurrenz, die diesen Umgang mit der Arbeitskraft in einen Standortnachteil zu verwandeln droht und auch von daher die Wirksamkeit nationaler Reformpolitik einschränkt. Heute - nach dem Zusammenbruch des "real existierenden Sozialismus" und bei anhaltender struktureller und konjunktureller Krise - kann man nun davon sprechen, daß sich der Konkurrenzkampf zwischen den kapitalistischen Volkswirtschaften verschärft hat, so daß die Standortfrage noch stärker ins Gewicht fällt. Und ich denke, daß dies auch anhand der ökonomischen Bewegungen des schwedischen Kapitals und der entsprechenden Reaktionen der schwedischen Wirtschaftspolitik nachvollziehbar gemacht werden kann.

Die beiden zuvor genannten Aspekte sind jedoch objektiver Natur. Drittens muß man nun hinzufügen, daß die schwedische SAP darauf wohl keineswegs optimal - auch nicht unter kapitalistischen Umständen - reagiert hat. Es rächt sich heute, daß sie den Kampf zwischen Kapitalverwertungsinteressen und den sozialen Interessen der breiten Massen in paternalistisch-obrigkeitsstaatlicher Weise ausgeglichen hat - mit zwei problematischen Konsequenzen, die sich in dem Maße einstellen, wie die sozialen Grundfunktionen in zweifellos vorbildlicher Weise gesichert werden konnten. Auf der einen Seite ist einer wachsenden Zahl von Besserverdienenden der Vorteil des umverteilenden Sozialstaates gegenüber der selbstbestimmten Verwendung des eigenen Privateinkommens nicht mehr in früherer Weise vermittelbar, während auf der anderen Seite der Widerwille gegen den angesprochenen Paternalismus allgemein zugenommen hat.

außen und dem sozialen Druck von innen ging die SAP nun daran, Steuern zu senken und soziale Leistungen zu kürzen. Dies reichte zwar nicht aus, um die abwandernden Mittelschichten zurückzugewinnen, führte aber auf der anderen Seite - nicht zuletzt aufgrund der autoritären und gesellschaftlich unvermittelten Art, wie diese Kehrtwende vollzogen wurde - dazu, auch diejenigen zu verprellen, denen durchaus an der Aufrechterhaltung des "schwedischen Modells" gelegen war. Der SAP fehlte es gegenüber diesem verteilungspolitischen Kurs an einer Konzeption, die die konsequente Demokratisierung der sozialstaatlichen Institutionen hätte zum Inhalt haben müssen, um auch unter schwierigen Rahmenbedingungen eine soziale Basis für weitere sozialdemokratische Reformpolitik schaffen zu können.

spw: Meines Erachtens hängt der Niedergang des "schwedischen Modells" auch mit gravierenden Veränderungen zusammen, die letztlich auf dem Zerfall traditioneller sozialdemokratischer Milieus beruhen. Das Parteiensystem der Vergangenheit beruhte auf sog. Spaltungslinien (so die Parteienforscher Seymour Lipset und Stein Rokkan): In Deutschland waren für das Wahlverhalten erstens der soziale Status verbunden mit der Haltung zu den Gewerkschaften und zweitens die Religiosität bzw. das Verhältnis zur Kirche entscheidend...

von Oertzen: ... und in Schweden als rein protestantisches Land sogar nur der erste Faktor ...

spw: ... was die sozialdemokratische Hegemonie in diesem Land eindeutig begünstigt hat. Doch offenkundig zerfallen mit den Milieus auch diese Linien, an denen entlang sich politische Hegemonien konstituiert haben. Eine sozialdemokratische Hegemonie a la Schweden wäre damit für die Zukunft auch strukturell ausgeschlossen...

von Oertzen: Ich möchte dies bejahen, allerdings hinzufügen, daß sich nicht alleine die alten sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Milieus auflösen,

bürgerlichen Milieus. Die Zwischenergebnisse eines von mir mitbetreuten Forschungsprojektes bestätigen, daß die Frage des sozial-ökonomischen Status zwar eine wichtige Rolle bei der Selbstzuordnung im gesellschaftlichen und politischen Leben spielt, dies aber durch eine generationspezifische Trennungslinie überlagert wird, die im Feld der 40-Jährigen verläuft.

Die genannten traditionellen Milieus finden sich vor allem in der älteren Generation, während unter den jüngeren z.B. das in der berühmten Sinus-Studie als "hedonistisch" bezeichnete Milieu eine starke Rolle spielt, in dem traditionell festgefügte Lebenswege und -formen sowie gesellschaftliche und politische Bindungen einer sehr stark geprägten allseitigen Lockerheit gewichen sind. Und ich denke, daß diese neuen Milieus mit ihren hedonistischen Elementen auf dem Wege des Generationswechsels allmählich auch zur Mehrheit werden, indem sie auch die anderen Milieus beeinflussen: Der Strukturwandel wächst gewissermaßen von unten in die Gesellschaft hinein.

"Kapitalismus ohne Klassen"?

Die SPD ist nun zu etwa gleichen Teilen in beiden Sektoren verankert, wobei sich insbesondere die Solidaritätsvorstellungen erheblich unterscheiden. Während für die Älteren noch der "stumme Zwang" des sozialen Milieus (Franz Steinkühler) dazu beitrug, daß "Solidarität" auch und gerade durch Organisation hergestellt und verwaltet werden konnte, beruht "Solidarität" bei den Jüngeren vor allem auf einer individuellen Zuordnung, auf Einsicht und freiwilliger Entscheidung. Die Autorität der Organisation ist nicht mehr quasi naturwüchsig gegeben, sondern muß immer wieder neu erworben werden. Wobei - aber eben auf dieser Basis - prinzipiell durchaus die Bereitschaft da ist, persönliche gegenüber kollektiven Interessen zurücktreten zu lassen. Der Begriff der "Individualisierung" beschreibt diesen Vorgang nur in ganz unzureichendem Maße.

spw: Es stellt sich sogar mehr noch die Frage, ob diese "Individualisierung" als persönliche Flexibilisierung nicht im Gegenzug neue Bedürfnisse nach Gemeinschaftlichkeit und Sicherheit hervorbringen wird...

von Oertzen: ... mit Sicherheit. Aber in neuer Art und Weise - freiwillig und mit einer diskursiven Begründung. Wenn es im übrigen nicht gelingt, daß sich in diesem Sinne neue Formen des sozialen Zusammenhangs bilden, öffnet sich der Raum für andersartige Phänomene der Gruppenbildung und der gemeinschaftlichen Identität - wie sie etwa in Konflikten zwischen jugendlichen streetgangs und in besonders problematischer Weise in der rechtsradikalen Szene zur Geltung kommen.

Unser Forschungsprojekt läßt - im Unterschied zu Ulrich Becks "Kapitalismus ohne Klassen" - auf jeden Fall die Vermutung zu, daß es nicht zu einer vollständigen "Entstrukturierung" bzw. Atomisierung der Gesellschaft kommt, sondern sich im Rahmen sozialkultureller Milieus neue kollektive Identitäten bilden, in denen der sozialökonomische Status sicherlich eine geringere Rolle spielt als in der Vergangenheit und die Bindung an bestimmte Organisationen dauerhaft gelockert sein wird. Aber die Wertorientierungen und Lebensziele dürften eine vergleichsweise starke Konstanz aufweisen, was wiederum den sozialen Zusammenhalt der neuen Milieus begünstigen würde.

spw: Dies stimmt auch mit den Ergebnissen der Sinus-Studie überein, die ja nicht - wie häufig mißverstanden - einer "catch-all-party" Begründungen liefert, sondern ausdrücklich sagt: Die - so Sinus - "ideologischen" Auseinandersetzungen, d.h. die Kontroversen um Wertorientierungen und Deutungsmuster werden in Zukunft eher eine größere als eine geringere Rolle spielen.

"Werkstätige" Identitäten

von Oertzen: Im übrigen sei darauf hingewiesen, daß auch die traditionelle Arbeiterklasse als historisches Phäno-

men als ein Produkt von konkreten Lebens- und Verhaltensweisen und damit verwobenen Wertorientierungen begriffen und die Entstehung der Arbeiterbewegung - im Sinne der englischen Sozialhistoriker wie Thompson und Williams - auch als Lernprozeß verstanden werden muß. Die Geschichte der bis in die 60er Jahre hinein in verschiedene Strömungen aufgeteilten Ruhrbergarbeiterschaft zeigt überdeutlich, welche Rolle die verschiedenen ethnischen, religiösen, kulturellen Momente für das Selbstverständnis und das wirkliche "Klassenbewußtsein" spielen.

spw: Welche Bedeutung mißt Du denn umgekehrt dem sozialökonomischen Status - Lohnabhängigkeit bzw. Arbeitnehmereigenschaft - bei, wenn es um die Bildung der neuen Milieus und die Identität der daran Beteiligten geht?

von Oertzen: Der Status wird eine große Bedeutung behalten - aber nicht so sehr in dem Sinne, daß er prekär wäre: Zwar wird es Sektoren mit unqualifizierten und schlecht gesicherten Tätigkeiten geben, in denen vor allem Immigranten arbeiten. Aber auf der anderen Seite gibt es vor allem in bedeutsamen Zweigen des Dienstleistungssektors - von den Banken über die Datenverarbeitung bis hin zu qualifizierten Reise- und Freizeitdiensten - eine wachsende Anzahl von Menschen, deren kollektive Risiken wie etwa Massenerwerbslosigkeit eher gering und deren berufliche Möglichkeiten eher groß sind. Die Mehrzahl dieser neuen sozialen Kerngruppen, dieser - ich nenne sie jetzt einmal so - "Werkstätigen" entwickelt ihre Identität nun viel stärker über die inhaltlichen und gestalterischen Ansprüche an die eigene Tätigkeit. Und dies verändert wiederum die Ansprüche an die Gesellschaft und die Politik.

spw: Ich muß sagen, daß mir der von Dir verwandte Begriff "Werkstätige" - auch wenn er in gewisser Hinsicht vorbelastet ist - besser gefällt, um diese neuen Aspekte von sozialem Status zu beschreiben, als etwa die Kategorie "Arbeitnehmer". Denn es geht bei den genannten Gruppen heute weniger um soziale Interessen, die sich vor allem an der Frage der



Paul Willis

Jugend-Stile

Zur Ästhetik der gemeinsamen Kultur Aus dem Englischen von Thomas Laugstien 200 S., br., DM 24,-

•Die Institutionen der hohen Kultur haben mit dem Leben der meisten Jugendlichen nichts zu tun. In diesem Buch wird gezeigt, daß es im Alltagsleben selbst eine pulsierende symbolische Lebendigkeit und Ausdruckskraft gibt - auch wenn sie meist nicht sichtbar ist oder von oben herab betrachtet wird. Das Leben der Jugendlichen ist voll von Ausdrucksweisen, Zeichen und Symbolen, durch die Individuen und Gruppen ihre Identität und ihre Bedeutung erarbeiten, erforschen und ausprobieren. Das ist die Sphäre der lebendigen, gewöhnlichen Gemeinkultur. (Aus dem Vorwort)

Diese Studie, die überkommene Auffassungen dessen, was unter Kultur zu verstehen sei, in Frage stellt, basiert auf einer breit angelegten Forschungsarbeit, die von Paul Willis und seinen Mitarbeitern (Simon Jones, Joyce Canaan und Geoff Hurd) in verschiedenen englischen Städten zwischen 1987 und 1988 durchgeführt wurde. Sie zeigt auf, wie sich die symbolische Kreativität von Jugendlichen in den kulturellen Medien, der Musik, der Mode und im Alltagsleben schlechthin äußert. Sie tritt dem weit verbreiteten Vorurteil entgegen, die Jugendlichen seien kulturlose Wesen, die am liebsten in Fußballstadien Randalen veranstalten. Diese selektive Wahrnehmung wird durch Willis' Forschungen auf eindrucksvolle Weise widerlegt.

Das Buch wendet sich an Kultur- und Gesellschaftswissenschaftler, sowie an alle, die im Bereich der Kulturpolitik und/oder mit Jugendlichen arbeiten.

Argument

Rentzelstraße 1 2000 Hamburg 13

Anzeige

15 Jahre

SOZIALIST

Zeitschrift marxistischer Sozialdemokraten/Innen

Jetzt zum Kennenlernen:
15 Hefte aus 15 Jahren
zum Preis eines Jahresabos
von nur DM 21,00

solange Vorrat reicht!

Ich bestelle die 15 Sozialist-Ausgaben

Name _____

Strasse _____

PLZ-Ort _____

Bitte DM 21,00 beilegen
(Briefmarken oder V-Scheck)

Bestellcoupon ausfüllen, ausschneiden
und einwerfen an:
SOZIALIST
im Korbchen 10
3400 Göttingen

Verteilung zwischen Löhnen und Profiten festmachen, sondern mehr um ihre im weiteren Sinne produktiven Funktionen, ihre Qualifikationen und Kompetenzen. Wenn sie sich gegen den Kapitalismus wenden, dann weniger wegen der ihm innewohnenden Ungleichheit und mehr wegen des Unbehagens bzw. Unwillens, die eigenen produktiven Fähigkeiten im großen und ganzen nur in Regie des Kapitals ausüben zu können.

von Oertzen: Völlig richtig. Wobei man in diesem Zusammenhang sehen muß, daß die Zahl von sog. neuen Selbständigen - von Ingenieurbüros bis zur Heilgymnastik - ebenfalls erheblich zunimmt - von Leuten, die natürlich ihr Geld machen wollen, aber bei denen der Aspekt der Kapitalverwertung eigentlich keine Rolle spielt und die - wie früher bei vielen Handwerkern - eher arbeits- als kapitalorientiert denken und handeln. Auch in dieser Hinsicht erscheint mir der Begriff des "Werkstätigen" gehaltvoller zu sein.

■ spw: Wenn wir nun auf den Ausgangspunkt - nämlich die Entwicklung sozialkultureller Milieus, von entsprechenden Wertorientierungen und Organisationsverhalten - zurückkommen, so muß die Auflockerung des Parteiensystems wohl als unumkehrbar angesehen werden. Ich denke, daß die zuvor diskutierten Tendenzen für die Sozialdemokratie nicht nur eine programmatische Herausforderung darstellen, sondern daß es auch um die organisationspolitische Identität geht. Das sog. Modernisierungspapier aus den Reihen der nordrhein-westfälischen SPD (besprochen in der spw 1/91) behandelt ja tatsächlich beide Aspekte - und vor allem die Identitätsfrage.

Parteireform - Reformpartei

Die Konsequenz dieses Papiers scheint in der Hinwendung zur eben erwähnten "catch-all-party" und zu einem "amerikanisierten" Parteityp zu bestehen - einer Partei ohne eine aktive, selbsttätige Mitgliedschaft, die allenfalls noch im Rahmen von Wahlwerbepa-

pagnen "mobilisiert" wird und die die fragmentierte soziale Basis mit ihren unterschiedlichen Milieus in Form eines "neuen Klientelismus" bedienen will. Im Gegensatz dazu wird bei den Jusos über eine Parteireform diskutiert, die an den eben thematisierten Kompetenzen der "Werkstätigen" ansetzen soll und dazu z.B. eine Gleichberechtigung von fachlich-thematischer und territorialer Organisation anstrebt. In welcher Richtung sollte Deines Erachtens die Frage der organisationspolitischen Verfassung unserer Partei diskutiert werden?

von Oertzen: Einmal abgesehen davon, daß ich den Begriff der "Amerikanisierung" für zumindest mißverständlich halte, weil es auf der regionalen Ebene - natürlich im krassen Gegensatz zur amerikanischen Bundespolitik - in den USA durchaus viele Beispiele für eine lebendige Demokratie und Bürgerbeteiligung gibt: Ich stimme zu, daß alles dafür getan werden muß, die Sozialdemokratie gegenüber nicht-partei- gebundenen Bürgerinnen und Bürgern zu öffnen - gegenüber Menschen, unter denen alles in allem ein höheres Maß an Lösungskompetenzen vorhanden ist als in der Parteimitgliedschaft selbst.

Allerdings warne ich davor, einer alten Juso-Unsittlichkeit entsprechend mit Satzungsänderungen statt mit den Problemen selbst anzufangen. Wir müssen umgekehrt vorgehen und sagen: "Wir haben hier in der Stadt XY ein ökologisches Problem und dafür brauchen wir Ingenieure, Wasserbauer usw. und dafür wollen wir konkrete Formen der An- und Mitsprache entwickeln." Man muß über konkrete Projekte reden. Und wenn man dann dazu kommt, das Antrags- oder das Delegationsrecht verändern zu wollen, dann bin ich einverstanden - aber nicht vorher!

■ spw: Nun sind Jusos auch nur Sozialdemokraten. Insofern besteht natürlich die Gefahr der Satzungsheberei. Aber ich denke, daß es bei der angesprochenen Kritik des Territorial- bzw. Ortsvereinsprinzips im Kern nicht um Satzungs- technik geht, sondern darum, die Vision eines Parteityps der Zukunft zu entwerfen. Und zwar einer Vision, die den zuvor diskutierten sozialen Veränderungen angemessen und daher zwangsläufig

radikal sein muß. Insofern drückt sich bei den Jusos aus, daß sie nur geringes Vertrauen in kleine Schritte haben. Diese müssen natürlich gemacht werden - aber es sollte dabei klar sein, daß es in der Perspektive um einen konsequenten Bruch mit dem überkommenen Parteityp geht. Hierbei besteht in meinen Augen ein enger Zusammenhang zwischen Programmatik und Organisationspolitik.

Das Berliner Grundsatzprogramm fordert z.B. eine "Politik ausgewählter Wachstumsfelder" - eine Forderung, deren Radikalität meistens gar nicht zur Kenntnis genommen worden ist. Eine derartige Politik muß natürlich in einem bisher nicht gekannten Maße Kompetenzen in entsprechenden Umbauprojekten bzw. "ausgewählten Wachstumsfeldern" mobilisieren. Und diese Bündelung von Kompetenzen ist es, in der ich die wesentliche Funktion einer modernen linken Partei sehe - eine Funktion, die ihr auch nicht durch andere Organisationen abgenommen werden kann. Aber dies müßte natürlich erhebliche organisationspolitische Konsequenzen haben... Zugespielt: Wer das Berliner Grundsatzprogramm ernst nimmt, muß auch einen neuen Typus sozialdemokratischer Partei anstreben

von Oertzen: Bündelung von Kompetenzen in Projekten: Ich stimme dieser Aufgabenbestimmung ausdrücklich zu. Diese Formulierung bedeutet auch den Verzicht auf jeglichen Avantgardeanspruch der Partei, die sich stattdessen eher als organisierendes Dienstleistungsunternehmen begreifen sollte. Aber ich möchte nochmals betonen, daß mir die konkreten Veränderungsvorhaben auf allen Ebenen der Partei als vorrangig erscheinen.

Z.B. fehlt uns die Kommunikation mit jüngeren Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in den allermeisten relevanten Wissenschaftszweigen. Warum sollten wir nicht die Öffnung zunächst einmal so betreiben, daß wir eine Art Betriebsgruppe Ingenieurwissenschaften an der Universität gründen, die wiederum mit der AfA (der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen) verkoppelt werden könnte.

Begrüßenswert ist etwa der Versuch, beim Parteivorstand eine stärkere Projektorientierung zu gewährleisten - Projekt-

gruppen anhand mittelfristig absehbarer Problemstellungen zu installieren: ein Ansatz, der allerdings dann auch auf regionaler Ebene praktiziert werden müßte. Umgekehrt könnte in diesem Zusammenhang auch eine Politikkoordination entwickelt werden, die sich an den Verantwortungsbereichen der Ministerien orientiert und darüber vor allem die Fachpolitiken sozialdemokratischer Landesregierungen aufeinander abstimmt.

Z.B. wäre es notwendig, eine Aus- und Weiterbildung der SPD-Hauptamtlichen zu entwickeln, die aus ihnen auch Manager der politischen Kommunikation macht und Voraussetzungen für Kampagnenfähigkeit schafft. Natürlich betrifft diese Frage auch die Bildungsarbeit unter den ehrenamtlichen Funktionsträgern. Denn die Fähigkeit zur politischen Kommunikation berührt natürlich die gesamte zu erneuernde Partei.

So gibt es also eine Vielzahl von Ansatzpunkten und Richtungen, in denen man denken kann und die in der Konsequenz natürlich - da stimme ich zu - auf eine durchaus radikale Veränderung der organisationspolitischen Verfassung der SPD hinauslaufen.

Linkssein in der SPD

■ spw: Ein wichtiges Moment der innerparteilichen Entwicklung besteht ohne Zweifel in den internen Strömungen. Nicht zuletzt mit Blick auf den "Frankfurter Kreis" der sog. Parteilinken möchte ich behaupten, daß es zwar noch "Kreise" gibt, daß sie aber keine Diskurse, also politische Sinnzusammenhänge mehr organisieren, nicht mehr diskursbildend wirken. So stellt sich die Frage, welche Existenzberechtigung sie eigentlich noch in der und für die Partei haben.

von Oertzen: Die Rolle des "Frankfurter Kreises" ist vor allem darin zu sehen, daß er jenseits des politischen Alltagsgeschäfts die Möglichkeit bietet, über sozialdemokratische Politik zu reflektieren und sich auch darüber zu streiten - wobei hier auch die "linken" Großkopfen häufig Rede und Antwort stehen müssen. Dabei war es in den ver-

gangenen Jahren sicherlich so, daß der größte Teil der programmatisch-politischen Kontroversen in der SPD zwischen Angehörigen des "Frankfurter Kreises" ausgetragen worden ist. Dabei ist dieser Kreis seinem Selbstverständnis nach auch weiterhin etwas gesellschaftskritischer und etwas basisdemokratischer gesinnt als der Durchschnitt der SPD.

Wir müssen vor allen Dingen sehen, daß der "Frankfurter Kreis" ein Wirkungsfeld auch für diejenigen darstellt, die man als sozialistische Linke ansehen mag. Obwohl natürlich an und für sich in der Partei eine Minderheit, gelang es diesen Kräften doch, einen bestimmten Einfluß auf das Berliner Grundsatzprogramm auszuüben, zumal wir in der Programmkommission in vielen Fragen bis zu 40% ihrer Mitglieder auf unserer Seite hatten. Alles dies war und ist nur denkbar im Rahmen des "Frankfurter Kreises" und nicht als "sozialistische Linke pur".

■ spw: Dies läßt sich sicherlich auch am Beispiel der Nürnberger Parteitagbeschlüsse von 1986 belegen. Aber: Werfen diese Verweise - v.a. auf das Berliner Grundsatzprogramm - nicht auch die Frage nach der politischen Umdeutung der programmatischen Erfolgskriterien? Natürlich gab und gibt es ein reales Mißverhältnis zwischen Grundsatzbeschlüssen und sozialdemokratischer Praxis. Aber mir erscheint das Mißverhältnis zwischen den Kommissions- und Parteitagserfolgen der sozialistischen Linken und ihrer realen Wirkung gegenwärtig als besonders eklatant.

Ich möchte dies ausdrücklich auch auf die Frage beziehen, wer diese inhaltlichen Erfolge personell repräsentiert - eine Frage, die man mit Blick auf die breite Mitgliedschaft und die Öffentlichkeit niemals unterschätzen sollte. Diese Frage bezieht sich natürlich auch direkt auf Dich: Denn Du warst und bist in der programmatischen Diskussion die wesentliche und wahrscheinlich sogar die einzige öffentlich wahrgenommene "Galionsfigur" dieser sozialistischen Linken, über deren Perspektiven wir zum Schluß noch einige Worte verlieren sollten.

von Oertzen: In Bezug auf das Berli-

Sozialismus

ner Grundsatzprogramm und seine Umsetzung muß man natürlich in Rechnung stellen, daß der Ertrag der programmatischen Diskussion im Strudel der deutschen Vereinigung und auch der drastischen Wahlniederlage leider ziemlich untergegangen ist, obwohl man aus dem neuen Programm ohne die geringsten Schwierigkeiten ein Konzept für die demokratische und soziale Neugestaltung der DDR hätte ableiten können. Im übrigen habe ich die Hoffnung und z.T. auch schon den Eindruck, daß vor allem die Ost-SPD die in den letzten Jahren gewonnenen Positionen für sich neu entdecken könnte.

Die Linke und vor allem ihre sozialistischen Teile müssen vor allem in zwei Richtungen ihre Anstrengungen verstärken und dabei übrigens programmatische und organisationspolitische Fragen miteinander verknüpfen: Sie muß sich auf die Tatsache einer gesamtdeutsch vereinigten Partei einstellen und sie muß die Kooperation zu linken Teilen der Gewerkschaften - eine organisierte Gewerkschaftslinker gibt es derzeit ja nicht - herstellen. Und sie muß schließlich bei alledem eine neue Politik unter den veränderten internationalen Bedingungen formulieren.

Hinsichtlich der sozialistischen Linken gilt es in diesem Zusammenhang, jene, die den "real existierenden Sozialismus" - wie ich - als Todfeind begriffen haben, mit anderen zusammenzubringen, die an die Reformfähigkeit dieses Systems (manchmal aber noch nicht einmal an seine Reformbedürftigkeit) geglaubt haben. Wir müssen dabei auch die eigenen Lebensgeschichten miteinander aufarbeiten. Jetzt geht es aber um gemeinsame, mehr oder weniger übereinstimmende Positionen gegenüber dem Weltherrschaftsstreben der USA und den Ambitionen des internationalen Kapitals, um die Haltung zur internationalen Rolle Europas und Deutschlands.

Was die Frage der personellen Repräsentation in führenden Funktionen betrifft, gibt es natürlich das von Dir angesprochene Mißverhältnis. Und es gibt insoweit ein Glaubwürdigkeitsproblem für die Linke, als der Druck der Alltagspraxis und die Neigung zum Arrangement in dem Maße zunehmen, wie es in der Hierarchie aufwärtsgeht - eine Bemerkung, die ich ausdrücklich nicht

denunziatorisch meine, sondern die ein Spannungsverhältnis beschreibt, das uns als solches wohl auch in Zukunft erhalten bleiben wird.

Allerdings habe ich erhebliche Zweifel, ob die älteren Genossinnen und Genossen der sozialistisch geprägten "Traditionslinken" sich ausreichend um den Nachwuchs und eine "Traditionsstiftung" im positiven Sinne gekümmert haben. Hierbei will ich auch eigene Versäumnisse einräumen. Und ich denke viel darüber nach, was man in dieser Hinsicht tun kann - über Diskussionsforen, über eine Neubegründung der theoretischen Bildungsarbeit, verstanden auch als kritische Vermittlung sozialistischer Grundeinsichten. Und ich hoffe, daß daraus zu meinen Lebzeiten noch etwas wird. Wenn ich dafür Unterstützung bekommen könnte, wäre ich sehr glücklich.

Andreas Wehr

Arbeiterpartei, Volkspartei, Allerweltpartei...

Die SPD im Parteiensystem der Bundesrepublik

Eine parteitheoretische Diskussion kennt die bundesdeutsche Linke nicht. Es gab und gibt wohl eine Staatsdebatte, erinnert sei hier an die Kontroverse über Wesen und Charakter des interventionistischen Staates zu Beginn der siebziger Jahre, nicht zuletzt innerhalb der Organisation der Jungsozialisten. Und es gibt auch eine sich in vielfachen Diskursen bewegende Auseinandersetzung über Vergesellschaftungsprozeß und Subjektivität, gerade jetzt, wo sich das "historische Subjekt" als offensichtlich so unfähig erwiesen hat, die Menschheit zu befreien. Damit ist zugleich der Rahmen angedeutet, der auch eine parteitheoretische Debatte als Teil der Kontroversen über die politische Theorie des Marxismus umfassen müßte. Irgendwo dort, zwischen dem Staat und dem Subjekt, müßte sie angesiedelt werden.

Tradition hat hingegen in der bundesdeutschen Linken eine stark reduktionistische Handhabung dieser Problematik. Die gesellschaftlichen Felder auf den Ebenen der Kultur, der Verbände, der halbstaatlichen und staatlichen Organisationen werden kaum zur Kenntnis genommen, oft schnell abgehandelt und nur selten als Phänomene behandelt, die über eigenständige Gesetzmäßigkeiten als auch Widersprüche verfügen, die es erforderlich machen, sich mit ihnen eigenständig auseinanderzusetzen.

Was also tun angesichts des nahezu gänzlichen Fehlens einer marxistischen parteitheoretischen Debatte? Ich will daher auf einen weitgehend vergessenen Text eines zu Unrecht heute nur noch Wenigen bekannten Autors zurück-

greifen. Der vor den Nazis in die Vereinigten Staaten geflohene Staatsrechtler und Soziologe Otto Kirchheimer, Schüler Ernst Fraenkel's und in der Weimarer Republik aktiver Sozialdemokrat, analysierte bereits 1965 in einem Artikel mit dem Titel "Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems," dessen leicht gekürzte Fassung "Der Weg zur Allerweltpartei" überschrieben ist und hier zitiert wird, die bis heute gültigen Grundzüge des Parteiensystems, das sich in den fünfziger und sechziger Jahren auch in der Bundesrepublik herausbildete. Der Begriff "Allerweltpartei" ist womöglich ein unfreiwillig zweideutiges Produkt der Übersetzung des amerikanischen Begriffs der "catch-all-party", bei Kirchheimer wird jedenfalls diese Bezeichnung nicht abwertend benutzt.

Von der Massenintegrations- zur Allerweltpartei

Ausgangspunkt seiner Untersuchungen sind die Massenintegrationsparteien christlicher und sozialistischer Provenienz vor dem Zweiten Weltkrieg. Ihn interessieren dabei weniger die Ideologien und die Selbsteinschätzungen, mit denen diese Parteien daher kommen, registriert werden alleine die Ergebnisse des geschichtlichen Prozesses. So trugen, nach Kirchheimer, "die sozialistischen Parteien um die Jahrhundertwende entscheidend zur gesellschaftlichen Integration ihrer Mitglieder bei" (Kirchheimer, 1974, 113). Die Integration der Arbeiterklasse in die "Industriegesellschaft" gelang vor dem Zweiten Weltkrieg aber nur unzureichend. Schuld daran waren nur zum Teil die Arbeiterparteien selbst, auch die bürgerlichen Kräfte waren noch nicht bereit, die Forderungen der Parteien der Arbeiterklasse

Erst in den achtziger Jahren kann von einer wirklichen Entfremdung zwischen Sozialdemokratie und Gewerkschaften gesprochen werden.

zu erfüllen: "Was aus der Integration in die Massenparteien auf Klassenbasis folgte, hing von der Haltung der anderen Kräfte im bestehenden politischen System ab; in einigen Fällen war diese Haltung so negativ, daß sie zur Verzögerung der Integration in das politische System führte oder zu seiner Auflösung beitrug" (114). Im Gegensatz zu den Arbeiterparteien gelingt den christlichen Parteien diese Integration schon besser, doch die italienische "Partido Popular" und das deutsche "Zentrum" bleiben aufgrund ihres nicht überschreitbaren konfessionellen Charakters "isolierte Festungen".

Der endgültige Durchbruch zu neuen politischen Formationen sollte erst nach der Katastrophe des zweiten Weltkriegs möglich sein: "...Die Anerkennung der politischen Marktgesetze wurde unvermeidlich" (115). Otto Kirchheimer schreibt hier in einer politologischen Sprache über eine geschichtliche Wende, die Stuart Hall mehr als zwanzig Jahre später in seiner marxistischen Analyse der britischen Gesellschaft "Massenkultur und Staat" wie folgt charakterisiert: "Der Staat war nun, wenigstens formal, voll repräsentativ geworden (ein Mann, und wenig später, eine Person, eine Stimme) und seine Herrschaft mußte daher die Form der Allge-

Andreas Wehr, Jurist (Berlin), bis 1989 Redakteur der spw

meinheit annehmen und alle seine BürgerInnen gleich behandeln. Das warf ganz neue Probleme für die Regelung politischer, sozialer und kultureller Aufgaben auf. Die führenden gesellschaftlichen Klassen und deren Interessen mußten ihre beherrschende Position erhalten, jedoch irgendwie in einem Staat, der beanspruchte, die politische Macht egalisiert und 'demokratisiert' zu haben. Die Frage war daher, wie Demokratie aufrechterhalten und gleichzeitig die Zustimmung der Massen erhalten werden sollte, und das unter den Bedingungen wirtschaftlicher Umwälzungen und intensiverer internationaler Rivalität' (Hall 1986, 114). Die Lösung bestand in einem "historischen Kompromiß zwischen den Klassen" (Hall, 1984, 226), der in Frankreich und England bereits in der Zwischenkriegszeit, in Deutschland und Italien erst nach dem Zweiten Weltkrieg geschlossen wurde. Es begann jeweils die Entwicklung hin zum Staatsinterventionismus, zum Sozialstaat. Es begann die sozialdemokratische Epoche.

Kirchheimer hält sich nicht lange bei den sozialökonomischen Implikationen dieser grundlegenden Wende auf. Sie werden vielmehr als unhistorisch gegeben konstatiert und schlicht mit "entwickelten Gesellschaften" bezeichnet, "in denen ein hoher Stand wirtschaftlichen Wohlstands erreicht wurde, die durch die staatlichen Wohlfahrtseinrichtungen auf alle ausgedehnt oder durch die Abkommen der Sozialpartner verbürgt werden..." (118 f.). Ihn - aber auch uns - interessieren mehr die sich auf dieser Grundlage entwickelnden Allerweltparteien.

Dieser so bezeichnete neue Typ von Parteien bildete sich in den hochentwickelten großen Ländern Westeuropas aus den zur Jahrhundertwende entstandenen Massenintegrationsparteien sozialistischen oder christlichen Charakters heraus. Mit der nach dem Zweiten Weltkrieg errichteten US-amerikanischen Hegemonie über Westeuropa war die Richtung bestimmt, in der sich diese Parteien fortan weiterentwickeln sollten. Das amerikanische Parteiensystem wurde für die hiesigen Politiker zum Vorbild. Vor allem die Wahlkampagnen wurden eifrig studiert und kopiert.

Ein neues System von Parteien

Für Kirchheimer bedeutet die Entwicklung zur Allerweltpartei in erster Linie eine völlig neue Stellung der Ideologie im Selbstverständnis der Partei: "Die Allerweltparteien Europas treten in einer Phase der Entideologisierung auf, die beträchtlich zu ihrem Aufstieg und ihrer Ausbreitung beigetragen hat. Politische Desideologisierung heißt Ideologie vom Platz einer Hauptantriebskraft der politischen Zielsetzung auf die Rolle eines der möglichen Elemente in einer sehr viel komplexeren Motivationsreihe zu beschränken" (119 f.). In wenigen Sätzen faßt er schließlich die praktischen Konsequenzen dieses neuen Parteimodells zusammen. Da sie gebündelt alle Bestimmungen des neuen Parteimodells enthalten, seien sie hier vollständig zitiert: "Diese Änderung bedeutet: a) Radikales Beiseiteschieben der ideologischen Komponenten einer Partei (...), die absolute Vorrangigkeit kurzfristiger taktischer Überlegungen; b) weitere Stärkung der Politiker an der Parteispitze; was sie tun oder unterlassen, wird jetzt mehr vom Standpunkt ihres Beitrages zur Wirksamkeit des ganzen gesellschaftlichen Systems angesehen und nicht danach, ob sie mit den Zielen der jeweiligen Parteiorganisation übereinstimmen; c) Entwertung der Rolle des einzelnen Parteimitglieds; diese Rolle wird als historisches Überbleibsel angesehen, das das Bild von der neu aufgebauten Allerweltpartei in ein falsches Bild setzen kann; d) Abkehr von der 'chasse-gardée', einer Wählerschaft auf Klassen- und Konfessionsbasis, statt dessen Wahlpropaganda mit dem Ziel, die ganze Bevölkerung zu erfassen; e) das Streben nach Verbindung zu den verschiedensten Interessenverbänden. Finanzielle Überlegungen spielen dabei sicher mit, aber sie sind weniger wichtig, wo - wie in Deutschland - Parteien öffentliche Mittel erhalten, oder wo die Parteien relativ leichten Zugang zu den wichtigsten Kommunikationsmitteln haben, etwa in England und Deutschland. Der Hauptgrund ist die Gewinnung von Wählerstimmen, wobei die Interessengruppen als Mittler dienen" (123 f.). Wer mag beim Lesen dieser Zeilen nicht an die eigenen Illusionen und Enttäuschungen denken?

Kirchheimer liefert damit nicht nur eine Beschreibung, deren Grundaussagen

auch heute noch aktuell sind. Mehr noch: Die vom ihm bereits 1965 dargestellten Strukturen eines völlig neuen Parteitypus waren zu dieser Zeit in Westeuropa erst undeutlich zu erkennen. In manchen Ländern sollte es noch Jahrzehnte bis zu ihrer vollen Herausbildung dauern. Es war mit Sicherheit nicht die Fähigkeit zur genialischen Vorausschau in die Zukunft, die Kirchheimer zu solchen Einschätzungen befähigte. Geholfen hat ihm, neben seiner in den Arbeiten über den Nationalsozialismus bewiesenen glänzenden Analysefähigkeit, zweifelsohne auch sein Standort in den USA. Aufgrund seines Einblicks in das politische System der Vereinigten Staaten, konnte er so manches auch in Westeuropa Entstehende früher erkennen. Dennoch geht er aber nie so weit, Westeuropa nur die platte Übernahme der amerikanischen Parteienlandschaft vorauszusagen.

Um sich Kirchheimers Weitsicht vor Augen zu führen, sei nur daran erinnert, daß zum Zeitpunkt seiner Analyse die sozialistischen Parteien Großbritanniens, Frankreichs und Italiens ihr "Godesberg", d.h. ihre Entwicklung zur Volkspartei/Allerweltpartei, noch vor sich hatten. Von den Sozialisten Spaniens, Portugals und Griechenland gar nicht erst zu reden. Die schrillen Klassenkämpföne der dort nach dem Ende autoritärer und faschistischer Regime neuentstandenen sozialistischen Parteien hatte die bundesdeutsche Linke gründlich mißverstanden. Was sie als Totengeläut des Kapitalismus in diesen Ländern vernommen hatte, waren in Wahrheit die Geburtswehen einer modernen bürgerlichen Gesellschaft.

Auch die von Kirchheimer prophezeite weitere Entfernung zwischen Allerweltpartei und Interessenverbänden ist erst im Laufe des letzten Jahrzehnts so richtig vorangekommen. 1965 schrieb er: "Trotz allem hat sich das Klima der Beziehungen zwischen Allerweltpartei und Interessenverbänden seit der Blütezeit der Massenintegrationspartei auf Klassen- oder Konfessionsbasisentscheidend verändert. Beide - die Partei und der Interessenverband sind unabhängiger voneinander geworden" (127). Doch erst in den achtziger Jahren kann von einer wirklichen Entfremdung zwischen Sozialdemokratie und Gewerkschaften gesprochen werden.

Schließlich bleibt noch an das Schicksal der großen westeuropäischen Massenparteien zu erinnern, die sich lange Zeit dem Veränderungsdruck entziehen konnten. Zu sprechen ist vor allem von der französischen und italienischen KP, den - so Kirchheimer - "zuweilen recht großen Überbleibseln der alten Massenparteien auf Massenbasis (...). Diese Parteien sind teils erstarrt, teils gefestigt, weil hier offizielle Ablehnung und legitime Beschwerden einzelner Schichten zusammentreffen. In dieser Situation wird die mehr und mehr in den Hintergrund versinkende, wenig brauchbare revolutionäre Erfahrung als zeremonieller Ballast mitgeschleppt" (124). Auch bei diesen Parteien ist inzwischen einiges zu Ende gekommen. Die westeuropäischen kommunistischen Parteien sind beschleunigt noch durch das Verschwinden des sozialistischen Lagers - weitgehend marginalisiert bzw. fristen in diversen Links- und Alternativbündnissen ihr Leben. Die größte und einflußreichste unter ihnen, die Kommunistische Partei Italiens, durchlief einen Sozialdemokratisierungsprozeß, der mit der Umbenennung in "Partei der demokratischen Linken" Anfang 1991 auch zu einem gewissen förmlichen Abschluß gekommen ist.

SPD und Grüne im gegenwärtigen Parteiensystem

Es kann kein Zweifel bestehen, daß wir noch immer im Zeitalter der Allerweltparteien leben. Bei der SPD stand die Entscheidung von Godesberg am Ende eines langen Umformungsprozesses und war zugleich eine Zäsur, die auch heute noch weiterwirkt. Auch in der gegenwärtigen Politik der bundesdeutschen Sozialdemokratie werden nicht die programmatischen Alternativen, sondern die Führungspersönlichkeiten, die "schmucke Garde der jungen Ministerpräsidenten", als Garanten eines neuerlichen Aufstiegs der Partei gesehen. Keine Rolle spielt mehr das erst im Dezember 1989 in Berlin beschlossene neue Grundsatzprogramm, zu den Akten gelegt das "Konzept Fortschritt '90". Auf die mit der Vereinigung neu entstandenen sozialen Fragen sollte dieses auf ein postmaterialistisches Publikum zielende Konzept keine Antwort wissen. Den Wahlkämpfen gibt die Partei immer

stärker eine populistische landsmannschaftliche Färbung. Dem Konzept der CSU folgend wird versucht, eine bruchlose Identität zwischen Partei und Landesinteressen herzustellen. Nordrhein-Westfalen war damit für's erste erfolgreich. Das Logo "Wir in..." wurde sogar nach Brandenburg exportiert. Die nachleiderne, blau-weiße Sozialdemokratie in Bayern wurde hingegen als matte Kopie nicht ernstgenommen und fiel durch. Wer aber mit landsmannschaftlichen Parolen Wahlkampf macht, der wird von den Bürgern auch daran gemessen. Verlangt wird eine rücksichtslose Vertretung der regionalen Interessen, auch wenn dies dann schon mal auf Kosten der von der ebenfalls eigenen Partei gestellten übrigen Landesregierungen geht. So geschehen, als die NRW-Regierung zusammen mit Bayern und Baden-Württemberg kurz vor dem Beitritt der fünf neuen Bundesländer noch schnell versuchte, die Sitzverteilung im Bundesrat zu kippen. So geschehen in Bremen mit der asylopolitischen Rechtswende kurz vor dem Wahltag.

Das Grundschema der erstmals von Kirchheimer vollständig skizzierten Allerweltpartei wird aber auch durch Entwicklungen aus anderen Richtungen nicht herausgefordert, weder durch die Entstehung der Partei der Grünen noch durch die Vereinigung Deutschlands.

Die gegenwärtige politische Kultur in den Ländern der ehemaligen DDR harmoniert durchaus mit dem Parteiensystem in der alten Bundesrepublik. Die dort kaum vorhandene Bereitschaft, gesellschaftliche Kontroversen auch im Konflikt zu lösen, hat zu einer starken Annäherung der politischen Lager, unter Ausschluß der PDS, geführt. Der zwischen den großen Parteien nur gering ausgebildeten Polarisierung entspricht das dort ausgeprägte Verlangen, möglichst viele Streitpunkte einvernehmlich am "Runden Tisch" zu lösen. Schon gar nichts will man von einer Reideologisierung des Alltags wissen.

Entgegen dem ersten Anschein ist mit der Herausbildung der Partei "Die Grünen" das traditionelle Parteiensystem der Bundesrepublik nicht in Frage gestellt worden. Es wurde weder eine "Partei neuen Typus" geschaffen noch wurden die Strukturen der repräsentativen

Demokratie angekratzt. Dies lag aber weder am "Verrat" einiger ihrer Funktionäre noch in erster Linie am wachsenden Appetit großer Teile dieser Partei auf die Teilhabe an der Macht. So wenig wie die traditionellen Volksparteien können sich die Grünen nicht auf eine weitgehend homogene soziale oder konfessionelle Gruppe berufen. Die Charakterisierung der grünen Wählerschaft als "postmaterialistische Klientel" ist reichlich ungenau und sozial undifferenziert. Vor allem aber finden sich diese "postmaterialistischen Bewußtseinshaltungen" auch bei den Wählern anderer Parteien, so bei denen der SPD und der FDP. Die politische Programmatik der Grünen ist vielmehr dazu angetan, sie zu einer klassischen Allerweltpartei werden zu lassen. Die ökologischen Fragen werden von ihnen als Gattungsfragen angesprochen. Die Partei richtet damit ihren Appell an die Gesamtbevölkerung. "In dieser Hinsicht ist die potentielle Wählerschaft (einer Allerweltpartei) fast unbegrenzt" - so Kirchheimer (118). Diejenigen, die wie Antje Vollmer oder Michael Jäger, die Grünen "weder rechts noch links, sondern vorn" einordnen wollen, haben ein sehr feines Gespür dafür entwickelt, wie diese Partei bündnisfähig - und zwar in alle Richtungen hin - werden kann. Voraussetzung ist allerdings, daß man den alten Übergeruch einer Organisation von Systemverändern endlich los wird.

Allerweltparteien und kein Ende?

Wenn es als unbestritten gelten kann, daß wir immer noch im Zeitalter der Allerweltparteien leben, so möchte natürlich jeder gern wissen, ob dieses politische System weiterhin stabil ist oder aber bereits Risse zeigt, die bereits auf etwas Neues hinweisen. Bevor hier jedoch vorschnelle Prognosen aufgestellt werden, soll zunächst noch einmal auf die Ausgangsbedingungen der Kirchheimerschen Analyse zurückgegangen werden. Es fällt auf, daß er wie selbstverständlich eine Korrelation zwischen der Herausbildung des neuen Parteiensystems und der wirtschaftlichen Entwicklung herstellt. Er fragt, ob "Gesetzmäßigkeiten gefunden werden können, nach denen sich die Umformung vollzieht" und kommt zum Ergebnis,

"daß es naheliegend wäre, das gegenwärtige Tempo der wirtschaftlichen Entwicklung als wichtigste Determinante zu nehmen" (116). Bereits zitiert wurde die von ihm vorgenommene Gleichsetzung von "entwickelter Gesellschaft" mit einer Gesellschaft mit "hohem Stand wirtschaftlichen Wohlstands und sozialer Sicherheit". Hiererweist sich Kirchheimer ganz und gar als Kind seiner Zeit. Einer Zeit, in der die Entwicklung hin zu immer mehr Wohlstand in einem amerikanischen way of life - zu einer fordistischen Gesellschaft wie wir heute sagen würden - wenigstens in der Ersten Welt schier unauffhaltsam schien. Industriegesellschaft, moderne Gesellschaft und Wohlfahrtsstaat waren nahezu synonyme Begriffe. Wir sehen: Auch am Anfang der sechziger Jahre währte man sich bereits schon einmal "am Ende der Geschichte".

Hier liegt eine der großen Schwächen seiner Darstellung: Die Herausbildung des Sozialstaats in Westeuropa, erkennbar in Frankreich und England bereits in den dreißiger Jahren und in Deutschland während der ersten Hälfte der fünfziger Jahre, wird nicht als Ergebnis des Ringens der grundlegenden Formationen von Kapital und Arbeit begriffen. Es waren jedoch erst die Erfahrungen mit dem Inferno des imperialistischen Krieges, die Stärke der antifaschistischen Bewegungen in vielen westeuropäischen Ländern, aber auch die beginnende Systemkonkurrenz, die die Logik gesellschaftlicher Bedürfnisse gegenüber der Domäne des Kapitals und des Marktes an Boden gewinnen ließen. Keineswegs in allen Ländern führte dies zur Regierungsübernahme oder auch nur zur Machtbeteiligung durch die Linke. Dennoch wurde das gesamte Kräfteparallelogramm verschoben. In den bürgerlichen Massenparteien vollzog sich die Abwendung von Vorstellungen des liberalen Laissez-faire und des liberalen Individualismus. An deren Stelle traten die Ideologien eines ethischen Christentums, einer nivellierten Gesellschaft oder des Wohlfahrtsstaates. Selbstverständlich wurde dabei auch immer daran gedacht, mit diesen neuen programmatischen Vorstellungen der politischen Linken das Wasser abzugraben und in der Systemkonkurrenz zu bestehen. Dennoch sprechen gerade konservative Theoretiker heute rückblickend vom Beginn des "sozialdemokratischen Jahr-

hunderts". Erst auf Grundlage dieser Konstellation bildeten sich die Volksparteien/Allerweltparteien aus. Frieder Otto Wolf verkennt diese tiefgreifende Veränderung innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft, wenn er die Existenz dieser Epoche mit dem Hinweis auf die insgesamt nur wenige Jahre währende tatsächliche Regierungsbeteiligung der SPD bestreitet (Frieder Otto Wolf 1988, 142).

Der damals erreichte Konsens endete in England mit dem Aufkommen des Thatcherismus Mitte der siebziger Jahre. Die von dort und den USA ausgehende Politik der Neuen Rechten veränderte die konservativen Parteien ganz Westeuropas, ermutigte sie erneut, um eine Grenzverschiebung in der politischen Landschaft zu kämpfen. "Einmal mehr war die Wiedereinsetzung des Prinzips des freien Marktes in seine frühere Vormachtstellung Dreh- und Angelpunkt der Politik, die entscheidende Trennlinie zwischen rechts und links" (Hall 1984, 226).

Auch die Kräftekonstellation in der Bundesrepublik wurde durch diesen "konservativen Aufbruch" verändert, wenn auch lange nicht so nachhaltig wie etwa in England oder den USA. Es können hier nicht die einzelnen Stationen nachgezeichnet werden, die ab Beginn der achtziger Jahre - schon eingeleitet unter der Kanzlerschaft Schmidts - und dann forciert nach der Wende 1982 zu einer Demontage bzw. zu einem Umbau des Sozialstaats geführt haben. Die Parole vom "Ende des Sozialstaats" war aber offensichtlich verfrüht von der Linken ausgegeben worden. Trotz mannigfaltiger Verschlechterungen und zunehmender Ungerechtigkeiten, insbesondere im Zuge der sogenannten Gesundheitsreform, blieb auch die bei uns breit angekündigte "Entstaatlichung des Lebens" nur ein müder Abglanz der in England und den USA zur gleichen Zeit vollzogenen Demontage. Auf für sie wundersame Weise verfrühten sich die hiesigen Konservativen in den Stricken von Besitzstandswahrungen, Erwartungshaltungen, Klientelwirtschaft und nicht zuletzt einer christlich begründeten Familienpolitik, die die staatlichen Ressourcen nicht beschnitten, sondern nur anders verteilt sehen wollte.

So wenig sinnvoll es ist, wie gesagt,

Auch am Anfang der sechziger Jahre währte man sich bereits schon einmal "am Ende der Geschichte"

vorschnell von einem "Ende des Sozialstaats" zu sprechen, so wäre es aber auch mit Sicherheit verfrüht, umgekehrt heute ein Scheitern dieses "großen konservativen Umbaus" zu behaupten. Besser paßt schon das Bild von einem Umlenken und einem Abbremsen. Es zeigte sich eben, daß auch die politische Rechte nicht einfach aus dem Sozialstaat aussteigen kann, will sie sich nicht um ihre erst in den Nachkriegsjahren errungene Verankerung in der breiten Bevölkerung bringen. So veränderte die Herausbildung des Sozialstaats und die Entstehung des Systems von Allerweltparteien auch tiefgreifend das konservative Lager. Anders könnten wir uns auch nicht z.B. die gegenwärtig dort geführte Debatte über die geplante Einführung einer Pflegegeldversicherung erklären.

Die beschriebenen Schwierigkeiten der Konservativen können nun nicht dahin interpretiert werden, daß die zentralen Konflikte zwischen der Logik des Marktes und des Kapitals gegenüber jener der gesellschaftlichen Bedürfnisse nicht mehr die großen Parteien formen und sie nur noch untereinander austauschbare Politik betreiben. Diese Konflikte strukturieren sehr wohl noch das Handeln der Allerweltparteien/Volksparteien. Die veränderten Formen ihrer Austragung gestatten aber eben nicht mehr, daß die entstandene Machtbalance zwischen Kapital und Arbeit einseitig aufgekündigt und die errungene Grenzziehung einfach aufgehoben werden kann. Aber diese Balance - es handelt sich wohlgerne immer um eine Balance innerhalb der kapitalisti-

schen Gesellschaft - ist Veränderungen ausgesetzt, ebenso bleibt der genaue Ort der Grenzziehung umkämpft.

Wir kennen dabei nicht nur kurzlebige Einbrüche der einen oder der anderen Seite, sondern die gesamte Nachkriegszeit ist gekennzeichnet durch hegemoniale Stellungen erst des einen und dann des anderen Lagers. Fand die Herausbildung des Sozialstaats noch im "sozialdemokratischen Jahrhundert" statt, so errangen in den siebziger Jahren wiederum die Kräfte des Marktes und des Kapitals eindeutig die Oberhand und drängten die Linke in die Defensive, in der sie sich ja heute noch befindet. Wenn die "konservative Revolution" letztlich auch keine politische war, so wegen der Abfederungen, die ein System von Allerweltparteien und des Sozialstaates hervorbringen, aber auch wegen der Bereitwilligkeit des anderen politischen Lagers, sich dem veränderten Kurs anzupassen. Wieland Elfferding beschrieb das so: "Der neue Konservatismus der achtziger Jahre ist erledigt, und zwar durch seinen Erfolg. SPD und Grüne sind längst für den privatisierten Sozialstaat; Austerität ist kein Diskussionsthema mehr; ein bißchen Manchesterkapitalismus benutzen alle, das Privatindividuum ist sowieso in. Die Konservativen können mit dem Neokonservatismus kein Profil mehr gewinnen, weil sie ihn in den anderen Parteien - in Proportionen - haben verbreiten können" (Wieland Elfferding 1991, 6). Da paßt es in das Bild, wenn Engholm "keinen Spielraum" mehr für weitere soziale Reformen sieht.

In dem statischen politologischen Modell Kirchheimers gibt es für diese Bewegungen innerhalb des Systems der Allerweltparteien keinen Platz. Es scheint ihm unvorstellbar, daß die Grundprämissen der von ihm so bezeichneten "entwickelten Gesellschaften" jemals noch einmal infrage gestellt werden könnten. Angesichts des schier unauffhaltsamen Siegeszuges des amerikanischen way of life fehlte ihm offenbar letztendlich der Sinn für die zentralen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, die auch ein System von Allerweltparteien permanent verändern und neu strukturieren.

Aus diesem Defizit ergibt sich ein zweiter Mangel: Für Kirchheimer stellen die ideologischen Bewußtseinshaltungen

Relikte untergegangener Zeiten dar, sie existieren nur noch vorübergehend und werden immer schwächer. Nun soll nicht bestritten werden, daß ideologische Motive für das Handeln der Allerweltparteien immer unwichtiger geworden sind, sie sind aber auch nicht verschwunden. Auf geheimnisvolle Weise sind vielmehr die europäischen Allerweltparteien mittels tausender Fäden mit ideologischen Strömungen und Bewußtseinlagen innerhalb ihrer Mitglieder- und Wählerbasis verbunden, werden sie von diesen Strömungen beeinflusst und reflektieren sie sie gleichzeitig. Wir alle wissen, wie dies geschieht: Wir kennen die Sprache der Programme, die kämpferischen Appelle, mit denen das müde Parteivolk aufgerüttelt wird, die oft belächelten "Sonntagsreden" und in sozialdemokratischen Wahlkämpfen die "Anrufungen" des distinkten Klassenbewußtseins.

Tausendfach sind diese Verhaltensmuster entlarvt und kritisiert worden. Und doch stellen sie sehr ernstzunehmende Elemente der Allerweltparteien dar. Sie sind Ausdruck der sozialen Konflikte in der Gesellschaft, die permanent die Parteien beeinflussen und verändern. Zugleich sind sie für ihre Existenz lebensnotwendig, dienen sie doch zugleich der Abgrenzung gegenüber anderen Parteien und ihrer Selbstdefinition. In dieser Frage unterscheiden sich die großen europäischen Parteien noch immer von den Demokraten und Republikanern in den USA, die in weit geringerem Ausmaß die soziale Spaltung der Gesellschaft widerspiegeln.

Ohne Zweifel wird die Anzahl der "Verbindungsfäden" zwischen der Sozialdemokratie und den unter Bezugnahme auf ihre abhängige soziale Stellung anrufbaren Schichten und Gruppen in der Bevölkerung immer geringer. Die Ursachen dafür sind vielfältig und verwickelt. Sie sind zum einen in der Umstrukturierung der Arbeiterklasse und dem damit einhergehenden Verlust kollektiver Ausdrucksweisen zu suchen, die ja auch den Gewerkschaften so zu schaffen macht. Damit verbunden und diesen Prozeß zugleich beschleunigend ist die zu beobachtende Entproletarisierung der Partei, erst innerhalb ihrer Mandatsträger, und längst in der Mitgliedschaft selbst. In manchen Großstädten hat diese Erosion bereits die Wählerschaft er-

Es zeigte sich eben, daß auch die politische Rechte nicht einfach aus dem Sozialstaat aussteigen kann

reicht. Womöglich liegen hier die eigentlichen Ursachen für die hohen Wahlenthaltungen in den Wohngebieten der Arbeiter und Angestellte und für die Einbrüche rechtsradikaler Positionen in diese traditionellen Stammwählerbereiche.

Die von der Dislokation der sozialen Frage in unterschiedlicher Weise betroffenen Organisationen, die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie, schieben sich in dieser Situation gegenseitig die Schuld zu und verharren in Spinnwebigkeit. Der Partei selbst wird von den forschenden Modernisierern die Rolle eines Dienstleistungsunternehmens zugeordnet, eine aktive Mitgliedsbasis wird dabei bald nur noch stören. Eine solche Entwicklung hatten die Apologeten der Volkspartei 1959 in Bad Godesberg nun wirklich nicht gewollt.

Kirchheimer scheint am Schluß seines Aufsatzes geahnt zu haben, daß der Prozeß der Entideologisierung schließlich das System der Allerweltparteien selbst infrage stellen könnte, wenn er sagt: "Seit die Wähler nicht mehr der Disziplin der Integrationspartei unterworfen sind - in den USA sind sie das nie gewesen - können sie durch ihre schnell wechselnden Stimmungen und ihre Apathie das empfindliche Instrument der Allerweltpartei in etwas umwandeln, das zu stumpf ist, um als Verbindungsglied zu den funktionellen Machträgern der Gesellschaft zu dienen" (137).

Womöglich zeichnet sich gegenwärtig eine tiefgreifende Veränderung des Sy-

EINE NEUE ASSOZIATIONSKETTE STELLT SICH VOR

...WEIHNACHTEN ... SCHENKEN ... spw ... !

**SPW ALS WEIHNACHTSGESCHENK
Z.B.: EIN GESCHENKABONNEMENT FÜR EIN JAHR
ZU DM 51,-.**

ZUR BESTELLUNG DEN COUPON AUF SEITE 58 IN DIESEM HEFT BENUTZEN
(VERMERK „GESCHENKABONNEMENT“). ODER BEILIEGENDE BESTELLKARTE.

BUCHPRÄMIE:
SCHENKENDE ODER BESCHENKTE BEKOMMEN AUCH VON SPW ETWAS GESCHENKT:
ZU DEM NEUEN ABO KOMMT EINE BUCHPRÄMIE VON SPW INS HAUS.

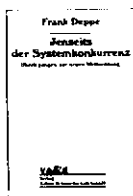
BÜCHER, BÜCHER ZU VERSCHENKEN!

Bücher zu verschenken hat der spw-Verlag. Stellt dabei allerdings Bedingungen. Nur wer ein neues spw-Abonnement vermittelt oder sich selbst als neue Abonnentin/neuen Abonnenten wirbt, bekommt von spw eine Buchprämie - kann sich das Buchgeschenk aber selbst aussuchen. Derzeit hat spw zu bieten:

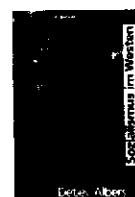


Nr. 3/91
Eckart Spoo (Hrsg.), Kohl-Zeit. Ein Kanzler und sein Deutschland, Köln 1991 (PapyRossa), Ladenpreis DM 20,-

Autorinnen und Autoren:
Angelika Beer, Edelgard Bulmahn, Frank Deppe, Berti Engelmann, Wolfram Frommlet, Gerald Häfner, Werner Hill, Mechthild Jansen, Arno Klönne, Otto Köhler, Reinhard Kühnl, Ines Lehmann, Hermann Pfeiffer, Wolfgang Plat, Fred Schmid, Eckart Spoo, Klaus-Peter Weiner



Nr. 6/91
Frank Deppe, Jenseits der Systemkonkurrenz. Überlegungen zur neuen Weltordnung, Marburg 1991 (Verlag Arbeit und Gesellschaft), Ladenpreis DM 22,-



Nr. 5/91
Detlev Albers, Sozialismus im Westen. Erste Annäherungen: Marxismus und Sozialdemokratie, Hamburg 1987 (Argument), Ladenpreis DM 19,80



Nr. 7/91
Wir Frauen 1992. Taschenkalender mit flexiblem Einband in Lila (PapyRossa), Ladenpreis DM 11,80
Redaktion: Florence Hervé, Renate Wurms

stems der Allerweltparteien ab. Um so notwendiger ist es, daß sich die Linke mit den sich daraus ergebenden Fragen intensiv auseinandersetzt. Voraussetzung ist allerdings, daß sie sich auf die Funktionsweise und Widersprüche des vorhandenen Parteiensystems einläßt. Das Ende des realexistierenden Sozialismus hat in diesem Zusammenhang einiges klargestellt: Gleich wie sich der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit zukünftig auch immer auf der politischen Ebene darstellen wird, die Rückkehr zu den Klassenparteien wird es nicht mehr geben.

spw

Literaturangaben

Elfferding, W., 1991: Konservative - werdet interessanter. In: Freitag Nr. 37, Berlin

Hall, S., 1986: Popular Culture and the State. In: Tony Bennet, Colin Mercerand and Janet Woolcott: Popular Culture and Social Relations. Milton Keynes, Philadelphia. Dtsch: Massenkultur und Staat. In: Ausgewählte Schriften, Hamburg/Berlin 1989

Halls, S., 1984: The State Socialism's Old Caretaker. In: Marxism Today. Dtsch: Der Staat - der alte Verwalter des Sozialismus. In: Ausgewählte Werke, Hamburg, Berlin 1989

Kirchheimer, O., 1974: Der Weg zur Allerweltpartei. In: Theorie und Soziologie der politischen Parteien, Band II.

Heinz Timmermann Sozial- demokratie in den slawischen Republiken der Sowjetunion

1. Aspekte der "Ungleichzeitigkeit der Ent- wicklung" in Ost und West

Im Zuge der revolutionären Umbrüche formiert sich in den Republiken der Sowjetunion seit Frühjahr 1990 eine Vielzahl neuer politischer Strömungen, Bewegungen und Parteien. Der dramatische Autoritätsverlust, Machtverfall, Desintegrationsprozeß und schließliche Untergang der KPdSU trägt dazu ebenso bei, wie der Drang von Bürgern, ihre unterschiedlichen Wertvorstellungen, Interessen und sozialen Bedürfnisse zu artikulieren und in die politische Willens- und Entscheidungsbildung einzubringen. Die formalen Voraussetzungen für die Entstehung eines Parteienpluralismus waren in dem Moment gegeben, als die KPdSU im Februar 1990 auf ihr verfassungsmäßig verankertes Recht auf Führung in Staat und Gesellschaft verzichtete und die Bildung neuer Parteien legalisiert wurde. Seither hat jede Gruppierung in der Sowjetunion das Recht, sich bei Erfüllung bestimmter formaler Bedingungen (Programm, Statut, Mitgliederquorum) als politische Partei oder als gesellschaftliche Organisation registrieren zu lassen.

Dr. Heinz Timmermann ist wissenschaftlicher Direktor beim Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln

Freilich bleibt das Bild - jedenfalls in den hier behandelten slawischen Republiken Rußland, Ukraine und Weißrußland - vorerst äußerst diffus und für den westlichen Beobachter schwer interpretierbar. Das beginnt damit, daß die neuen Parteien und Bewegungen aufgrund der unterschiedlichen Voraussetzungen und Bedingungen mit westlichen Kriterien nur schwer zu fassen sind. Westliche Politiker und Wissenschaftler, die dies übersehen und mit hierzulande geläufigen Begriffen und inhaltlichen Erwartungen an die neuen Formationen herangehen, werden - ähnlich wie im Blick auf die meisten Länder des ehemaligen "Ostblocks" - unweigerlich zu groben Fehleinschätzungen gelangen.

Was die Begriffe angeht, so hat z. B. die Bezeichnung "links" im Sprachgebrauch der Demokraten in der Sowjetunion eine andere Bedeutung als Westeuropa: Sie meint Vertreter solcher Vorstellungen und Strömungen, die einen Wechsel von dem bisherigen geschlossenen Kommando-system "realsozialistischen" Typs hin zu einer offenen Gesellschaft liberal-sozialen Charakters mit Marktwirtschaft und Vorrang für das Privateigentum anstreben. Hierzu sind auch die sozialdemokratisch ausgerichteten Gruppierungen in den slawischen Republiken zu zählen; sie wären damit eher als "sozial-liberal" denn als "sozialdemokratisch" in westlichem Verständnis zu bezeichnen. Als "rechts" gelten dementsprechend solche Kräfte, die - wie die orthodoxen Strömungen in der entsprechenden KPdSU - bei aller Flexibilität in Teilbereichen an der "sozialistischen Wahl" mit seinem Vorrang für Staatseigentum und zentraler Wirtschaftsplanung grundsätzlich festhalten.

Inhaltlich fühlen sich die Vertreter der heranwachsenden neuen politischen Elite oft mißverstanden, wenn ihnen von westlicher Seite vorgehalten wird, daß sie der materiellen Wohlstandsmehrung mit seinen Aspekten Marktwirtschaft und quantitatives Wachstum Vorrang einräumen vor "postmateriellen" Werten wie Schutz der Umwelt, Technologiesteuerung, Gleichstellung der Geschlechter. Während hierzulande "postindustrielle" Handlungsmuster und Verhaltensweisen in den Vordergrund rücken, konzentrieren sich die neuen Eliten in der Sowjetunion - zugespitzt formuliert - zunächst auf den Aufbau einer modernen

Industriegesellschaft, die Parteien sozialdemokratischen Typs eingeschlossen. Hierin liegt der Kern dessen, was griffig als "Ungleichzeitigkeit der Entwicklung" zwischen West- und Osteuropa bezeichnet wird. Diese Ungleichzeitigkeit gilt für die Republiken Rußland, Ukraine und Weißrußland in noch stärkerem Maße als für deren westliche Nachbarstaaten Polen, Ungarn, Tschechoslowakei.

2. Volksbewegungen als Motoren des Systemwechsels

Ein weiteres Charakteristikum des Transformationsprozesses in den drei genannten Republiken, das ebenfalls stark an die Entwicklung in Osteuropa erinnert, liegt in der folgenden Tatsache: In der Übergangsphase vom Kommando-system zur Demokratie sind es weniger die neuen Parteien als politische Bewegungen, die in den Republiken die Dynamik des Wandels bestimmen - "Demokratisches Rußland" in der Russischen Föderation, die Volksbewegung "Ruch" in der Ukraine und die "Volksfront" in Weißrußland. Die neuen Parteien sind gelegentlich aus ihnen hervorgegangen und weiterhin mehr oder weniger eng mit ihnen verzahnt, z. B. durch kollektive Mitgliedschaft in Rußland, individuelle Mitgliedschaft der Führungsfiguren in Weißrußland, enge Absprachen in der Ukraine.

Ihrem Charakter entsprechend stützen sich die Sammlungsbewegungen nicht auf eine festumrissene Mitgliedschaft, sondern auf breite Kreise mobilisierungsfähiger Anhänger-Eigenangaben zufolge rund 1,5 Millionen in Rußland und in Weißrußland, 500.000 in der Ukraine (bei 5 Millionen Sympathisanten). Diese lockere Form der Organisation kommt den Bedürfnissen der Bevölkerung insofern entgegen, als die Bereitschaft der Menschen, sich in einer der neuen Parteien zu engagieren, nicht zuletzt aufgrund ihrer negativen Erfahrungen mit "der Partei" - der KPdSU - vorerst äußerst gering ist.

Programmatisch-politisch konzentrieren sich die Bewegungen auf solche Ziele, über die unter den Demokraten aller Couleur ein Grundkonsens herrscht: Gewaltfreie Verdrängung der KP von den Hebeln der Macht; Kampf für die souveräne Staatlichkeit der jeweiligen

Republik sowie für deren national-kulturelle "Wiedergeburt"; schließlich ganz allgemein auf "Freiheit, Menschenrechte, Mehrparteiensystem, freie Wahl, Marktwirtschaft" (so "Demokratisches Rußland"). Damit geht es ihnen um analoge Ziele wie zuvor jenen Bewegungen in Polen (Solidarnosc) und der Tschechoslowakei (Bürgerforum): die Errichtung einer "Zivilgesellschaft" europäischer Prägung.

In diesem Rahmen bilden die Bewegungen einen entscheidenden Motor für rasche Transformationen, und zwar über eine eng verzahnte Doppelstrategie parlamentarischer und außerparlamentarischer Aktivitäten. Zum einen koordinieren sie in Absprache mit den neuen Parteien die Aufstellung der Kandidaten für die Wahlen zu den Sowjets aller Ebenen und führen deren Wahlkampf. Das ist deshalb wichtig, weil in den Wahlkreisen bis auf weiteres nach Personen und nicht nach Parteienlisten gewählt wird. Nicht minder bedeutend sind die außerparlamentarischen Aktivitäten der Bewegungen, zumal sie weit fähiger zur Mobilisierung der Bürger sind, als die neuen Parteien. So organisierten sie - oft aus dem Stand heraus - eindrucksvolle Kundgebungen und Protestdemonstrationen gegen repressive Akte der Machthaber, z. B. im Januar 1991 anlässlich der von der KP-Nomenklatura zentral gesteuerten Versuche zu einem gewaltsamen "roll back" im Baltikum.

Bei alledem war freilich allen Beteiligten - in Analogie zu den Entwicklungen in Osteuropa - eines klar: Der Vorrang der Bewegungen sowie die Notwendigkeit und das Bedürfnis zur Bündelung der demokratischen Formationen würde in dem Maße abnehmen, in dem die KPdSU und deren Ableger in den Republiken von der politischen Bühne verschwinden. Der gescheiterte Putsch vom August 1991 und die damit verbundene Ausschaltung der KPdSU aus dem politischen Leben - als Folge der Verwicklung ihrer Nomenklatur in den Umsturzversuch - hat diese Voraussicht bestätigt und den neuen Parteien zusätzliche Anstöße zur Stärkung ihres Eigenprofils vermittelt. Das gilt auch für die Parteien sozialdemokratischer Ausrichtung: für die 1990/91 konstituierten Sozialdemokratischen Parteien in Rußland, der Ukraine und Weißrußland, aber

auch für solche reformkommunistische Strömungen, die sich seit Frühjahr 1991 von der KPdSU lösen und einen sozialdemokratischen Weg einschlagen wollen.

3. Drei Impulse in Richtung Sozialdemokratie

Die Renaissance sozialdemokratischen Gedankenguts in den drei slawischen Republiken ist ebenso bemerkenswert, wie die Herausbildung entsprechender politischer Formationen, die sich parallel gleichsam von oben, auf Initiative bestimmter Führungsfiguren aus der KPdSU heraus, und von unten in Form politischer Kristallisationskerne aus informellen Initiativen, Klubs, Diskussionstribünen heraus vollzieht. All dies könnte den Eindruck erwecken, als böten sich sozialdemokratisch orientierten Kräften große Chancen, starken Einfluß auf die Gestaltung postkommunistischer Strukturen in den slawischen Republiken zu gewinnen. Tatsächlich sind die Möglichkeiten und Perspektiven der Sozialdemokratie - jedenfalls auf mittlere Sicht - jedoch eher skeptisch einzuschätzen, wie auch die Entwicklungen in den osteuropäischen Ländern nahelegt. Das soll am Beispiel von drei Gruppierungen verdeutlicht werden, die sich mehr oder weniger stark auf sozialdemokratisches Gedankengut berufen. Dies sind die Reformkommunisten, die von Schewardnadse ins Leben gerufene "Bewegung für demokratische Reformen" und diejenigen Formationen, die sich "Sozialdemokraten" nennen.

Was das zukünftige Gewicht der zu Sozialdemokraten mutierten Reformkommunisten angeht, so sind ihre Aussichten äußerst ungewiß. Zwar könnte es ihren Führern gelingen, bestimmte Teile der KPdSU-Mitgliedschaft mit sich zu reißen und damit zunächst eine Massenbasis zu gewinnen. Die von dem russischen Vizepräsidenten A. Ruzkoj inspirierte, aus der KP Rußlands erwachsene Gruppierung "Kommunisten für Demokratie" (seit September 1991: "Partei Freies Rußland") beispielsweise gibt an, in ihren Reihen mittlerweile mehr als 3 Millionen Mitglieder zu verzeichnen.

Das Beispiel des Mitgliederschwunds bei den zu Parteien des "demokrati-

In den meisten Fällen lassen sich die neuen Formationen als Kopfgeburten und reine Überbauphänomene charakterisieren

schen Sozialismus" gewendeten reformkommunistischen Formationen in Osteuropa läßt jedoch vermuten, daß sich ähnliche Entwicklungen auch in der Sowjetunion vollziehen werden. Hinzu kommt die Ungewißheit darüber, ob die Wähler angesichts der totalen Diskreditierung von "Kommunismus", "Sozialismus" und von "Partei" überhaupt bereit sein werden, solchen Formationen ihre Stimme zu geben, deren Wirken sie mit der Vergangenheit verbinden. Auch hier verweist das Schicksal der Reformkommunisten in Osteuropa darauf, daß die Voraussetzungen für einen Erfolg analoger Gruppierungen in den slawischen Republiken eher skeptisch einzuschätzen sind - selbst dann, wenn sie sich "sozialdemokratisieren".

Unklar bleiben bislang auch Charakter und Perspektiven der im Juli 1991 gegründeten, liberal-demokratisch orientierten "Bewegung für demokratische Reformen". Zu ihnen gehören neben Ex-Außenminister Schewardnadse so bekannte Politiker wie A. Jakowlew (der geistige Kopf der Perestrojka), J. Silajew (Regierungschef Rußlands und seit Ende August zugleich Vorsitzender des interrepublikanischen Wirtschaftskomitees, einer Art provisorischer Unionsregierung), G. Popow und A. Sobtschak (Oberbürgermeister von Moskau bzw. Petersburg), A. Wolskij (Präsident des industriellen Wirtschaftsrates der UdSSR), der schon erwähnte A. Ruzkoj sowie schließlich N. Petrakow und S. Schatalin, zwei ehemalige Wirtschaftsberater Gorbatschows.

Die Bewegung, die die Funktion eines Daches oder einer Konföderation der neuen Parteien übernehmen möchte, hat zwar den Vorteil, daß sie von einer Gruppe bekannter und kompetenter Politiker und Wirtschaftler geführt wird, an denen sich die Menschen orientieren können. Die meisten Parteien, darunter auch die Sozialdemokraten, verweigern sich jedoch der Zusammenarbeit, und zwar nicht zuletzt deshalb, weil sie die "Bewegung" als Auffangnetz für Exkommunisten sehen und befürchten, von dieser aufgesogen zu werden. So bleibt abzuwarten, ob die für Oktober 1991 vorgesehene Transformation der "Bewegung" in eine politische Partei gelingt oder ob sich ihre einzelnen Komponenten den verschiedenen neuen Parteien anschließen werden.

Was schließlich die neuen politischen Parteien - darunter die Formationen sozialdemokratischen Typs - angeht, so liegen ihre Probleme auf einer anderen Ebene. Mit Ausnahme der liberal ausgerichteten Demokratischen Partei Rußlands ("Trawkin-Partei") mit rund 35.000 Mitgliedern bilden sie vorerst kaum mehr als Protoparteien oder Keimformen zukünftiger Parteien mit wenigen tausend Mitgliedern. Die Sozialdemokratische Partei Rußlands beispielsweise (Gründung: Mai 1990) zählt rund 5.000 Mitglieder, die SP der Ukraine (Gründung: Mai 1990) 1.500 Mitglieder und die SP Weißrußlands (Gründung: März 1991) etwa 1.000 Mitglieder. In den meisten Fällen lassen sich die neuen Formationen als Kopfgeburten und reine Überbauphänomene charakterisieren, handelt es sich häufig um eher zufällige, an bestimmte Personen gebundene Gruppierungen.

Die Gründe für diese Situation sind komplexer Natur. Sie haben zum einen zu tun mit der bereits erwähnten Aversion der Bürger gegen ein Engagement in Parteien, mit der unzureichenden materiellen Ausstattung der neuen Parteien, mit der Kürze der Aufbauzeit: Schließlich begann die Phase der Parteigründungen erst im Frühjahr 1990. Dabei ist zu bedenken, daß die Ansätze eines Parteienwesens in Rußland und in der Sowjetunion vor Generationen von den Bolschewiki zerschlagen wurden und aus dem kollektiven Gedächtnis der Bevölkerung fast vollständig verschwunden sind.

Der eigentliche Grund für die bisherige Schwäche und die mangelnden Konturen des Parteiwesens in den drei Republiken liegt jedoch darin, daß die neuen Formationen noch keine sozialen, wert- und interessengebundenen Bezugspunkte haben. Das kommunistische Regime hatte alles getan, um die Gesellschaft zu atomisieren, jede Form selbstbestimmter Artikulation und Interaktion von Individuen und Gruppen zu verhindern und sogar das Bewußtsein der Menschen über ihre unabhängig von der Staatsmacht existierenden Interessen zu unterdrücken. Die Überwindung dieses Erbes von über 70 Jahren realsozialistischer Politik ist wahrscheinlich das größte Problem für die neuen Eliten. Sie selbst sind - eigenem Bekunden nach - oft noch "Kinder des Systems", die alte Verhaltensweisen nur schwer ändern können. So mangelt es ihnen nicht nur an politischer Streitkultur im parlamentarischen Wettstreit (Selbstbeschränkung, Kompromißbereitschaft, Verhandlungsfähigkeit), sondern auch an Sachkompetenz und Professionalität bei der Ausarbeitung und Umsetzung ihrer Konzepte.

Vor diesem Hintergrund könnte man überspitzt formulieren: Die neuen politischen Parteien - unter ihnen diejenigen sozialdemokratischer Ausrichtung - müssen jene "Bürgergesellschaft" mit ihren ausgeformten Institutionen, ihren spezifischen Wertvorstellungen und ihrem solidarischen Handeln der Menschen, wie sie in westlichen Ländern die Grundlage für funktionierende Parteiensysteme bilden, erst noch schaffen. Hinzu kommt, daß die Entwicklung marktwirtschaftlicher Beziehungen mit Vorrang für privates Eigentum, wie sie auch von den Sozialdemokraten der slawischsprachigen Republiken befürwortet wird, noch nicht in Sicht ist. Sie aber stellt eine zentrale Voraussetzung für die Herausbildung einer ausdifferenzierten Sozialstruktur mit jenen "neuen produktiven Mittelschichten" und jener "qualifizierten Arbeiterschaft" dar, auf die sich nicht zuletzt die Parteien sozialdemokratischen Typs stützen wollen. Nicht zufällig sprechen viele führende Repräsentanten der neuen Parteien weniger über die tatsächliche Mitgliedsstärke ihrer Formation, als über die "potentiell" breite Basis, auf die ihre jeweilige Gruppierung zukünftig rechnen könne. In diesem Licht wird verständlich, daß

den neuen Parteien bislang ein klares programmatisch-politisches Profil fehlt, das sie deutlich voneinander abheben würde. Wichtig ist ihnen zunächst ihre Identität als klassenübergreifende "parlamentarische Partei" (*partija vybora*) - im Gegensatz zur KPdSU als klassenbezogene Vorhutpartei. Dabei koexistieren in den meisten Parteien mit unterschiedlicher Gewichtung und Akzentuierung sozialdemokratische, liberale und national-demokratische Strömungen. Diese Koexistenz verschiedener Strömungen bezieht sich auch auf die sozialdemokratischen Parteien der drei Republiken sowie auf frühe (1990) reformorientierte KP-Abspaltungen (Republikanische Partei in Rußland, Partei der demokratischen Wiedergeburt in der Ukraine).

In Führung und meist auch in der Mitgliedschaft sind die Parteien sozialdemokratischen Typs fast ausnahmslos intellektuellen Parteien. Über punktuelle Kontakte hinaus ist es ihnen bisher nicht gelungen, organische und dauerhafte Verbindungen zur Arbeiterbewegung sowie zu deren Betriebs- und Streikkomitees in den aufbegehrenden Industriezentren herzustellen (Kusbass, Donbass, Ural-Gebiet, Minsk etc.). Diese vertreten bislang parteiunabhängig nur ihre eigenen Interessen - als Gegenmacht zum KPdSU-Apparat und der kommunistisch beherrschten Verwaltung. Es bleibt abzuwarten, ob die Parteien sozialdemokratischen Typs nach Verdrängung der KP-Nomenklatur in der Arbeiterschaft Fuß fassen können, z. B. mit Blick auf die sich herausbildenden freien Gewerkschaftsverbände.

4. Schwerpunkte in der Programmatik der Sozialdemokratischen Partei Rußlands (SDPR)

Eingangs wurde darauf verwiesen, daß es sich bei den neuen Parteien des Mittelspektrums aufgrund der spezifischen Bedingungen des Landes - Stichwort: "Aufbau einer modernen Industriegesellschaft" - eher um Formationen sozial-liberalen, als sozialdemokratischen Typs westlicher Prägung handelt. Das Scheitern des kommunistischen Systems hat im überwiegenden Teil der Bevölke-

zung jegliche Alternative zum Kapitalismus sowie sogar den Begriff "sozial" und das Konzept eines "social engineering" in Verruf gebracht. Folgerichtig würden diese Parteien ihrer eigenen Einschätzung zufolge auf dem äußersten rechten Flügel der Sozialistischen Internationale stehen, zu der sie enge Verbindungen anstreben. SDPR-Führer Rumjanzew brachte den Unterschied zur westlichen Sozialdemokratie auf den Punkt, als er bemerkte: "Die Sozialdemokraten im Westen suchen den Kapitalismus zu 'sozialisieren', wir dagegen wollen den Sozialismus 'kapitalisieren'".

Einen guten Einblick in diese "Ungleichzeitigkeit" der Entwicklungen in der Programmatik östlicher und westlicher Sozialdemokratie vermittelt das im Herbst 1990 erarbeitete und im Frühjahr 1991 verabschiedete Programm der SDPR. Es kann zugleich als typisch für die Ziele all jener neuen Parteien in den slawischen Republiken der Sowjetunion gelten, die sich auf die internationale Sozialdemokratie beziehen. Die Eingangspassagen des Programms sind von einer entschiedenen Absage an den "totalitären Kommunismus" geprägt, der jegliche Ansätze einer Bürgergesellschaft zerstört und das Land ins Verderben geführt habe. Zugleich wird in dem Programm kein Bezug auf den "Sozialismus" oder den "demokratischen Sozialismus" genommen. Selbst das menschewistische Erbe wird - für viele westliche Beobachter zunächst sicher überraschend - nur beiläufig erwähnt.

All dies findet seine plausible Erklärung darin, daß die (ja auch von den Menschewiki angestrebte) "sozialistische Wahl" durch das kommunistische Experiment diskreditiert wurde: Der Bevölkerung in Rußland (wie bereits zuvor in Ostmitteleuropa) ist schwer klarzumachen, worin der fundamentale Unterschied zwischen dem "Sozialismus" bolschewistischen Typs und dem "demokratischen Sozialismus" westlicher Prägung besteht. Gleichwohl fühlt sich die SDPR der europäischen Sozialdemokratie insofern nahe, als diese den Sozialismus nicht als einen "gesellschaftlichen Endzustand" versteht, sondern als einen "dauernden Prozeß gesellschaftlichen Wandels". Tatsächlich finden sich im SDPR-Programm Aussagen, die - teilweise wörtlich - an Positionen westlicher Sozialdemokraten anknüpfen

Tatsächlich finden sich im SDPR-Programm Aussagen, die - teilweise wörtlich - an Positionen westlicher Sozialdemokraten anknüpfen

(z. B. an die SPD-Programme von Bad Godesberg, 1959, und von Berlin, 1989.)

In ihrem Streben nach "politischer, wirtschaftlicher und sozialer Demokratie" stützt sich die SDPR auf die einander bedingenden und ergänzenden Grundwerte "Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität". Ziel ist die Schaffung einer "Bürgergesellschaft", die dem Individuum ein Maximum an Freiheit sichert. In diesem Sinne bekennt sich die Partei ausdrücklich zu den positiven Werten des Liberalismus, des Christentums, der Volkstümmer-Bewegung (narodniki) und der Sozialdemokratie, nennt sie A. Sacharow, A. Solshenizyn und A. Martchenko als Leitfiguren im Kampf um die Menschenrechte. Von den Konservativen hebt sich die SDPR dadurch ab, daß sie deren "Apologie der sozialen Ungleichheit" verwirft, die letztlich "zur Einteilung der Gesellschaft in Freie und Unfreie" führe. Den Liberalen hält sie vor, im Namen der Freiheit die Grundwerte Gerechtigkeit und Solidarität in den Hintergrund zu rücken, was schließlich "zur Abschaffung der Freiheit" führen könne. Diese Abgrenzungen dienen jedoch ausschließlich der eigenen programmatischen Vergewisserung; sie korrespondieren mit der Suche nach politischem "Konsens" und "Kompromiß" mit liberalen und konservativen Formationen beim angestrebten Übergang zu einer national-russischen Traditionen aufnehmenden Bürgergesellschaft.

Aufökonomischem Gebiet setzt die SDPR auf Marktwirtschaft und Privateigentum: "Die Erfahrung in der Welt hat gezeigt, daß Freiheit des Unternehmertums wirtschaftlichen Zweckmäßigkeiten entspricht. In Verbindung mit einer Politik der sozialen Partnerschaft sichert sie dem Menschen nicht in der Theorie, sondern in der Praxis eine ausreichende Existenz sowie tatsächliche Rechte zur Verwirklichung der Persönlichkeit". Allerdings müsse der Markt über bestimmte Regelmechanismen des demokratischen Staates sozial und ökologisch ausgerichtet werden, auch müßten bestimmte Wirtschaftszweige, die dem Allgemeinwohl dienen, in Gemeineigentum verbleiben (Bodenschätze, Wasserwirtschaft etc.). So heißt es in Anlehnung an eine bekannte Parole des Godesberger Programms der SPD von 1959: "Wettbewerb soweit wie möglich - Regulierung (regulirovanie) soweit wie nötig". Das Wort "Planung" - planirovanie - wird als zentrales Element des Realsozialismus sowjetischen Typs bewußt verworfen.

Als einzige unter den neuen Parteien enthält das SDPR-Programm - worauf die Partei mit Nachdruck verweist - ausführliche Passagen über Mechanismen zum Schutz der sozialen Rechte der Arbeitnehmer. Betont werden dabei u. a. die Sozialpflichtigkeit des Eigentums, Mitbestimmung über die Arbeitsbedingungen im Betrieb, Schaffung eines "zivilisierten und organisierten Arbeitsmarkts" einschließlich eines wirksamen Systems der Arbeitslosenvermittlung, Notwendigkeit starker und unabhängiger Gewerkschaften. Interessanterweise wird all dies gerade auch auf die spezifische Situation Rußlands, auf traditionell tief verwurzelte Empfindungen seiner Menschen bezogen: "Das Gefühl der Solidarität ist besonders eng verbunden mit der geistigen Wiedergeburt Rußlands".

5. Unsichere Perspektiven

Die Perspektiven der Sozialdemokratie in den slawischen Republiken der Sowjetunion werden ganz entscheidend davon bestimmt, ob es gelingt, die entstehenden Ansätze zu einer "Zivilgesellschaft" in diesen Regionen auszubauen und diese an die europäischen

Kommunikations- und Integrationsprozesse heranzuführen. Die Chancen hierfür sind gegenwärtig deshalb günstig, weil sich die neuen Eliten - und hier nicht zuletzt die Formationen sozialdemokratischer Ausrichtung - parallel zu ihrem Streben nach Souveränisierung und "Wiedergeburt" ihrer jeweiligen Nation - nach Europa hin orientieren. Bezeichnenderweise zeigen die Repräsentanten der neuen Parteien und Bewegungen großes Interesse an Kontakten nicht nur zu verwandten, sondern auch zu anders ausgerichteten Parteifamilien in Westeuropa. Solche Kontakte werden ihnen als wichtiger Kanal für Beziehungen zum Westen überhaupt und als bedeutendes Element gesamteuropäischer Vernetzung angesehen.

Hierbei fällt der westlichen Sozialdemokratie eine wichtige Aufgabe zu, genießt sie doch bei den Repräsentanten der neuen Parteien über die als "sozialdemokratisch" geprägten Formationen hinaus großes Prestige. Freilich wäre es in der Übergangsphase, in der sich die Parteien programmatisch nur in Akzenten voneinander unterscheiden und in der sie sich organisatorisch formieren, spalten, fusionieren, viel zu früh, sich auf eine Gruppe als Präferenzpartner festzulegen. Ein begrenzter Vorrang für als nahestehend empfundene Parteien sollte daher verbunden werden mit Informations- und Gesprächskontakten auch zu jenen neuen Gruppierungen, die von Namen und Inhalten - oft nur scheinbar - anders ausgerichtet sind.

Zugleich sollte man sich hierzulande bewußt sein, daß sich die Hoffnungen der Menschen in den slawischen Republiken heute weniger auf Parteien europäischen Typs als auf charismatische Führerpersönlichkeiten richten, welche die Verantwortung für geistig-nationale Wiedergeburt und materielle Wohlfahrt übernehmen. Auch hier lassen sich Parallelen zu den Entwicklungen in Osteuropa ziehen. Symptomatisch hierfür ist das Aufkommen solcher mit umfangreichen Vollmachten ausgestatteten Führungsfiguren wie Jelzin in Rußland und Krawtschuk in der Ukraine. Diese birgt Gefahren und Chancen zugleich. Die Gefahren liegen darin, daß mit einer starken Präsidentschaft autoritäre Strukturen und Verhaltensweisen in verändertem Gewande perpetuiert wer-

den, den Parteien wenig Raum zur Entfaltung bleibt und im Falle eines Scheiterns der Transformation - insbesondere in der Wirtschaft - Demokratie und Pluralismus erneut unterdrückt werden. Schon heute stehen, insbesondere in Rußland, Kräfte bereit, die - geschickter als die Putschisten im August 1991 - einen durch wirtschaftliche und soziale Verfallserscheinungen bedingten Massenprotest für die Errichtung einer Diktatur nutzen könnten. Ideologisch würden sich diese Kräfte aus einer Mischung von drei Elementen speisen: aus dem Patriotismus ("Das Vaterland ist in Gefahr!"), aus dem Populismus ("Gegen Spekulantentum, Korruption, Privatwirtschaft!") und aus dem orthodox-slavophilen Fundus ("Gegen westliche Dekadenz!").

Die Chancen für eine positive Entwicklung sind darin zu sehen, daß eine starke, von den Demokraten unterstützte Präsidentschaft das durch den Zerfall der bisherigen zentralen Strukturen und Machtsäulen entstandene Vakuum auf Republiken neu ausfüllt, mit ihrer Autorität den komplexen Transformationsprozeß vorwärtstreibt und damit den neuen Parteien konkrete soziale Bezugspunkte und politische Handlungsfelder vermittelt. Daß die neuen Parteien und Bewegungen durchaus in der Lage sind, die Präsidentschaft in diesem Sinne zu beeinflussen, zeigen beispielhaft die Aktivitäten des SDPR-Abgeordneten Rumjanzew: Als Leiter der Verfassungskommission des Obersten Sowjet Rußlands hatten er und weitere Parteifreunde wesentlichen Anteil daran, daß solche Kategorien wie "Bürgergesellschaft", "Sozialstaat", "soziale Demokratie", "soziale Marktwirtschaft" und "lokale Selbstverwaltung" in den Entwurf für eine neue Verfassung des Landes Eingang fanden.

spw

Z.

Vierteljahresschrift

Schwerpunkthemen '91:

Kapitalismuskritik
(Juni-Heft)Zivilgesellschaft
(September-Heft)Neue Weltordnung
(Dezember-Heft)192 Seiten, 15,- DM. Abo: 45,- DM
Z., Kölner Str. 86, 6000 Frankfurt/M 1.

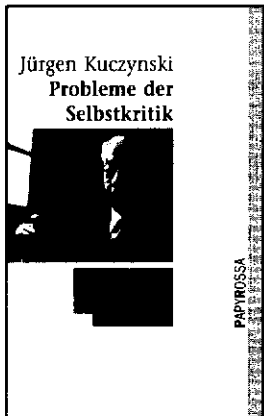
Z.

Vierteljahresschrift

Schwerpunkthemen '91:

Kapitalismuskritik
(Juni-Heft)Zivilgesellschaft
(September-Heft)Neue Weltordnung
(Dezember-Heft)192 Seiten, 15,- DM. Abo: 45,- DM
Z., Kölner Str. 86, 6000 Frankfurt/M 1.

Neuerscheinungen Herbst '91*



Jürgen Kuczynski
Probleme der Selbstkritik
Sowie von flacher Landschaft und vom Zickzack der Geschichte
255 S., DM 24,-
ISBN 3-89438-026-8



Peter Wahl (Hg.)
Warum Montezuma nicht Europa entdeckt hat
Europa und die Dritte Welt
240 S., DM 24,-
ISBN 3-89438-029-2



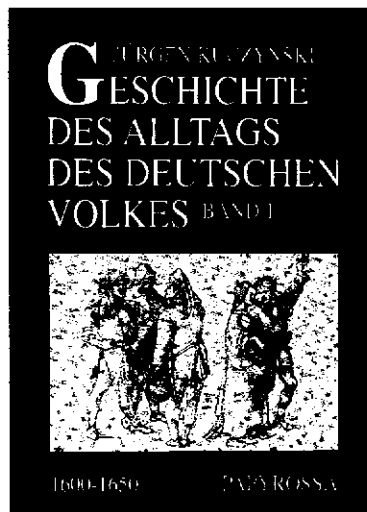
Florence Hervé (Hg.)
Frauenzimmer im Haus Europa
242 S., DM 24,-
ISBN 3-89438-025-X



WIR FRAUEN 1992
Taschenkalender mit flexiblem Einband in Lila, 11 x 15 cm
288 S., DM 11,80
ISBN 3-89438-018-7



Jutta Sauer
»Etwas zwischen Männern und Frauen«
Die Sehnsucht der Marieluise Fleißer
173 S., DM 18,-
ISBN 3-89438-027-6



Jürgen Kuczynski
Geschichte des Alltags des deutschen Volkes
Band 1: 1600 bis 1650
Broschur, 15 x 24 cm
379 S., DM 38,-
ISBN 3-89438-033-0

Ein klassisches Werk moderner Geschichtsschreibung, seit Jahren vergriffen, jetzt in broschierter Neuauflage. Insgesamt 5 Bände, je Band ca. DM 38,-. Geplante Erscheinungsweise: halbjährlich. Bände 1 bis 5 zur Fortsetzung: ISBN/Bestellnr. 3-89438-038-1

Wieder lieferbar:
Susanne Petersen
Marktweiber und Amazonen
Frauen in der Französischen Revolution
3. Auflage
250 S., DM 20,-
ISBN 3-89438-019-5

Weiter KohlZeit, weiter aktuell!
Eckart Spoo (Hg.)
KohlZeit
Ein Kanzler und sein Deutschland
247 S., DM 20,-
ISBN 3-89438-013-6

Fordern Sie unser Gesamtverzeichnis an!

PapyRossa Verlag

Petersbergstr. 4, 5000 Köln 41, Tel. 0221/44 85 45 u. 44 62 40, Fax 44 43 05

Heinz-Jürgen Axt Zwischen Markt- orientierung und Etatismus

Sozialdemokratie und Modernisierung der Wirtschaft in Südeuropa¹

Die Modernisierung der Länder Südeuropas ist in der letzten Dekade stark durch sozialistische und sozialdemokratische Parteien geprägt worden. Nachdem diese in Frankreich, Griechenland und Spanien zu Beginn der achtziger Jahre die Regierungsgeschäfte übernommen hatten, war vom "Eurosozialismus" die Rede. Was also sind die Methoden, Probleme und Ergebnisse dieser Modernisierungspolitik in Griechenland, Spanien und Portugal? Antworten hierauf sind für die sich transformierenden Gesellschaften Osteuropas von besonderem Interesse.

1. Rahmenbedingungen sozialdemokratischer Modernisierungspolitik

Politische und ökonomische Rahmenbedingungen sind bei der Analyse und Bewertung von Modernisierungspolitiken zu berücksichtigen. In welchem Maße die Modernisierungsergebnisse auf die Politik der Regierungsparteien zurückgeführt werden können, hängt ab von der Länge der Regierungsperioden, dem Vorhandensein föderalistischer Strukturen als Korrektiv zentralstaatlicher Politik, der Annäherung zwischen Regierung und Opposition, den jeweiligen Parlamentsmehrheiten, der Häufigkeit von Regierungswechseln und der Praxis von Wahlgeschenken (Beyme 1982, S. 396 ff).

Dr. Heinz-Jürgen Axt, Privatdozent für Soziologie an der TU Berlin

Die Modernisierungsergebnisse, besser: -defizite im Griechenland der achtziger Jahre können der Regierungspolitik der Panhellenischen Sozialistischen Bewegung (PASOK) zugeschrieben werden. Die Regierungsperiode der PASOK von 1981 bis 1989 war lang genug, um im Rahmen des Möglichen eigene Optionen zu verwirklichen. Von föderalistischen Strukturen kann in Griechenland keine Rede sein. Athen bestimmt die Entwicklung. Eine starke Annäherung zwischen Regierung und Opposition war nicht zu beobachten. Häufige Regierungswechsel gab es nicht, wohl aber eine exzessive Praxis von Wahlgeschenken. Dem Spanien der achtziger Jahre kann ebenfalls ein hoher Zurechnungs-Grad von Modernisierung und Regierungspolitik attestiert werden. Die Sozialisten des PSOE (Partido Socialista Obrero Español) befinden sich seit 1982 an der Regierung. PSOE-Regierung und Opposition behielten ein eigenes Profil. Die Regierungsperioden der Sozialisten waren relativ lang, die durchschnittliche Kabinettsdauer lag mit 30 Monaten über dem westeuropäischen Vergleichswert von 24 Monaten (Merkel 1990 a). Dank des verstärkten Verhältniswahlrechts konnten PSOE-Regierungen sich auf absolute Mehrheiten im Parlament stützen. Die Opposition ist gespalten. Die Wahlgeschenke fielen bescheiden aus (Gillespie 1989). Die Aufteilung Spaniens in siebzehn "autonome" Regionen und mehrere Verwaltungsprovinzen schafft zwar eine gewisse Machtbalance zwischen Madrid und den Regionen, bildet jedoch wegen fehlender Finanzmittel kein wirtschaftspolitisches Gegengewicht zur Zentrale (Bernecker 1990).

Anders als in Griechenland und Spanien blieb der unmittelbare Einfluß der Sozialisten vom Partido Socialista (PS) auf die Modernisierung in Portugal bescheiden. Sie verloren ihre dominierende Stellung aus den siebziger Jahren an die neoliberale Partei Partido Social Democrata (PSD) (Gallagher 1989). Nach 1976 bis 1978 gelangten die Sozialisten nur noch einmal, von 1983 bis 1985, gemeinsam mit dem PSD an die Regierungsmacht. Portugal ist unter den EG-Ländern das Land mit den meisten Regierungswechseln (12 von 1976 bis 1990) und der kürzesten durchschnittlichen Kabinettsdauer (14 Monate). Zumeist mußten Koalitionsregierungen gebildet werden. Die Häufigkeit der

Regierungswechsel ging erst nach 1983 zurück, 1987 konnte der PSD eine stabile Einparteiengovernment mit absoluter Parlamentsmehrheit bilden. Vor dem Hintergrund von Wirtschaftskrise, Krisenmanagement und Austeritätspolitik näherte sich die Politik von Regierung und Opposition an. Der Föderalismus spielt in Portugal als Korrektiv der zentralstaatlichen Politik keine besondere Rolle (Dauderstädt 1988, Opello 1985).

Fünf Faktorenbündel sind bei den ökonomischen Rahmenbedingungen zu unterscheiden:

1. die sozioökonomischen Strukturen und Konjunkturzyklen,
2. die Politik der Vorgängerregierungen und ihre Folgewirkungen,
3. die Komposition der industriellen Beziehungen,
4. die staatlich-administrativen Strukturen und
5. die Politik der Notenbank.

Die Rezession der Weltwirtschaft im Gefolge der zweiten Ölpreiskrise war expansiven Reformpolitiken zu Beginn der achtziger Jahre wenig förderlich, weltweit dominierte die Austeritätspolitik. Erst in der Mitte der achtziger Jahre belebte sich die Weltwirtschaft. Griechenlands Beitritt zur EG (1981) fand also unter ungünstigeren Bedingungen als bei den iberischen Ländern (1986) statt. Die konjunkturelle Lage Griechenlands war zu Beginn der achtziger Jahre gekennzeichnet von nachlassendem Wachstum, einer Inflation von gut 25%, einer stark defizitären Handelsbilanz, einer zunehmenden Arbeitslosigkeit, einer negativen Investitionsentwicklung und einem Defizit des öffentlichen Sektors (Axt 1985, Kasakos 1988). Seit den sechziger Jahren hatte in Griechenland zwar eine rasche Industrialisierung stattgefunden - um den Preis freilich, daß die Etatisierung der Wirtschaft ständig zunahm. 1981 hatte sich die Staatsquote mit gut 48 % gegenüber 1960 fast verdoppelt. Die PASOK-Regierung führte in den achtziger Jahren mithin die Politik der konservativen Regierungen fort. Mit spezifischen Modifikationen gilt dies auch für das traditionelle Klientensystem und die Ämterpatronage. Eine leistungsfähige Administration konnte sich unter diesen Bedingungen nicht herausbilden. Mit der Industrialisierung ging eine Konzentration der Wirtschaftsaktivitäten auf den Großraum Athen einher. Es gibt in Griechenland zwar einen Gewerkschaftsdachverband GSEE (Allgemeine Konföderation der Griechi-

schon Arbeiter), dieser ist jedoch intern in richtungspolitische Fraktionen gespalten, was einerseits zur Häufung von Streiks, andererseits jedoch zu einer Schwächung der gewerkschaftlichen Macht geführt hat. Eine weisungsungebundene Notenbank und autonome Geldpolitik gibt es in Griechenland nicht. Als die spanischen Sozialisten 1982 die Regierungsmacht übernahmen, stagnierte die Wirtschaft: Das Wachstum entwickelte sich mit durchschnittlich 0,8 % (1975 bis 1982) nur mäßig, die Inflationsrate lag mit 14,5 % weit über dem Durchschnitt der OECD-Länder (7,7 %), die Arbeitslosigkeit belief sich auf immerhin 14,5 %, das Budgetdefizit betrug etwa 4 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP), und die Leistungsbilanz hatte sich aufgrund der Energieimporte verschlechtert (Volz 1990, Merkel 1989). Es war weniger den Vorgängerregierungen als den Erfordernissen der demokratischen Konsolidierung zuzuschreiben, daß in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre die ökonomische Modernisierung nicht energisch vorangetrieben wurde. Diese Aufgabe blieb der PSOE-Regierung ab 1982 überlassen. Im Bereich der industriellen Beziehungen zeichnen sich die Gewerkschaften durch organisatorische Schwäche und richtungspolitische Spaltung in die kommunistisch dominierten Comisiones Obreras (CC.OO) und die sozialistische Union General de Trabajadores (UGT) aus. Gleichsam als Kompensation waren neokorporatistische Strukturen bereits mit den Moncloa-Pakten von 1977 vorgegeben, auf die auch die PSOE-Regierung zurückgreifen konnte. Z.T. erhebliche Defizite machten sich im Bereich der Administration und der Infrastrukturen bemerkbar. Von der Notenbank hatte die PSOE-Regierung keine Korrektur ihrer Wirtschaftspolitik zu befürchten, das Zentralbankgesetz schreibt die Weisungsgebundenheit gegenüber der Regierung fest.

Die Wirtschaftsprobleme Portugals zu Mitte der achtziger Jahre waren der Diktatur Salazars, aber auch der Politik der nachdiktatorischen Regierungen geschuldet (Müller 1986, OECD 1984). Unter der Diktatur war die Wirtschaft vor ausländischer Konkurrenz abgeschottet, wenige Großunternehmen genossen monopolartige Privilegien, und das Mutterland wurde wegen der höheren Gewinnspannen zugunsten der überseeischen Territorien vernachlässigt. Die

Agrarwirtschaft dominierte. Nach der Revolution ist es den häufig wechselnden Regierungen nicht gelungen, eine konsistente Modernisierungspolitik zu finden. Banken und Großindustrien wurden verstaatlicht, eine äußerst großzügige Lohn- und Sozialpolitik überlastete den Staatshaushalt. Die Kündigungsregeln wurden restriktiv gestaltet. Eine konsumorientierte expansive Geld- und Fiskalpolitik erhöhte die Importe und verstärkte die Inflationsentwicklung. 1984 betrug die Inflationsrate über 30 %. Die Auslandsverschuldung erreichte 1985 den dreifachen Wert der Exporteinnahmen. Der kommunistische Gewerkschaftsverband CGPT-IN hatte in den siebziger Jahren - begleitet von häufigen Streiks - massive Lohn-erhöhungen durchsetzen können. Erst seit Mitte der achtziger Jahre wurde diese Phase von konzertierten Aktionen zwischen den Gewerkschaften, den Unternehmern und der Regierung abgelöst.

2. Komparative Typologie sozialdemokratischer Modernisierung in Südeuropa

Zum klassischen sozialdemokratischen Politikmuster gehört die Akzeptanz des Marktes, aber auch der für notwendig erachtete Staatseingriff, die Reduzierung sozialer Ungleichheiten und die Vollbeschäftigungspolitik. In den achtziger Jahren hat sozialdemokratische Politik diese Ziele immer weniger im Rahmen der keynesianischen Globalsteuerung verfolgen können. Ökonomische Krisen und die Überforderung staatlicher Haushalte verhinderten dies.

Nur in Griechenland hat man zu Anfang der achtziger Jahre noch einmal auf keynesianische Nachfragesteuerung gesetzt. Seit den Vorbereitungen auf den EG-Beitritt hat diese Politik für die iberischen Länder keine Rolle mehr gespielt. Sozialdemokratische Modernisierung hat daher zu unterschiedlichen Politikmustern und Ergebnissen geführt. Spanien kann als der Typ einer aktiven und auch erfolgreichen marktorientierten sozialdemokratischen Modernisierungspolitik mit sozialpolitischen Defiziten gelten. Bei Griechenland bietet sich die Formel der sozialistischen Wohlfahrt ohne solide ökonomische Basis und Modernisierung an. In Portugal schließlich spielen die Sozialisten das stabilitätsorientierte Korrektiv erst linker

und dann bürgerlicher Expansionspolitik, um ab 1987 einer rechtsliberalen Mehrheitsregierung unter Cavaco Silva Platz zu machen, die erfolgreich die sozialistische Stabilisierungspolitik fortführen kann.

2.1 Spanien:

Marktorientierte Modernisierung

Die Sozialistische Partei Spaniens hat einen tiefgreifenden Wandel vollzogen. Verstand sich der PSOE unmittelbar nach der Überwindung der Diktatur noch als linkssozialistische Partei, so setzte 1978 mit der Eliminierung des Begriffs Marxismus aus der Parteiprogrammatik der Wandel zum sozialdemokratischen Reformismus ein, der schließlich ab dem Zeitpunkt der Regierungsübernahme im Jahr 1982 in einen technokratischen Reformismus einmündete. Der PSOE besetzt erfolgreich die Mitte des spanischen Parteienspektrums. Modernisierung und Demokratisierung standen im Vordergrund. Öffentliche Investitionen spielten gegenüber der Förderung von Privatinvestitionen nur eine untergeordnete Rolle. Die Nationalisierung der Produktionsmittel hat für den PSOE programmatisch nie eine größere Bedeutung gehabt, konsequenterweise hat die Partei die Privatisierung des unter der Diktatur verstaatlichten Bereichs vorangetrieben. Personelle Überkapazitäten wurden abgebaut, die lohnpolitischen Zugeständnisse fielen gering aus, und die öffentlichen Gebühren orientierten sich an den realen Kosten. Die Wirtschaftspolitik der PSOE-Regierung gab der Inflationsbekämpfung, dem Abbau des Leistungsbilanzdefizits und der Verminderung der öffentlichen Verschuldung den Vorrang. Zu diesem Zweck wurde eine Austeritätspolitik und eine restriktive Geld- und Finanzpolitik verfolgt. Nur mäßige Lohn-erhöhungen wurden von der Regierung zugestanden (Frey 1988). Eine Vollbeschäftigungspolitik traditioneller sozialdemokratischer Provenienz hat die PSOE-Regierung nicht verfolgt. Die starr regulierten Arbeitsbeziehungen wurden durch die Ausweitung von befristeten Beschäftigungsverhältnissen aufgelockert. 1987 erfolgten 90 % aller Neueinstellungen mit Fristverträgen. Das den Wählern gegebene Versprechen zur drastischen Reduzierung der Arbeitslosigkeit konnte die Regierung - trotz der beachtlichen Zahl von 1,2 Millionen

neu geschaffener Arbeitsplätze in den Jahren 1985 bis 1988 - nicht einhalten. Weniger als ein Drittel der Arbeitslosen erhält eine finanzielle Unterstützung. Korporatistische Elemente spielten für die PSOE-Regierung eine wichtige Rolle. Sozialpakete wurden zwar nur mit den sozialistischen Gewerkschaftern der UGT vereinbart, die Comisiones Obreras hielten sich jedoch weitgehend ebenfalls an diese Abmachungen.³ Weil aber den Reallohnverlusten kein Abbau der Arbeitslosigkeit gegenüberstand, kam es 1988 zum ersten Generalstreik der UGT.

Die Attraktion von Auslandskapital spielt in der Politik der PSOE-Regierung eine zentrale Rolle. Aufgrund der geschilderten wirtschaftspolitischen Prioritäten und ihrer erfolgreichen Umsetzung war ein kräftiger Zustrom von ausländischem Kapital, insbesondere Direktinvestitionen, nach Spanien zu verzeichnen. Zusammenfassend kann festgehalten werden, daß die Zwei-Phasen-Strategie von Felipe Gonzalez - erst Modernisierung und dann Wohlfahrtstaat - bezüglich ihrer ersten Komponente erfolgreich war: Die Wirtschaft wurde modernisiert, rationalisiert und wettbewerbsfähiger gemacht. Nicht oder noch nicht gelungen ist allerdings die Verwirklichung der zweiten Phase, die hohen Arbeitslosenzahlen belegen dies.

2.2 Griechenland:

Konsum, Inflation und Verschuldung

Statt der Entfaltung der Marktkräfte gaben die Sozialisten dem Staatseingriff den Vorzug (Axt 1989, Kasakos 1988, Lyrantzis 1989, Petras 1987, Zafiris 1986). Das Ergebnis war sozialistische Wohlfahrt ohne solide ökonomische Basis. Die keynesianische Nachfragesteuerung spielte eine bedeutende, doch letztlich erfolglose Rolle. Umverteilungspolitik betrieb die Regierung über lohnpolitische Zugeständnisse, eine zurückhaltende Besteuerung und sozialpolitisch großzügige Rentenregelungen. "Vollbeschäftigungspolitik" versuchte man über die "Sozialisierung" von Verlustbetrieben und über eine massive klientelistische Ämterpatronage zu erreichen. Die intensiv verfolgte Praxis der Wahlgeschenke verhinderte eine stetige Wirtschaftspolitik.

In der Politik der PASOK-Regierung lassen sich drei Phasen erkennen: Bis 1985 betrieb man eine Politik der Nachfrage-

steigerung, es folgten zwei Jahre Sparpolitik, um von 1987 bis 1989 wiederum der expansiven Einkommenspolitik den Vorzug zu geben. Große Einkommensverluste vor 1981 veranlaßten die PASOK-Regierung zur linkskeynesianisch inspirierten Nachfragepolitik. Die Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst wurden automatisch der Inflationsentwicklung angepaßt. Die Reallohne stiegen 1984 um 83 % gegenüber 1974. Die Produktivität stieg im gleichen Zeitraum allerdings lediglich um 23 %, und die Investitionen sanken jährlich um 4 %. Die Inflation erreichte 1985 den EG-Spitzenwert von 25 %. Die erhöhte Nachfrage steigerte die Importe.

Im Oktober 1985 ging man - nach den Wahlen! - zur Sparpolitik über. Die automatische Anpassung der Einkommen wurde eingefroren. Die Drachme wurde abgewertet, die öffentlichen Ausgaben gesenkt, Kündigungsregeln liberalisiert und Anti-Streik-Maßnahmen verstärkt. Der Reallohnverlust betrug 1987 gegenüber 1985 10-15 %. Die Unternehmergewinne stiegen 1986 gegenüber dem Vorjahr um rund die Hälfte. Die Inflation wurde auf 17 % (1986) gesenkt, das Leistungsbilanz- und das öffentliche Defizit gingen ebenfalls zurück. Die Devisenreserven stiegen an. Das Investitionsklima wurde allgemein positiv eingeschätzt.

Korporative Elemente spielten in Griechenland keine Rolle. Als die Regierung von der expansiven Lohnpolitik Abstand nahm, verschärfte sie das Streikrecht. Vor den Wahlen von 1989 wurde 1988 eine erneute Wende vollzogen: Lohn-erhöhungen zwischen 12 und 16 % wurden zugelassen.

Die Modernisierung und Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft konnten unter diesen Bedingungen nicht erreicht werden. Die PASOK-Regierung verzichtete zwar nicht auf angebotsorientierte Maßnahmen - die Investitionszuschüsse waren äußerst großzügig -, nur erwiesen sich diese Maßnahmen wegen der wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen als wenig investitionsfördernd. So wurde z.B. als "Sozialisierung" ausgegeben, was in Wirklichkeit eine Verstaatlichung von Verlusten war. Die Diskrepanz verunsicherte gleichwohl die Unternehmer, die sich mit Investitionen zurückhielten. Die Verhinderung von Massenentlassungen war ein wichtiger Grund für die PASOK-

Regierung, seit 1981 immer mehr verschuldete Unternehmen durch die öffentliche Hand aufzukaufen. Es gelang allerdings nicht, diese "Problemunternehmen" zu sanieren oder sie gar zu reprivatisieren. Der öffentliche Sektor wurde unter der PASOK-Regierung zusätzlich noch dadurch aufgebläht, daß die Ämterpatronage einen bedeutenden Umfang annahm. Gemäß dem Motto "jede Stelle bringt mindestens zwei Wahlstimmen" wurden in der Regierungszeit der PASOK schätzungsweise 300.000 bis 400.000 Beschäftigte im öffentlichen Dienst neu eingestellt, im ersten Halbjahr 1989 allein 96.000 Mitarbeiter (Axt 1990).

In der Rentenpolitik gewährte man in Griechenland Vergünstigungen, die ihresgleichen in Europa suchen: Viele Griechen können bereits mit 50 Jahren pensioniert werden, Frauen gar schon nach 15 Dienstjahren im öffentlichen Dienst mit 35 in Frührenten gehen (und dann eine Tätigkeit in der Schattenwirtschaft übernehmen). Zugleich verzichtete der griechische Staat darauf, seine Einnahmen zu verbessern: Steuern wurden entweder nicht eingetrieben (OECD 1990), oder - wie im Falle der Landwirte - es wurden ganze Berufsgruppen (aus Gründen der Wahlakrobatik) fast gar nicht besteuert.

2.3 Portugal:

Sozialistisches Krisenmanagement

Nach 1974 sind in Portugal zwei große Phasen zu unterscheiden: Ein erster Abschnitt mit instabilen und häufig wechselnden Regierungen, denen es nicht gelingt, eine wirtschaftspolitische Leitlinie zu finden, und in der die Sozialisten eine bedeutsame politische Rolle spielen, und eine zweite Phase ab 1987, in der die rechtsliberalen Sozialdemokraten unter Cavaco Silva den Ton angeben (Dauderstädt 1986, Giner 1984, Williams 1989). Im Vergleich zu Griechenland kann man im nachdiktatorischen Portugal bis 1987 ein "Spiel mit vertauschten Rollen" beobachten: Als Regierungspartei übernahmen die - früher linkssozialistisch orientierten - Sozialisten die Aufgabe, eine Austeritätspolitik durchzusetzen, die erforderlich geworden war, weil zuerst im Anschluß an die "Nelkenrevolution" und später dann von einer bürgerlichen Koalition eine expansive Wirtschaftspolitik verfolgt worden war. Das Krisen-

management, für das die Sozialisten in die Nähe eines monetaristischen Konservatismus gestellt wurden, lohnte sich indes für die Sozialisten nicht: Bei den anstehenden Wahlen unterlagen sie. Die Sozialisten haben darüberhinaus entscheidend dazu beigetragen, daß die sozialistischen Rudimente der Verfassung von 1975, an die sich die maßgeblichen politischen Kräfte ohnehin nicht mehr gebunden fühlten, getilgt wurden, um damit einer marktorientierten Modernisierung den Weg zu bereiten. Die Sozialisten treten für eine sozial abgefederte und begrenzt staatlich gelenkte Modernisierung der Wirtschaft ein - eine Position, die durchaus mit den Vorstellungen der liberalen politischen Kräfte in Portugal kompatibel ist. Die "Nelkenrevolution" von 1974 führte zu einem Ausbau des Wohlfahrtsstaates. Die Verstaatlichungen und die Agrarreform sollten ebenso wie Mietpreisstopps und eine großzügige Lohnpolitik die Lage der Arbeitenden verbessern. Der Kündigungsschutz wurde verbessert. Die Reaktion der Unternehmer war eindeutig, sie hielten sich mit Investitionen zurück (Cravinho 1986). Weil sich gleichzeitig die außenwirtschaftliche Situation verschlechterte (Importzunahme), wurden stabilitätspolitische Maßnahmen erforderlich. Diese Politik wurde in den Jahren 1976 bis 1979 von den an die Regierung gelangten Sozialisten durchgesetzt: Die Sozialausgaben wurden 1979 auf das Niveau von 1975 zurückgeführt, die Reallöhne sanken in den drei Jahren um 20 %. Diese politischen Eingriffe entsprachen den Empfehlungen eines Stabilisierungsprogramms des Internationalen Währungsfonds (IWF) (Maß 1986). Die bei den nächsten Wahlen erfolgreichen Sozialdemokraten und Christdemokraten setzten ab 1979 wieder auf einen maßvollen Ausbau des Wohlfahrtsstaates. Die Reallohnzuwächse von 1980 veränderten die Lohnquote um 3,5 % zugunsten der Arbeitnehmer, die Sozialausgaben stiegen an. Ähnlich wie zur gleichen Zeit in Griechenland führte die expansive Wirtschaftspolitik jedoch angesichts weltweiter Rezession und steigender Ölpreise zu einem Anstieg der Importe. Portugals internationale Wettbewerbsfähigkeit verringerte sich. Die zunehmende Verschuldung führte zur Wahl-niederlage der Rechtsregierung und zu einem zweiten IWF-Stabilitätsprogramm.

Wiederum fiel den Sozialisten, die 1983 mit den Sozialdemokraten vom PSD eine Koalitionsregierung, den "bloco central" gebildet hatten, die Aufgabe der wirtschaftlichen Stabilisierung zu. Der Escudo wurde abgewertet, das Haushaltsdefizit reduziert. Ein erheblicher Reallohnabbau brachte die Bruttolohnquote auf den niedrigsten Stand seit 1973. Der Ölpreis- und Dollarverfall sowie weltweit sinkende Zinsen begünstigten diese Politik, Portugal konnte angesichts einer positiven Zahlungsbilanz seine Auslandsschulden abbauen. Mit Unterstützung der Sozialisten wurde 1982 eine Verfassungsrevision durchgeführt, die die sozialistische Institution des Revolutionsrats durch einen Staatsrat ersetzte und die politische Rolle der Militärs beendete (Kreidler-Pleus 1990).

Nach einem zweijährigen Interregnum von Sozialdemokraten (PSD) und Christdemokraten (CDS) konnten die Sozialdemokraten unter Cavaco Silva 1987 bei den Wahlen eine absolute Mehrheit erringen und eine liberale Modernisierungspolitik umsetzen. Wirtschaftspolitische Priorität genoß fortan die Haushaltskonsolidierung, die Privatisierung und die Förderung des Wachstums. Die Mietpreisbindungen wurden (bereits 1986) aufgehoben, die öffentlichen Unternehmen weiter privatisiert, die Kündigungsschutzbestimmungen gelockert und eine Steuerreform eingeleitet. Seit 1988 ließ sich auch die kommunistisch beeinflusste Gewerkschaft CGTP auf eine konzertierte Aktion ein, während sich die sozialdemokratische UGT seit Anfang 1988 nicht mehr daran beteiligte (Opthenhögel 1988). Mit der erfolgreichen Umsetzung der Struktur-reformen hatte die Regierung von Cavaco Silva Portugal an westeuropäische Standards angeglichen. Gegen den Widerstand der Gewerkschaften, aber mit Zustimmung der Sozialisten erfolgte 1989 eine erneute Verfassungsreform, die das Verbot der Reprivatisierung verstaatlichter Betriebe aufhob und die Kollektivlandwirtschaft beendete. Bei der Privatwirtschaft im In- und Ausland stieß diese Politik auf positive Resonanz: Die Unternehmer gaben ihre Investitionszurückhaltung auf, die Wachstumsraten nahmen zu und die Auslandsinvestitionen verfünffachten sich 1989 gegenüber 1988 (Dauderstädt, 1990).

3. Ergebnisse der Modernisierungspolitik in Südeuropa

So verschiedenartig die Modernisierungspolitik in den südeuropäischen Ländern war, so unterschiedlich sind gemessen an makroökonomischen Indikatoren - auch deren Ergebnisse. Im Zentrum der Modernisierungspolitik der südeuropäischen Länder stand und steht die EG.⁴ Sie hat den weniger entwickelten Mitgliedsländern beachtliche Finanzzuweisungen im Rahmen der "Kohäsionspolitik" zukommen lassen. Griechenland hat von 1981 bis 1989 und Spanien von 1986 bis 1989 jeweils über 3,8 Mrd. ECU von den Struktur-fonds erhalten, bei Portugal waren es seit 1986 2,1 Mrd. ECU. Jeder 4. Escudo, den der portugiesische Staat 1988 ausgab, stammte aus den Kassen der EG-Kohäsionspolitik. Bei Griechenland war es jede 8. Drachme und bei Spanien jede 20. Pesete (Quellen in: Axt 1991). Nettotransfers aus dem EG-Haushalt in die neuen Mitgliedsländer wird eine wichtige Rolle beigemessen, noch bedeutsamer erscheinen indessen private Kapitalimporte. Seit dem EG-Beitritt von 1986 sind die Direktinvestitionen in Spanien und Portugal kräftig angestiegen. 1988 hatten sich die Auslandsinvestitionen in Portugal gegenüber 1984 verdreifacht und in Spanien vervierfacht (EG-Kommission 1990, S. 70). In Griechenland stagnieren dagegen die Auslandsinvestitionen, sie waren 1987 in etwa so hoch wie 1984 (Seremetis 1989). Der Begünstigung durch die EG stehen Belastungen der Beitrittsländer gegenüber, die aus der Liberalisierung und Öffnung der Wirtschaftsgrenzen resultieren. Die Handelsbilanz aller drei Beitrittsländer hat sich verschlechtert. Aus der EG ergossen sich regelrechte Importwellen in die neuen Mitgliedsländer. Die bescheiden bleibenden Ergebnisse der Modernisierungspolitik in Griechenland äußern sich in den achtziger Jahren in geringem Wirtschaftswachstum, rückläufigen Investitionen, überaus hohen Inflationsraten und einer negativen Bilanz der Außenwirtschaft. Das Wirtschaftswachstum, das 1981 um 0,4 % gegenüber 1980 gefallen war, stieg zwar 1984 um 2,8% und 1985 um 3% jeweils gegenüber dem Vorjahr, sank

aber bereits 1987 wiederum um 0,1 % gegenüber 1986 und verblieb für die Zeit von 1981 bis 1989 auf einem jährlichen Durchschnittswert von mageren 1,5 % (vgl. Tabelle 1). Mit dem Wachstum korreliert die negative Entwicklung der Investitionen, sie sanken seit 1985 kontinuierlich und stagnieren seit 1988. Die Inflation ging in Griechenland zwar von 24,5 % (1981) auf 13,8 % (1989) zurück, doch mit einem Durchschnittswert von 18,9 % (1981-1989) hält Griechenland in der EG den Negativ-Rekord. Die Leistungsbilanz war stets defizitär, sie erreichte 1985 gar einen Anteil von 9,8 % des BIP/BSP. Die Arbeitslosenquote ist von 4 % (1981) auf 7,8 % (1989) angestiegen.

Das zentrale Wirtschaftsproblem Spaniens ist die Arbeitslosigkeit. Die übrigen Wirtschaftsindikatoren vermitteln dagegen ein deutlich positives Bild. Mit dem EG-Beitritt 1986 setzte sich der Anstieg des Wirtschaftswachstums aus den Vorjahren fort und erreichte Werte von über 5% jährlich. Die Investitionen stiegen kontinuierlich und deutlich über EG-Durchschnitt an, und die Preissteigerungs-raten gingen zurück. Die Leistungsbilanz verschlechterte sich indessen, aus dem Überschuß von 1986 (1,8 % des BIP/BSP) wurde 1989 ein Defizit von 3 %. Bedenklich ist aber vor allem die Arbeitslosenrate. Sie nahm zwar nach 1986 (21,4 %) kontinuierlich ab, um 1989 den Wert von 17,3 % zu erreichen. Der jährliche Durchschnittswert von 19,7 % (1986 bis 1989) stellt aber noch immer den EG-Spitzenwert dar. Portugals Wirtschaftsentwicklung nach 1986 ähnelt in mehrfacher Hinsicht der von Spanien: Das Wirtschaftswachstum setzte nach erfolgtem EG-Beitritt den positiven Trend der Vorjahre fort und erreichte Werte knapp unter 5% jährlich. Die Investitionen stiegen ebenfalls deutlich an, wenn auch nicht ganz so stark wie in Spanien. Die Preissteigerungs-raten lagen zwar über dem spanischen Niveau, nahmen aber nach 1986 ab. Die Leistungsbilanz wies eine parallele Entwicklung zu Spanien auf. Bei der Arbeitslosigkeit setzte sich Portugal al-

lerdings positiv von Spanien ab: Die Arbeitslosenquote vermindert sich seit 1986 kontinuierlich.

Durchaus ähnliche Belastungen und Begünstigungen aufgrund der EG-Mitgliedschaft haben bei den drei südeuropäischen Ländern unterschiedliche Ergebnisse gezeitigt: Alle drei Länder waren nach dem EG-Beitritt mit dem Problem einer Importwelle aus den übrigen EG-Ländern konfrontiert, die nicht nur zum Anstieg des Handelsbilanzdefizits sondern auch der Verschuldung geführt hat, womit ein höherer Schuldendienst erforderlich wurde, der wiederum die zur Investition zur Verfügung stehenden Mittel eingeschränkt hat. Im Falle Spanien und Portugal hat allerdings der Zustrom von Auslandskapital dieses Defizit kompensiert. Spaniens und Portugals Investitionsklima wurde international als vorteilhaft eingeschätzt. Griechenland genoß dagegen bei den internationalen Investoren wesentlich

weniger Wertschätzung. Während die heimischen Investitionen in Spanien und Portugal kräftig anstiegen, verminderten sie sich in Griechenland.

Noch etwas läßt sich, ausgehend von Griechenlands Beispiel, zur EG-zentrierten Modernisierung festhalten: Die im Rahmen der EG-Kohäsionspolitik zur Verfügung gestellten Finanzmittel "verpuffen", wenn sie in den peripheren Volkswirtschaften nicht auf eine adäquate Modernisierungsstrategie stoßen, sie können also offensichtlich nur subsidiär wirken.

Spanien und Portugal haben zwar auch ihre spezifischen Modernisierungsprobleme - Spanien wird der Arbeitslosigkeit nicht Herr, und beide Länder müssen den Zustrom von Auslandskapital auf hohem Niveau halten, soll sich das Wachstumstempo nicht verlangsamen -, doch ist Griechenland gegenüber den iberischen Ländern merklich zurückge-

	Griechenl.	Spanien	Portugal
1. Veränderung des realen Bruttosozialprodukts			
1981-89	1,5 %		
1986-89		4,8 %	4,5 %
2. Anstieg der Verbraucherpreise			
1981-89	18,9 %		
1986-89		6,4 %	10,8 %
3. Arbeitslose in % der Erwerbsbevölkerung			
1981-89	7,1 %		
1986-89		19,7 %	6,9 %
4. Saldo der Leistungsbilanz in % des BIP/BSP			
1981-89	-5,1 %		
1986-89		-0,6 %	0,5 %
5. Investitionstätigkeit in der verarbeitenden Industrie in Volumen-Indizes (1985 = 100)			
1986	73	115	105
1987	64	137	122
1988	82	157	139
1989	82	179	143

Tabelle 1
Ausgewählte Wirtschaftsindikatoren für Griechenland, Spanien und Portugal nach dem EG-Beitritt⁴ - Durchschnittswerte (1-4) und Volumenindizes (5) -

blieben. Das läßt sich am Indikator des Bruttoinlandsprodukts pro Kopf der Bevölkerung aufzeigen: 1985 erreichte Spanien einen Anteil von 71,8 % am EG-Durchschnitt, bei Griechenland waren es 56,8 % und bei Portugal 52,1 %. (EG-Durchschnitt = 100 %.) 1989 hatte sich Spaniens Anteil auf 75,8 % erhöht, ebenso der Portugals auf 54,4 %. Griechenlands Anteil war dagegen auf 54,1 % gesunken, den niedrigsten Wert aller EG-Länder (EG-Kommission 1990). Zweierlei wird deutlich: Der Weg nach (Kern-) Europa ist für die peripheren Volkswirtschaften weit, für Griechenland allerdings aufgrund des „Modernisierungstaus“ in den achtziger Jahren offensichtlich noch weiter als für Spanien und Portugal. Die griechischen Sozialisten setzten auf Etatismus und Verteilungspolitik und sind damit gescheitert. Die spanischen Sozialisten haben aus den griechischen und auch den französischen Erfahrungen mit dem Linkskynesianismus offensichtlich Lehren gezogen, haben ihre Modernisierungspolitik von vornherein nach den gegebenen binnen- und außenwirtschaftlichen Restriktionen ausgerich-

tet. Das Ergebnis war eine markt-orientierte Politik, die den unmittelbaren Staatseingriff zurückgedrängt hat, die vor der Schließung unrentabler Betriebe nicht zurückscheute, die den Arbeitsmarkt flexibler gestaltete und bei der die wirtschaftliche Modernisierung vor der Sicherung von Beschäftigungsverhältnissen rangierte. Ist der „Eurosozialismus“ an Wachstumschwäche gescheitert? Was die ehrgeizige Vision eines alternativen Entwicklungs- und Gesellschaftsmodells angeht, ist dies sicher der Fall. Freilich ist das Projekt nicht nur an Wachstumsgrenzen gestoßen. Es war, weil es zu sehr auf Staat und zu wenig auf Markt setzte, gerade für die wenig entwickelten Volkswirtschaften Südeuropas kein „Königsweg“. Damit ist noch kein Urteil über sozialdemokratische Modernisierungspolitik gefällt. In Spanien, aber auch in Portugal hat sie die wirtschaftliche Entwicklung konjunkturell und strukturell voranbringen können. Sozialpolitische Defizite sind zwar unübersehbar. Bei einer Bewertung der hohen Arbeitslosigkeit in Spanien sollte freilich auch die richtige Maßnahme angelegt werden, soll-

te berücksichtigt werden, daß der Entwicklungsabstand zu den führenden EG-Länder noch immer beachtlich ist, und daß das Beschäftigungsproblem durch die traditionelle Familien-Unterstützung und die Schattenwirtschaft entschärft wird.

In der 2-Phasen-Strategie Spaniens ist Wohlfahrt (Arbeitslosigkeit) gegenüber der Modernisierung zu kurz gekommen. Das Gegenmodell einer exzessiven staatlichen Beschäftigungssicherung durch Ausweitung des öffentlichen Sektors war allerdings noch weit weniger überzeugend. Es hat die Probleme lediglich verlagert - auf den Staatshaushalt, die Verschuldung, die Preisentwicklung und zu Lasten der Investitionen. Die Modernisierung blieb wegen des Erhalts nicht wettbewerbsfähiger Betriebe sowieso auf der Strecke.

spw

LITERATURVERZEICHNIS

I. Axt, Heinz-Jürgen 1985: Die PASOK. Aufstieg und Wandel des verspäteten Sozialismus in Griechenland, Bonn
 —, 1989: Griechenland und die Europäische Gemeinschaft. Erfahrungen mit der Mitgliedschaft und Ausichten für 1992, in: Südosteuropa Mitteilungen, (29) 2, S. 126-138.
 —, 1990: 2,7 Millionen fanatische Griechen? Oder Warum 40 % der Wähler noch immer Papandreu bevorzugen, in: Südosteuropa, (39) 2, S. 119-136.
 —, 1991: Southern Europe Facing the Single Market's Completion, in: Intereconomics, 26 (Juli/August) 4, S. 192-202.
 Bernecker, Walthar L., 1990: Spanien und Portugal zwischen Regime-Übergang und stabilisierter Demokratie, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 51, S. 15-28.
 Beyme, Klaus von, 1982: Parteien in westlichen Demokratien, München.
 Cravinho, Joao, 1986: The Portuguese Economy: Constraints and Opportunities, in: Kenneth Maxwell (Hrsg.), 1986: Portugal in the 1980's. Dilemmas of Democratic Consolidation, New York u.a., S. 111-165.
 Dauderstädt, Michael, 1986: Internationale Konzerne und Wahlfrühling. Überlegungen am Beispiel Portugal, in: Konjunkturpolitik, (31) 6, S. 349-380.
 —, 1988: Schwacher Staat und schwacher Markt: Portugals Wirtschaftspolitik zwischen Abhängigkeit und Modernisierung, in: Politische Vierteljahresschrift, (29) 3, S. 433-453.
 EG-Kommission, 1990: The Impact of the internal market by industrial sector: the challenge for the Member States. European Economy, Special edition, Luxemburg.
 Eurostat, 1990: Statistische Grundzahlen der Gemeinschaft, Luxemburg.
 Frey, Peter, 1988: Spanien, in: Weidenfeld/Wessels, 1988, S. 403-411.
 —, 1989: Spanien, in: Weidenfeld/Wessels, 1989, S. 355-361.
 Gallagher, Tom / Alan M. Williams (Hrsg.), 1989: Southern European Socialism. Parties, elections and the change of government, Manchester-New York

—, 1989: The Portuguese Socialist Party: the pitfalls of being first, in: Gallagher/Williams, 1989, S. 12-32.
 Gillespie, Richard, 1989: Spanish socialism in the 1980s, in: Gallagher/Williams, 1989, S.59-85.
 Giner, Salvador, 1984: Southern European Socialism in Transition, in: West European Politics, 7 (April) 2, S. 138-157.
 Hine, Robert C. 1989: Customs union enlargement and adjustment: Spain's accession to the European Community, in: Journal of Common Market Studies, 28 (September) 1, S. 1-27.
 Holman, Otto, 1989: In Search of Hegemony: Socialist Government and the Internationalization of Domestic Politics in Spain, in: International Journal of Political Economy, (19) 3, S. 76 ff.
 Kasakos, Panos 1988: Entwicklungsprobleme und wirtschaftspolitische Optionen in Griechenland der achtziger Jahre, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 14-15, S. 36-46.
 Kreidler-Pleus, Daniela, 1990: Der EG-Beitritt Portugals. Wirtschaftliche, politische und rechtliche Grundlagen, Frankfurt/M. u.a.
 Lyrantzis, Christos, 1989: PASOK in power: the loss of the „Third road to socialism“, in: Gallagher/Williams, 1989, S. 34-56.
 Maab, Gero, 1986: Portugal. Ein Schwellenland in der Schuldenkrise, Hamburg.
 Merkel, Wolfgang, 1989: Sozialdemokratische Politik in einer postkeynesianischen Ära? Das Beispiel der sozialistischen Regierung Spaniens (1982-1988), in: Politische Vierteljahresschrift, (30) 4, S. 629-652.
 —, 1990: Vom Ende der Diktaturen zum Binnenmarkt 1992: Griechenland, Portugal und Spanien auf dem Weg zurück nach Europa, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 51, S. 1-14.
 Müller, Anton P., 1986: Portugal und Spanien in der Europäischen Gemeinschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 8, S. 3-12.
 OECD, 1984: Economic Surveys Portugal, Paris.
 —, 1990: Economic Surveys: Greece, Paris.
 Opello, Walter C., 1985: Portugal's Political Development. A Comparative Approach, Boulder-London.
 Opthögel, Uwe 1988: Die Arbeiterbewegung in Portugal im Prozeß gesellschaftlichen Umbruchs, Hamburg.
 Petras, James 1987: The Contradictions of Greek Socialism,

in: New Left Review, (May/June) 1963, S. 3-25.
 Seremetis, Dimitris, 1989: Chrimatikes Scheseis tis Ellodas me tis Eurapaikes Koinotites. Epiptoseis tis Entoxis 1981-85 (Finanzbeziehungen zwischen Griechenland und der EG. Eine ökonomische Analyse der Mitgliedschaft Griechenlands 1981-1985), Idrima Mesojiakon Meleton (Stiftung für Mittelmeer-Forschungen), Athen.
 Volz, Joachim 1990: Spanien vor und nach dem Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft: Von der Krise zu dynamischem Wachstum mit neuen Problemen, in: DiW-Wochenbericht, (57) 16, S. 214-220.
 Weidenfeld, Werner / Wolfgang Wessel (Hrsg.), 1981 ff: Jahrbuch der Europäischen Integration 1980 ff, Bonn
 Williams, Alan M., 1989: Socialist economic policies: never off the drawing board? In: Gallagher/Williams, 1989, S. 188-216.
 Zafiris, Tzannatos (Hrsg.) 1986: Socialism in Greece, Aldershot.
 1 Die vorliegende Arbeit entstand im Rahmen des in Kooperation mit der Stiftung Wissenschaft und Politik durchgeführten Forschungsprojekts „Griechenland und die Europäische Gemeinschaft: Was kommt nach 1992?“. Der Verfasser dankt der Volkswagen-Stiftung für die Förderung.
 2 Daß mit dem Begriff der Modernisierung zwar Versorgungs-, nicht unbedingt aber Entsorgungsleistungen erfaßt, daß soziale und ökologische Kosten zu berücksichtigen sind, braucht heute kaum noch betont zu werden. Es wäre freilich ein verhängnisvoller Irrtum, deshalb Modernisierung und Wettbewerbsfähigkeit geringzuschätzen. Auf eine Diskussion des Begriffs der Moderne muß hier verzichtet werden.
 3 Sozialpakete können sich als problematisch erweisen, wenn sie die Anpassung an veränderte Weltmarktbedingungen verzögern, vermehrte Staatsinterventionen nach sich ziehen und zu einem Anwachsen der Schattenwirtschaft führen, in der die Auflagen umgangen werden können.
 4 Vgl. zum folgenden ausführlich Axt 1991.
 5 Quellen: OECD, IWF, EG-Kommission

Detlev Albers

Totes und Lebendiges im Erfurter Programm

1.

Die Laune des Kalenders beschert zuweilen Gedenk- oder Geburtstage, die kein Dramaturg hätte effektvoller inszenieren können. Der 20. Oktober 1991 zählt dazu; jener Tag nämlich, an dem das Erfurter Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, wie sie seit jener Zeit ohne weitere Namensänderung heißt, seinen hundertsten Geburtstag begeht.

Was 1989 den meisten Festrednern verborgen blieb, liegt diesmal auf der Hand. Damals versammelte man sich in vielen Ländern Europas, vor oder nach dem 14. Juli, um den zweihundertsten Jahrestag des Sturms auf die Bastille ins Gedächtnis zu rufen. Aber kaum einer, der daran teilnahm, ahnte auch nur, daß man sich gerade wieder am Vorabend von Ereignissen befand, die spätere Chronisten zu den Epochenwenden dieses Jahrhunderts zählen werden. Nicht so 1991. Wer sich heute noch des Erfurter Programms entsinnt, dem wird sein schwieriger Gegenwartsbezug nicht entgehen. Denn auch Verabschiedungen können aktuell sein - und Verabredungen für die Zukunft erst recht. Nur wird der Anlaß, die Annahme eines Parteiprogramms und die Bilanz seiner Wirkungsgeschichte, ungleich weniger Aufmerksamkeit auf sich lenken, als dies seinerzeit für die pompösen Feiern zum Jubiläum der Französischen Revolution galt.

Detlev Albers, Hochschullehrer (Bremen), Mitherausgeber der spw

Sozialistische Zeitungen der 1890er Jahre

Das Erfurter Programm ist das klassische Selbstverständnisdokument jenes "Ver-eins von vaterlandslosen Gesellen", der es schon im Deutschen Kaiserreich vom Club der Geächteten und Verfeimten zur relativen Mehrheitsfraktion des Reichstags brachte und damit alle Welt verblüffte. Es ist seit jeher, von Freund und Feind, im In- und Ausland, als Durchbruch jener Konzeption des "wissenschaftlichen Sozialismus" begriffen worden, die sich mit den Namen von Karl Marx und Friedrich Engels verbindet. Und das nicht von ungefähr. Sollte doch der Allgemeine Teil des Programms, seine "Prinzipienklärung", im Verständnis ihres Autors, Karl Kautsky, nichts anderes als eine prägnante Fassung jenes berühmten Schlußkapitels "Die geschichtliche Tendenz der kapitalistischen Akkumulation" aus dem Hauptwerk von Marx wiedergeben.¹

Wie nachhaltig es so gelang, programmatisch die Sache des Sozialismus mit dem "ehernen Gang" der Geschichte und der Mission der Arbeiterklasse darin ineinzusetzen, das hat rückerinnernd der russische Dichter Ossip Mandelstam einmal in die schönen Sätze gekleidet: "Erfurter Programm, Propyläen des Marxismus, früh, allzu früh habt ihr den Geist zur Harmonie erzogen - doch habt ihr mir und vielen anderen bereits in jungen Jahren, wenn das Denken noch nach Einheit und Harmonie dürstet, wenn sich das Rückgrat der Epoche gerade reckt, wenn das Herz nötiger als alles andere das rote Blut der Aorta braucht, ein Gefühl für das Leben gegeben."² Neben dem Text des "Kommunistischen Manifest", das ja ebenfalls erst in den neunziger Jahren des letzten Jahrhunderts zu größerer Verbreitung in Europa gelangte, dürfte

kein anderes Dokument der damaligen sozialistischen Bewegung eine vergleichbare Wirkung erzielt haben.³

1991, der hundertste Geburtstag eben dieses Programms, wird dagegen als das Jahr in die Geschichte eingehen, in dem sich der gigantische Vielvölkerstaat Sowjetunion selbst aufzulösen beginnt. Damit verschwindet jener Staat und jenes heroisch-verhängnisvolle Gesellschaftsexperiment, das sich vom ersten bis zum letzten Tag aus der Berufung auf den Marxismus und damit auch auf Grundaussagen des Erfurter Programms zu legitimieren versucht hatte. Sein Scheitern auf weltgeschichtlicher Bühne muß ein solches politisches und geistiges Erdbeben herbeiführen, daß es nicht nur jener Fraktion der internationalen Linken den Boden entzieht, die sich unwiderruflich mit ihm identifizierte. Es nötigt auch noch solche Richtungen der Linken, ihre Ziele neu zu bestimmen, die sich wie die Sozialdemokraten seit jeher in Abgrenzung dazu definierten. Dabei steht außer Frage: Der Zwang, Totes und Lebendiges in der hundertjährigen Wirkungsgeschichte des Erfurter Programms zu unterscheiden, wird umso gebieterischer zutage treten, je mehr man glaubt, an Grundelementen seines ursprünglichen Gedankenguts für heute und morgen anknüpfen zu können.

2.

Bevor wir uns jedoch auf die Frage einlassen, über welche der Prinzipien des Erfurter Programms es heute noch zu streiten lohnt, möchte ich zumindest skizzenhaft bei dem verweilen, was nur deshalb weniger im Blickfeld steht, weil es uns, oberflächlich betrachtet, als selbstverständlich gilt. Denn so leicht kommt es ja nicht vor, daß eine Partei über hundert Jahre konkret beim Wort zu nehmen ist, und zwar buchstäblich, bei der Einlösung jenes Forderungskatalogs nämlich, den sie vor mehr als drei Generationen auf der Basis ihrer Grundsätze formulierte.

Betrachten wir die gesellschaftlichen Verhältnisse der Bundesrepublik, vor wie nach dem unverhofften Beitritt der DDR, dann fällt es gewiß nicht schwer, Rolf Dahrendorfs These zu widersprechen, wonach das "sozialdemokratische

Jahrhundert" schon deshalb rechtens zu Ende gehe, weil sich ihr Programm positiv erledigt habe. Gewissermaßen: abgehakt, weil zum Gemeingut aller geworden. Dennoch, so scheint mir, würden wir vom Zusammenhalt der SPD, von seiner außerordentlichen Belastbarkeit über alle Katastrophen der deutschen Geschichte dieses Jahrhunderts hinweg, nichts begreifen, wenn wir dabei nicht wenigstens zwei Momente im Blick behielten.

Ich meine damit zum einen die Bereitschaft, "Prinzipien", "Wahrheiten" oder "wissenschaftliche Einsichten" und konkrete, tages- und gegenwartsbezogene Zielsetzungen nebeneinander bestehen zu lassen. Das Verhältnis beider mochte umstritten sein, die Leidenschaft, das eine zur Bedingung des anderen zu erklären oder ihre Entfernung voneinander zu betonen, nicht minder. Aber die SPD kann sich etwas darauf zugutehalten, allen Konjunkturen und Wendungen des Zeitgeistes zum Trotz verstanden zu haben, daß beides zusammen erst eine "Programmpartei" ausmacht. Und: daß Zusammenhalt "über den Tag hinaus" anders nicht zu haben ist.

Zum zweiten benötigt jedenfalls das "Aktionsprogramm", der gegenwartsbezogene Forderungskatalog, ein Stück Erfolg. Daß seine Inhalte nicht nur allgemein wünschenswert, sondern zugleich notwendig und machbar sind, und das nicht nur in den Augen der Parteianhänger, sondern verifizierbar vor der ganzen Nation, das erst qualifiziert eine solche Aufstellung. Sie darf nicht die Erfindung eines Einzelnen sein. Sie muß sich vielmehr, in Rangfolge und Gewichtung ihrer Teilstücke, den Wünschen und gesellschaftlichen Leitvorstellungen aller, und erst dadurch auch der eigenen Anhänger, aufdrängen.

Durchmustern wir, hundert Jahre später, was Eduard Bernstein, damals "Marxist", nicht anders als Karl Kautsky, im entsprechenden Teil des Erfurter Programms zusammengetragen hat, dann ist ihm oft Kleinmut und übergroßer Realismus vorgeworfen worden. Weder die "Republik" noch die "Wirtschaftsdemokratie" werden ausdrücklich auf die Fahne geschrieben. Sie bleiben zwar logische Verbindungsglieder, wenn man das Aktionsprogramm in der Perspektive des Prinzipienteils weiterdenkt. Im Nachhin-

Kurzum, wir finden in dem Erfurter Forderungsteil, geprägt von äußerster sprachlicher Strenge wie er ist, praktisch kein Element, das wir heute, hundert Jahre später, für überflüssig erklären dürften.

ein ist jedoch zuzugeben, daß in solcher nur impliziten Ausdrucksweise Unklarheiten in der Vorbereitung auf künftige Krisenkonstellationen angelegt waren. Die Schicksalsentscheidungen zu Beginn und nach dem Ende des verlorenen Ersten Weltkriegs deckten das schonungslos auf. Der Partei fehlten sichere Orientierungspunkte im Bereich dessen, was man zu späteren Zeiten als "mittelfristige Übergangsforderungen" oder "antikapitalistische Strukturreformen" bezeichnet hätte.

Gleichwohl vermögen wir heute vielleicht besser als früher zu erkennen, wie kompakt, schlüssig und hegemoniefähig der Forderungsteil von Erfurt formuliert ist. Unmißverständlich werden das allgemeine Wahlrecht und die "direkte Gesetzgebung durch das Volk" an die Spitze gestellt. Gerade in dem Moment, in dem sich die Partei mit den "Prinzipien" von Erfurt zur weitreichendsten, revolutionären Umgestaltung der menschlichen Gesellschaft bekennt, bindet sie sich ohne jeden doppelten Boden an die demokratische Methode des politischen

Kampfes. "Demokratismus", wie das Lenin später nennen wird, die Relativierung und notfalls die Aufhebung des demokratischen Prinzips zugunsten vermeintlich höherrangiger revolutionärer Zielvorgaben - das war und blieb der SPD fremd, und sei es um den Preis bitterster Unterdrückung.

Aber damit nicht genug. Souverän werden den Bastionen des alten Regimes, dem Militär, den Kirchen, den Medien, der Justiz und dem Bildungswesen, nicht zuletzt auch den überkommenen Familienstrukturen, demokratische Grenzen entgegengesetzt. Das Programm verschmäht nicht, sich ursprünglich liberale Grundsätze anzueignen, wie jenen, die "Religion zur Privatsache" zu erklären. Und doch bleibt zu erkennen, worauf man eigentlich hinaus will: auf die Öffnung, die soziale Umwandlung "von unten" und "von innen" und, wenn das erreicht ist, auf ihre Einfügung in den Rahmen einer neuen Gesellschaftsordnung. Wobei es hinsichtlich des Verhältnisses zwischen den Geschlechtern hingehen mag, daß sich Erfurt mit der Forderung des Frauenwahlrechts und einem umfassenden "Anti-Diskriminierungsgebot" begnügt⁴. Sollen spätere ProgrammschreiberInnen der SPD stolz darauf sein, wenn sie jetzt auch die nichtehelichen Gemeinschaften, das Feld der Erziehungsarbeit und das Sexualverhalten miteinbezogen - gemessen an ihrer Zeit können sich die Erfurter Formulierungen gleichwohl sehen lassen!

Kurzum, wir finden in dem Erfurter Forderungsteil, geprägt von äußerster sprachlicher Strenge wie er ist, praktisch kein Element, das wir heute, hundert Jahre später, für überflüssig erklären dürften. Manch eines, wie die "Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege" weist sogar noch weit darüber hinaus. Umgekehrt betrachtet: Schätzen wir die heute erreichte demokratische Substanz der bundesdeutschen Gesellschaft ein, wird uns - mit der einen bezeichnenden Ausnahme: des Föderalismus, den erst spätere Generationen von Sozialdemokraten wirklich für sich "entdeckten" - kaum ein Bereich begegnen, in dem wir wesentlich über den Horizont des Forderungskatalogs von Erfurt hinausgegangenen wären. Das ist wahrhaftig keine schlechte Bilanz für den "Konsens-Vorrat" eines solchen Katalogs.

3.

"Die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Naturnotwendigkeit zum Untergang des kleinen Betriebes, dessen Grundlage das Privateigentum des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln bildet". Hundert Jahre nach der Verabschiedung des Erfurter Programms interessieren uns nicht mehr die Fragen der Betriebsstatistik, mit denen Eduard Bernstein und Karl Kautsky einst ihren Streit um den Wahrheitsgehalt dieses berühmten ersten Satzes von Erfurt ausfochten⁵. Es geht auch nicht darum, mit Bernstein seine "apodiktische Fassung" zu kritisieren⁶. Zur Diskussion steht vielmehr, ob die gesamte Argumentationskette, die sich im allgemeinen, theoretischen Teil von Erfurt an diesen Satz anschließt, einer von heute aus bilanzierenden Überprüfung standhält. Oder ob nicht eben darin jene Fehleinschätzungen und Irrtümer unterlaufen, zumindest: unterlaufen können, von denen es definitiv Abschied zu nehmen gilt.

Sinngemäß folgert Erfurt: Weil "der Abgrund zwischen Besitzenden und Besitzlosen" immer mehr zunimmt, treibt die menschliche Gesellschaft von innen heraus und zwingend auf die Aufhebung aller Klassenunterschiede zu. Das alles entscheidende Instrument, dies herbeizuführen, ist der "Übergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit"; ihn zu erreichen, bildet das "naturnotwendige Ziel" der SPD. "Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln - Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel - in gesellschaftliches Eigentum und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger, harmonischer Vervollkommnung werde"⁷.

Übrigens steckt schon in diesem Kernsatz von Erfurt, seiner eigentlich programmatischen Quintessenz, ein nicht ganz klarer Bedeutungsgehalt: Sollen nun sämtliche Produktionsmittel - worauf

die Aufzählung zu Beginn verweist - oder nur die kapitalistischen Großbetriebe - und ab wann beginnen diese? - in Gemeineigentum überführt werden, wie es der zweite Satzteil nahelegt?

Auch Kautsky gibt dazu in seinem jahrzehntelang zur sozialistischen Grundliteratur gerechneten Kommentar mehrdeutige Antworten. Er betont einerseits, daß nur der "Großbetrieb die sozialistische Gesellschaft notwendig macht" und stellt deshalb fest: "Der Übergang zur sozialistischen Gesellschaft bedingt demnach keineswegs die Expropriation der Kleinhandwerker und Kleinbauern"⁸. Andererseits hat gerade er immer wieder herausgearbeitet, wie sehr jede Kleinproduktion im Zuge der weiteren ökonomischen Entwicklung, selbst unter sozialistischem Vorzeichen, zum Untergang verurteilt sei. In zahllosen Abwandlungen lassen seine Schriften dieser Periode den Eindruck entstehen, die künftige Gesellschaft sei umso sozialistischer, je vollständiger sie sämtliche Produktionsmittel vergesellschaftete. Eben darin bestände das alles entscheidende Überlegenheitskriterium der neuen gegenüber der alten Gesellschaft.

Es kann keinen Zweifel daran geben, daß es die Zukunftserwartung der Sozialdemokraten, sozialdemokratischen, wie auch kommunistischen, Internationalisten, ein entscheidender Punkt infolge der Schritte, wenn wir heute zu dem Ergebnis gelangten, die perspektivische Wahrheit dieser Vorstellung als solche nicht mehr aufrecht erhalten zu können: Große Teile des sozialistischen Schrifttums im 20. Jahrhundert sind seiner expliziten oder impliziten Verteidigung gewidmet. Mit der Oktoberrevolution von 1917 galt es den Beweis zu erbringen, daß sozialistische Gesellschaftsordnungen, ohne alles private Eigentum an Produktionsmitteln in prinzipiell sämtlichen Teilen der Welt, nicht etwa bloß in den industriell entwickelten Ländern, herstellbar wären. Benötigte man dazu ganz andere, "neue Menschen", die ungebunden von Eigeninteressen arbeiteten und wirtschafteten, so beeile man sich, ein entsprechendes Persönlichkeitsbild zu entwerfen oder gar für erreicht zu erklären. In gewisser Weise enthält noch Bernsteins berühmter Satz, wonach ihm "die Bewegung alles, das Endziel aber nichts bedeute", eine Verbeugung vor der Richtigkeit des Zukunftsziels "klas-

senlose Gesellschaft" - nur sei deren Nähe oder Ferne ohne Belang für den aktuell zu führenden politischen Kampf.

Betrachten wir die hundertjährige Wirkungsgeschichte des Erfurter Programms, dann hat sich der Gedanke, aus der im Kapitalismus unentrinnbaren Vertiefung der Ausbeutungsverhältnisse folge zwangsläufig deren vollständige Aufhebung in der allein menschenwürdigen Zukunftsgesellschaft, generationenlang als eine geschichtsmächtige Suggestivkraft erwiesen. Vielleicht bedurfte es auf dem Feld der historischen Tatsachen wirklich erst der Ereignisse dieses Jahres, um sich endgültig aus ihrem Bann zu befreien - und damit freilich zunächst nicht mehr zu entdecken als einen Berg unbewältigter Veränderungsanforderungen, der sich aus dem heutigen Zustand der Welt aufdrängt. Oder, anders ausgedrückt: 70 Jahre realsozialistischer Experiments legen den Schluß nahe, daß Gesellschaften ohne einen hinreichenden Anteil privaten Wirtschaftens, der auch dann zu schützen ist, wenn er dauerhaft eine eigene Unternehmerschicht etabliert, hoffnungslos im allen Ländern abverlangten Modernisierungsprozeß zurückbleiben. Und zwar in einem Ausmaß, daß sich die Wiederholung eines solchen Experiments selbst dann noch verbietet, wenn künftig in anderen Teilen der Welt, unter demokratischem Vorzeichen, erneut der Aufbau sozialistischer Verhältnisse angepackt werden kann.

Ist damit der Menschheitstraum einer weltweiten klassenlosen kommunistischen Gesellschaft ein für allemal zu beerdigen? Ich neige inzwischen zu einer Antwort à la Bernstein. Die Realisierung eines solchen Zustands ist derart weit im unerkennbaren Nebel der Zukunft verborgen, der Zwang zu einschneidenden, revolutionären Veränderungen in Gesellschaft und Lebensweise der heute erst 5 1/2 Milliarden zählenden Menschen aber pressiert derart, daß wir den Kampf um die Rettung des Planeten längst vorher gewonnen haben müssen. In den Grundfragen der unmittelbar vor uns liegenden Zukunft würde uns daher der Kompaß "klassenlose Gesellschaft" nicht nur keine Orientierung, sondern, schlimmer noch, eine die Veränderungsenergien zersplitternde und deshalb kontraproduktive Fehl-

orientierung liefern. Was uns das Erfurter Programm insoweit an Ratschlägen gibt, werden wir deshalb zu seinem toten Holz rechnen müssen.

4.

Gleichwohl wäre nichts voreiliger, als jetzt das gesamte Gedankengut des Prinzipienteils von Erfurt für erledigt zu erklären. Der Club of Rome, marxistischer Bekenntnisliteratur wahrhaft unverdächtig, leitet den letzten Abschnitt seines jüngsten Berichts mit der Feststellung ein: "Dies ist ein Aufruf zu weltweiter Solidarität. Wir leben im Anfangsstadium der ersten globalen Revolution, auf einem kleinen Planeten, den zu zerstören wir offenbar wildentschlossen sind"⁹. Und einleitend formulieren seine Verfasser: "Die globale Revolution hat keine ideologische Basis. Sie ist von einer noch nie dagewesenen Mischung geostrategischer Erdbeben und sozialer, wirtschaftlicher, technologischer, kultureller und ethischer Faktoren geprägt, deren Kombinationen zu unvorhersehbaren Situationen führen"¹⁰.

An dieser Stelle sollen weder die Befunde noch die Schlußfolgerungen des Berichts im einzelnen diskutiert werden. Bis zum Beweis des Gegenteils, dem Nachweis nämlich, daß die Wirklichkeitsbeschreibung des Club of Rome fundamental falsche Szenarien zusammenstellt, wirft der Bericht jedoch deutlicher noch als seine Vorgänger¹¹ die Frage auf: Ist es nicht unwahrscheinlich, daß eine sozialwissenschaftliche Theorie, die sich von Anfang an als revolutionär verstand, ja, die aus dem Entschlüsseln der Gesetzmäßigkeiten solcher Gesellschaftsveränderungen ihren eigenen wissenschaftlichen Anspruch bezog, ausgerechnet jetzt so gänzlich obsolet geworden sein sollte, an dem sich Angehörige der verschiedensten gesellschaftlichen Lager und Nationen von der Notwendigkeit globaler, universaler oder weltweiter Revolutionen zu überzeugen beginnen?

Gewiß ist es heute, 1991, noch nicht einmal in Umrissen möglich, sämtliche Umbrüche, Korrekturen und Revisionen aufzulisten, die am vorgefundenen Antworten-Bestand dieser Theorie vorgenommen werden müssen. Mit dem Leitbild der "klassenlosen Gesellschaft"

Der vor hundert Jahren formulierte Prinzipienteil von Erfurt kann immerhin für sich in Anspruch nehmen, daß er mit seinem Internationalismus, mit der Einsicht, die "Arbeiter aller Kulturländer gleichmäßig am Werk der Befreiung (zu) beteiligen", bereits eine, vielleicht die wichtigste Voraussetzung für das Gelingen der Aufgabe benannt hat.

verwirft man nicht ungestraft einen der Eckpfeiler des traditionellen Marxismus, um sich anschließend nicht mit einer Kette von daraus folgenden Neueinschätzungen konfrontiert zu sehen, und zwar auf allen Gefilden, von der Kritik der politischen Ökonomie bis zum historisch-materialistischen Denkansatz. Und wohl auch bis hin zu der Frage, ob das so entstehende Resultat überhaupt noch "marxistisch" zu nennen sei.

Dies alles vorausgesetzt, scheint mir, daß der Prinzipienteil Erfurts und die Arbeiten, die ihm zugrundeliegen, über zwei bis heute fortwirkende Stärken verfügen, die jede Theorie der "globalen Revolution" in sich aufzunehmen haben wird. Das ist zum einen das Feld der Ursachenerklärung; es umschließt das historisch-genetische Erklärungsprinzip der bürgerlichen Gesellschaft und die Analyse der Antriebskräfte zu ihrer Veränderung. Der italienische Philosoph Antonio Labriola hat das wenige Jahre nach der Verabschiedung des Erfurter Programms einmal folgendermaßen ausgedrückt: "In der Lehre des kritischen Kommunismus entdeckt die ganze Gesellschaft, in einem Augenblick ihrer allgemeinen Entwicklung, die Ursache ihres verhängnisvollen Marsches"¹².

Die zweite Stärke besteht in der Fähigkeit dieses Erklärungsansatzes, im

unbeherrschten Expansionsmechanismus der weltweit operierenden Finanz- und Konzernzentralen den wichtigsten Adressaten aller Umstellungsanforderungen auszumachen. Zu Recht weist beispielsweise der Club of Rome darauf hin, daß es für die benötigte "neue Weltordnung" nicht angehe, eine einzige der beteiligten gesellschaftlichen Ebenen, von der lokalen bis zur weltweiten, von ihrer Mitverantwortung für die "Gouvernanz" des künftigen Systems auszunehmen. "Der Schritt vom Lokalen zum Globalen und vom Globalen zum Lokalen kommt einem radikalen Wandel in den Denk- und Argumentationsweisen gleich ... Er stellt eine neue intellektuelle Praxis dar, die es zu erweitern und zu integrieren gilt"¹³. Aber das alles liefe doch nur auf eine endlose Staffette von Zuständigkeitsverschiebungen hinaus, wenn wir dabei nicht zugleich die Demokratisierung der weltwirtschaftlichen Entscheidungen und den Abbau der heutigen ökonomischen Machtzusammenballungen durchsetzen würden.

Ich komme zum Schluß: Die globale Revolution, die vor uns liegt, wird zweifellos vielfach neue Gesichter tragen; sie wird Krisenmomenten begegnen, die im Zukunftsbild des Erfurter Programms noch nicht enthalten waren. Aber es scheint mir unbestreitbar, daß zu einem

ihre unerledigten Problem-Bündel eben jenes der ökonomischen Machtverteilung und Ausbeutung zählt, das Erfurt in den Mittelpunkt gerückt hat. Es zu lösen, reicht allein nicht aus, und ist gleichwohl für die Bewältigung all der anderen Momente der heutigen Menschheitskrise unverzichtbar. Der vor hundert Jahren formulierte Prinzipienteil von Erfurt kann immerhin für sich in Anspruch nehmen, daß er mit seinem Internationalismus, mit der Einsicht, die "Arbeiter aller Kulturländer gleichmäßig am Werk der Befreiung (zu) beteiligen", bereits eine, vielleicht die wichtigste Voraussetzung für das Gelingen der Aufgabe benannt hat. Ossip Mandelstam beschließt seine Jugenderinnerung an die Wirkung, die das Erfurter Programm einst bei ihm auslöste, mit den Worten: "Ich empfand die ganze Welt als ein einziges gigantisches Unternehmen, ein von Menschen geschaffenes Unternehmen - und die vor hundert Jahren verstummten Spindeln der englischen Heimindustrie klangen noch in der klaren Herbstluft! Ja, ich hörte mit wachem, vom Summen einer fernen Dreschmaschine im Feld geschärften Ohr, wie nicht die Gerste in den Ähren, nicht der nördliche Apfel schwoll und schwer wurde, sondern die kapitalistische Welt - um zu fallen!"¹⁴ Wer wollte so taub sein, einem Gedanken, der solche Hoffnungen ausstößt, die die Zukunft jedes Gehör zu besinnen?

Anmerkungen:

- 1 Dieser Text ist die schriftliche Fassung des Vortrages, den Detlev Albers auf der Konferenz der Friedrich-Ebert-Stiftung: "Demokratischer Sozialismus 2000", 14.-16. Oktober in Freudenberg, gehalten hat.
- 2 Karl Marx, Das Kapital, Bd. I, 24. Kapitel, 7. Abschnitt; in: MEW 23/789. Vgl. zum ganzen Karl Kautsky, Zu den Programmen der Sozialdemokratie 1891-1925, eingeleitet und herausgegeben von Albrecht Langner, Köln 1968
- 3 Ossip Mandelstam, Das Erfurter Programm; deutsch in: Die ägyptische Briefmarke, Frankfurt 1965, S. 106
- 4 Es ist bezeichnend, daß Antonio Labriola seinem Essay "Zum Gedächtnis des Kommunistischen Manifests" (1895) für Italien noch

eine Übersetzung des Manifests selbst beifügen muß, um überhaupt verstanden zu werden. Vgl. dazu Antonio Labriola, Über den historischen Materialismus, Frankfurt 1974

- 4 Die entsprechende Passage lautet: "Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlich- und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachteiligen".
- 5 Vgl. Eduard Bernstein, Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie (1899), besonders das "Vorwort zum 10. Tausend", 1902, und den Abschnitt III, Die wirtschaftliche Entwicklung der modernen Gesellschaft, herausgegeben von Gunther Hillmann, Reinbek 1969, und Karl Kautsky, Bernstein und das Sozialdemokratische Programm (1899), besonders die Abschnitte IIb-d, Bonn/Berlin 1976

- 6 Bernstein hatte im "Vorwärts" vom 3. September 1899 ["Meine Stellung zum theoretischen Teil des Erfurter Programms"] eben dies kritisiert, aber einschränkend hinzugefügt: "Ich sage ihre heutige Fassung, weil ich - die Landfrage ausgenommen, trotzdem ihre bedingte Richtigkeit anerkenne"; zit. nach Kautsky, a.a.O., S. 153
- 7 Dieses wie alle anderen Zitate des Erfurter Programms sind der Textsammlung von Dieter Dowe, Kurt Klotzbach (Hg.), Programmatistische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie, Berlin/Bonn 1984, S. 188 ff., entnommen
- 8 Karl Kautsky, Das Erfurter Programm. In seinem grundsätzlichen Teil erläutert (1892), Berlin 1965, S. 153
- 9 Alexander King, Bertrand Schneider, Die globale Revolution, Bericht des

- Club of Rome 1991, Hamburg 1991, S. 129
- 10 ebd., S. 10
- 11 Das Verdienst, als erster den "unbewußten Sozialismus" in den frühen Berichten des Club of Rome erfaßt und herausgearbeitet zu haben, gebührt Wolfgang Harich, Kommunismus ohne Wachstum?, Baboef oder der Club of Rome, Gespräche mit Freimuth Duve, Reinbek 1975
- 12 Antonio Labriola, Zum Gedächtnis des Kommunistischen Manifests (1895), a.a.O., S. 103
- 13 Globale Revolution, a.a.O., S. 126
- 14 Ossip Mandelstam, a.a.O., S. 107/108

Ulf Himmelstrand

Sozialdemokratie bei schwedischen Parlamentswahlen besiegt

Ursachen, Probleme und Konsequenzen

Wer sich für die Stellung der Sozialdemokratie in Europa interessiert, wird wissen, daß die Sozialdemokraten bei den schwedischen Parlamentswahlen am 15. September 1991 besiegt worden sind. Sie erhielten 38 Prozent der Wählerstimmen - im Gegensatz zu 43% bei den Wahlen von 1988. Das ist ihr schlechtestes Wahlergebnis seit 1928, also bevor die Sozialdemokraten in den frühen 30er Jahren die Regierungsgewalt erlangten.

Es handelt sich hier um die zweite bedeutende Wahlniederlage der Sozialdemokraten in der zeitgenössischen Geschichte, also seit sie vor fast 60 Jahren an die Macht gelangten - bedeutend im Sinne eines Verlustes der Regierungsgewalt. Als solches ist dies ein bemerkenswertes historisches Beispiel an Langlebigkeit in der europäischen Politik; aber die jetzige Niederlage ist so schwer, daß sie die Frage aufwirft, ob

Prof. Ulf Himmelstrand, emeritierter Professor für Soziologie an der Universität Uppsala, zur Zeit Professor für Soziologie an der Universität von Nairobi, Kenya. Zahlreiche Veröffentlichungen, u.a.: Sverige - Vardag och Struktur (Schweden - Struktur und Alltagsleben), Stockholm 1988)

Verluste für Ingvar Carlsson

die schwedische Sozialdemokratie nun wie jede andere „normale“ politische Partei in Schweden anzusehen ist, ohne die geradezu hegemoniale Stellung, die sie für etwa ein halbes Jahrhundert innegehabt hat. Wird die Sozialdemokratie ihre Stärke in der Zukunft zurückgewinnen können? Sie ist immer noch die größte politische Partei in Schweden, aber wird sie wieder groß genug werden, um selbst die Regierung bilden zu können, mit oder ohne Unterstützung anderer Parteien? Wird Schweden jemals wieder eine „sozialdemokratische Nation“ werden? Doch die sozialdemokratische Niederlage ist nicht das einzige bemerkenswerte Ergebnis der schwedischen Wahlen von 1991. Von den ehemaligen bürgerlichen Oppositionsparteien haben die Liberalen und die Zentrums- partei - die Parteien in der Mitte des politischen Spektrums - in dieser Wahl viele Wählerstimmen eingebüßt; und hierbei handelt es sich um einen kontinu-

ierlichen Trend der schwedischen Politik. Die Liberalen hielten in den 50er Jahren 24 Prozent der Stimmen und sind seitdem recht kontinuierlich auf 9 Prozent 1991 geschrumpft. Die Konservative Partei auf der rechten Seite hatte ihre Höhen und Tiefen während der letzten 30 Jahre, hat aber im letzten Jahrzehnt einiges von ihrer früheren Stärke zurückgewonnen. Bei der Wahl 1991 erhielten die in Gemäßigte Partei umbenannten Konservativen 22%, nachdem sie 1988 auf 18% heruntergesunken waren, und damit sind sie die größte bürgerliche Partei. Ziemlich bemerkenswert bei den 1991er Wahlen ist das Aufkommen zweier neuer rechtsgerichteter Parteien - der Christdemokratischen Partei (KDS) mit 7 Prozent der Stimmen und einer tendenziell rechtsextremen Partei namens Neue Demokratie mit 7 Prozent. Diese Stimmen zu denen der Gemäßigten Partei gerechnet, ergibt sich eine bedeutsame Stärkung der politischen Rechten in Schweden, die sich auf 36% der Stimmen stützen kann.

Wenn wir uns nun den Parteien auf der Linken zuwenden - Sozialdemokraten plus Kommunisten (die sich in Linke Partei umbenannt haben) - und den Nachkriegstrend betrachten, finden wir in der Tat keinen so großen Stimmenverlust für die Linken wie für die Parteien der politischen Mitte: Während der 50er Jahre hatten die Sozialdemokraten durchschnittlich 46%, und dieser Prozentsatz ist während der zwei folgenden Jahrzehnte nur geringfügig gesunken, mit Ausnahme eines Hoch von 50% im Jahre 1968. Bei den vergangenen Wahlen von 1985 und 1988 hat die Linke insgesamt jeweils 50 bzw. 49% der Stimmen gewonnen. Ein trauriges Ergebnis der Wahl von 1991 ist, daß die ökologisch orientierte „grüne“ Partei all ihre Sitze im schwedischen Parlament verloren hat. Sie war 1988 mit 6% der Stimmen erstmals ins Parlament eingezogen.

Diese Trends scheinen uns zu zeigen, daß die Linke trotz der kontinuierlich schrumpfenden Industriearbeiterschaft seit Mitte der sechziger Jahre für eine lange Zeit recht gut in der Lage war, ihre Stärke zu halten, während die Mitte merklich zusammengeschnitten ist. Auf der anderen Seite aber ist die politische Rechte kräftig gewachsen, und zwar nicht als Ergebnis irgendeiner bemerkenswerten Leistung der etablierten Konservativen/Gemäßigten Partei, sondern als Ergebnis des Aufkommens zweier neuer rechtsgerichteter Parteien, von denen zumindest die eine - Neue Demokratie - als ziemlich rechtsextrem anzusehen ist, oder zumindest als noch fundamentalistischer in ihrem Neoliberalismus als die Gemäßigte Partei. Dies scheint eine Polarisierung der schwedischen Politik anzuzeigen - mit den großen Verlierern in der politischen Mitte.

Ursachen für Veränderungen im politischen Spektrum Schwedens

Es gibt also zwei Langzeittrends im politischen Spektrum Schwedens, die einer Erklärung bedürfen - die kontinuierlich schrumpfende Größe der politischen Mitte und die relative Stabilität der Linken - und einige Veränderungen von kurzfristigerem Charakter, namentlich die große Niederlage der Sozialdemokraten bei diesen Wahlen und die

große Stärkung der Rechten durch das Hinzukommen zweier neuer rechtsgerichteter Parteien. Drei Arten von Ursachen könnten für diese Polarisierung herangezogen werden: (1) strukturelle Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft Schwedens, mit ihren Einflüssen auf die Mentalität der Wähler in verschiedenen Altersstufen (2) Veränderungen in Hinsicht auf Alltagskultur und der Einfluß der Massenmedien in den vergangenen Jahren, und schließlich (3) die Veränderungen in Osteuropa und unsere Beziehungen zur Europäischen Gemeinschaft.

In einem kurzen Artikel wie diesem ist es unmöglich, viel über jede Zelle in der Matrix der Ursachen und Lang- oder Kurzzeiteffekte zu sagen, die oben aufgeführt wurden. Aber ich werde zunächst ein paar Mutmaßungen über einige mögliche Ursachen der sozialdemokratischen Niederlage und über das Auftauchen neuer rechter Parteien anstellen.

In verschiedenen Meinungsumfragen vor der Wahl bekundete die Wählerschaft, ihre Hauptsorge sei „die Wirtschaft“ (was immer das heißt) und die Fähigkeit der politischen Parteien, mit der Wirtschaft umzugehen. An zweiter Stelle lag die „Bürokratie“. Einige Plätze weiter unten in der Rangliste der Sorgen kamen die „hohen Steuern“ in Schweden. Angesichts der Tatsache, daß die Gemäßigte Partei die hohen Steuern zu einem Hauptthema ihrer Wahlkampagne gemacht hatte, ist dies eine bemerkenswerte Tatsache. Eine Spezialfrage bei diesen Umfragen betraf die Arbeitslosigkeit in Schweden, welche immer noch die geringste in Europa ist, aber zur Zeit ansteigt. Bei diesen Meinungsumfragen wurde den Sozialdemokraten die meiste Kompetenz zugetraut, die Arbeitslosigkeit erfolgreich zu bekämpfen.

Was die „Wirtschaft“ betrifft, so teilt Schweden viele Probleme, die auch einige andere vergleichbare Nationen in der fortgeschrittenen industrialisierten Welt haben - sogar einige, die von bürgerlichen Regierungen geführt werden. Bruttosozialprodukt und Investitionen weisen in Schweden keine Steigerung auf. Aber die sozialdemokratische Regierung konnte die Inflation im letzten Jahr auf ein Niveau zurückschrauben, das mit dem Rest Europas vergleichbar

ist. Wie auch immer: Wichtiger als die tatsächliche Höhe der Wirtschaftsleistung Schwedens in den vergangenen Jahren ist wahrscheinlich, daß die bürgerlichen Parteien mit wohlfinanzierter propagandistischer Unterstützung durch die Konföderation der schwedischen Arbeitgeberverbände (SAF) mehrere Jahre hindurch eine Kampagne geführt haben, in der in Anzeigen in schwedischen Zeitungen eine völlig falsche Führung der schwedischen Wirtschaft vorgeworfen wurde und das Bild eines Schweden entworfen wurde, das weit hinter den meisten fortgeschrittenen Nationen der Welt zurückliege. Wie einige Sozialwissenschaftler gezeigt haben, stützte sich diese Kampagne hauptsächlich auf hochgradig selektive und voreingenommene vergleichende Statistiken. In jüngster Zeit hat diese anhaltende SAF-Kampagne die Botschaft übermittelt, daß das staatliche Wohlfahrtsystem Schwedens, gegenüber dem jeder Bürger allgemeine Ansprüche hat, die letzte Bastion des „Realsozialismus“ sowjetischen Typs darstellt, mit dem jetzt sogar die Sowjetunion Schluß macht! Einige Versuche angesehener schwedischer Sozialwissenschaftler, einen angemesseneren Vergleich zwischen dem schwedischen System und dem privatisierten Gesundheitswesen der USA anzustellen, waren im Vergleich zur massiven rechten Kampagne der SAF wirkungslos.

Zudem ist es ebenso offensichtlich, daß viele sozialdemokratische Wähler von den Versuchen der früheren sozialdemokratischen Regierung enttäuscht worden sind, die Wirtschaft - als Antwort auf die europäische Herausforderung - auf eine „kapitalistischere“ Art zu führen und sich weniger um Verteilungs- und Wohlfahrtsthemen zu kümmern. Aber im letzten Monat der Wahlkampagne scheinen die Sozialdemokraten in der Lage gewesen zu sein, einige dieser potentiell abtrünnigen Nichtwähler unter den traditionellen sozialdemokratischen Wählern durch eine Rückkehr zu traditionellen sozialdemokratischen Appellen zurückzugewinnen. Die Meinungsumfragen weisen eine Steigerung von etwa 29 auf 38% für die Sozialdemokraten innerhalb von nur einem Monat auf! Aber das war nicht genug.

Eine besonders schwache Vorstellung gaben die Sozialdemokraten diesmal

bei den Jungwählern ab. Nur 19% von ihnen wählten die Sozialdemokraten. Viele wählten die Neue Demokratie, die neue Partei, die für mehr Eigeninteresse, um nicht zu sagen narzisstische Selbstbeschäftigung warb: Tu was du willst, sei glücklich, gebt uns freien Alkoholkonsum und keine Geschwindigkeitsbegrenzung auf den Straßen, heben wir alle Beschränkungen und Steuern gegenüber der Wirtschaft auf und führen wir mehr Beschränkungen gegenüber Einwanderern, besonders aus nicht-europäischen Ländern, ein. Offensichtlich konnten die Sozialdemokraten keinen vergleichbaren Ton anschlagen, der auf die Jungwähler gewirkt hätte, die ihre Stimmen der Neuen Demokratie zuwarfen.

Ein Hauptproblem bei diesen Jungwählern ist, daß sie wahrscheinlich viele der Reformen im öffentlichen Sektor, die über die Jahre von Sozialdemokraten und Sozialliberalen eingeführt worden sind, beibehalten wollen; aber sie sind manipuliert worden, ihre Stimmen auf allgemeine Slogans hin abzugeben und nicht in rationeller Weise auf konkrete Themen hin, die im Alltagsleben zu finden sind.

Was für eine Art bürgerlicher Regierung ist in Schweden zu erwarten?

Während dieser Artikel geschrieben wird (30. September), ist noch keine neue bürgerliche Regierung gebildet worden. Jedenfalls hat der schwedische Parlamentspräsident Carl Bildt, den Führer der Gemäßigten Partei, beauftragt, den Versuch der Bildung einer Vierparteiengovernment aus vier Parteien - den Gemäßigten, den Liberalen, der Zentrums- und der Christdemokraten - zu unternehmen. Wenn die Neuen Demokraten (die nicht zu diesen potentiellen Regierungsparteien gehören) nicht gegen ihre bürgerlichen Kollegen votieren, wird es wohl eine solche bürgerliche Vier-Parteien-Koalitionsregierung geben. Diese wird dann über 170 Stimmen gegen die 154 Stimmen der Linken verfügen. Die Neuen Demokraten haben 25 Sitze im Parlament.

Eine solche Vierparteiengovernment kann solange auf eine parlamentarische

Mehrheit zählen wie sie sich über die abzustimmenden Themen einig ist und die Neue Demokratie mit ihren Stimmen nicht zur Linken schwenkt - eine äußerst unwahrscheinliche Möglichkeit. Bei einer Reihe von Themen, die die Wirtschaftsführung betreffen, kann von einer solchen Einigkeit ausgegangen werden. Aber bei anderen Themen wie Wohlfahrt, Steuern und regionalen Belangen gibt es klare Unterschiede zwischen der Zentrums- und den anderen. Solche Unterschiede könnten sich auf Dauer auch zwischen Liberalen und Gemäßigten entwickeln, da die Liberalen ein weitaus größeres Augenmerk auf soziale Wohlfahrtspolitik und die Erhaltung des Steuern konsumierenden staatlichen Sektors legen als die Gemäßigten.

Angesichts dieser Probleme und Unterschiede innerhalb einer bürgerlichen Koalitionsregierung sind Spekulationen angestellt worden, daß eine solche Regierung vielleicht vor der nächsten Wahl in drei Jahren auseinanderbrechen könnte. Als die schwedischen bürgerlichen Parteien zwischen 1976 und 1982 an der Macht waren, gab es mehrere Auseinandersetzungen zwischen diesen Parteien und mehrere Wechsel in der Zusammensetzung der Regierung. Wahrscheinlich wird sich die gegenwärtige bürgerliche Koalition alle Mühe geben, solche Debakel zu vermeiden, um zu beweisen, daß sie tatsächlich in der Lage ist, Schweden gemeinsam zu regieren.

Trotz der etwas widersprüchlichen Vierparteiengovernment-Zusammensetzung der neuen bürgerlichen Regierung können wir einige Veränderungen in der Politik erwarten. Gewisse andere Veränderungen werden wohl angesichts der ideologischen Differenzen in der Koalition und angesichts der anhaltenden Stärke der Linken ausbleiben.

Es ist angedeutet worden, daß eine der ersten Entscheidungen, die eine bürgerliche Regierung treffen wird, die Abschaffung der 1983 eingeführten veräuserten Version der Lohnempfängerfonds sein wird. Der Vorschlag geht dahin, daß diese Fonds zum Ausbau weiterführender Bildungseinrichtungen und zu Forschungszwecken verwendet werden sollen. Eine andere zu erwartende Entscheidung ist die Aufhebung bestimmter Steuern auf kleinere Geschäft-

te und Kleinindustrie, um mehr Anreize zur Produktion auf dieser Stufe zu bieten. Eine solche Entscheidung könnte aber sogar die parlamentarische Unterstützung der Sozialdemokraten bekommen. Außerdem ist vorgeschlagen worden, gewisse Rechte von Gewerkschaftsmitgliedern aufzuheben, ihre Mitgliedsbeiträge von der Steuer abzusetzen, und es mag noch ein paar weitere Vorhaben einer bürgerlichen Regierung geben, die Bedingungen für Gewerkschaftsarbeit und Lohnkampf zu verschlechtern. Von einem propagandistischem Standpunkt aus könnten die Sozialdemokraten dies begrüßen, da es ihnen die Möglichkeit gibt, endlich zu beweisen, daß eine bürgerliche Regierung sich absolut nicht um die Belange der arbeitenden Männer und Frauen kümmert.

Die Christdemokraten und die Zentrums- und die Zentrums-Partei könnten auf Reformen drängen, die auf eine Veränderung des ganzen Systems der Familienfürsorge abzielen. Derzeit erhalten die Familien ein beträchtliches Kindergeld für jedes Kind bis zum 16. Lebensjahr; Zentren für Säuglingsgesundheitsfürsorge sind kostenlos zugänglich für jedes Kind (was eine der Hauptursachen für die sehr geringe Kindersterblichkeit in Schweden - die geringste der Welt - sein dürfte); Väter und/oder Mütter haben das Recht, insgesamt zwölf Monate bezahlten Heimurlaub für jedes Neugeborene zu nehmen; und dazu hat die Einrichtung von recht billigen Kindertagesstätten, ob staatlich oder genossenschaftlich, das Land ein ganzes Stück näher an eine volle Deckung der Bedürfnisse für solche Dienstleistungen gebracht.

Verschiedene bürgerliche Parteien sagen nun, daß dieses System, dessen Vorzüge junge Eltern und besonders Mütter seit einigen Jahren genießen können, eine „mangelnde Wahlfreiheit“ zwischen verschiedenen Arten von Fürsorge für Kinder beinhalte, insbesondere nach den ersten zwölf Monaten. Stattdessen schlagen sie eine völlig neue finanzielle Beihilfe für jedes Kind vor, mit der die Eltern machen können, was sie wollen - ein wahrhaft individualistischer Vorschlag. Aber das kostet eine Menge Geld, und da niemand bereit ist, die Steuern weiter zu erhöhen, muß dieses Geld von einigen der bereits bestehenden Kinder-Wohlfahrtsprogrammen ge-

nommen werden, so daß ziemlich wenig „Wahlfreiheit“ zwischen verschiedenen Alternativen für weniger vermögende Eltern übrig bleibt - vor allem, da die vorgeschlagene Erziehungsbeihilfe (auf schwedisch: vårdnadsbidrag) für eine wirkliche Wahl nicht ausreichend sein wird, wenn sie nicht von persönlichem Reichtum unterstützt wird.

Aber die Liberalen, und vielleicht auch die Gemäßigten, würden sich derzeit nicht gerne mit solchen Veränderungen der gegenwärtigen Familienpolitik abgeben, da das bestehende System ziemlich populär ist und da die Hinzufügung von „vårdnadsbidrag“ als voraussichtlich populäres neues Programm für den Staat viel zu kostspielig sein wird, wenn das bestehende Kinderfürsorgesystem nicht durch einschneidende Kürzungen getroffen werden soll.

Ganz offensichtlich sind die Konflikte unter den bürgerlichen Parteien in Hinsicht auf die durch Steuern finanzierten staatlichen Wohlfahrts- und Arbeitsmarktprogramme. Bei diesen Themen stehen die Liberalen und die Zentrums-Partei - die schrumpfende Mitte - den Sozialdemokraten näher als den Gemäßigten und der Neuen Demokratie. Bei diesen Themen muß die Führung der Gemäßigten eine Wahl treffen zwischen der Durchsetzung ihrer Doktrin, den größten Teil des staatlichen Wohlfahrtssektors (was sie für die letzten Überreste des osteuropäischen „Realsozialismus“ hält) zu privatisieren - mit dem offensichtlichen Risiko, die Liberalen und die Zentristen aus der Koalitionsregierung zu manövrieren, oder sie müssen sich liberalen und zentristischen Forderungen in Hinsicht auf staatliche Wohlfahrts- und Arbeitsmarktpolitik beugen, die sicherlich von sozialdemokratischen Parlamentariern unterstützt werden.

Dieser innere Widerspruch in jeder möglichen bürgerlichen Koalition kann möglicherweise dazu führen, daß eine neue bürgerliche Regierung nicht in der Lage sein wird, einige der im Wahlkampf besonders von Gemäßigten und rechtsgerichteten Neuen Demokraten befürworteten Veränderungen zuwege zu bringen. Auch wenn die schwedische Gesellschaft weit davon entfernt ist, „unregierbar“ (um eine populäre politikwissenschaftliche Bezeichnung zu benutzen) zu sein, könnte es sich heraus-

stellen, daß eine bürgerliche Regierung in Schweden nur über eine deutlich reduzierte Regierungsfähigkeit verfügt, wenn es darum geht, in Schweden einen klaren Wechsel nach rechts zu vollziehen, sowohl angesichts ihrer eigenen inneren Widersprüche als auch der anhaltenden Stärke der Sozialdemokratie wegen.

Die Zukunft der schwedischen Sozialdemokratie

Das Wahlverhalten ist in Schweden immer erheblich klassenorientierter als in den meisten anderen fortgeschrittenen Industriegesellschaften gewesen. Trotz nachlassender Bedeutung besteht das klassenorientierte Wahlverhalten immer noch fort. So scheint die Wählerunterstützung für die Sozialdemokratie zurückzugehen, ganz einfach, weil die Industriearbeiterklasse seit Mitte der sechziger Jahre an Umfang verliert. Aber diese Ursache zurückgehender sozialdemokratischer Stimmenanteile wurde für einige Jahrzehnte durch eine Erscheinung konterkariert, die man als eine sozialdemokratische Loyalität der zweiten Generation unter in die Mittelschichten aufgestiegenen Söhnen und Töchtern der Arbeiterklasse bezeichnen kann. Diese Art Arbeiterklassenloyalität der zweiten Generation unter Bürgern der Mittelklasse, besonders denjenigen, die im staatlichen Sektor arbeiten (statistisch erscheint dies paradoxerweise als abnehmendes klassenorientiertes Wahlverhalten) scheint nun, mit einer neuen jungen Generation zu schwinden, bei der die individualistischen neoliberalen Appelle der Gemäßigten und die individualistischen Happy-go-lucky-Appelle der Neuen Demokratie andere Themen besiegt zu haben scheinen, unter Einschluß der Appelle der gekippten Grünen Partei an das jugendliche Umweltbewußtsein. Es scheint wirklich schwer, dieses Segment der jüngeren Generation zur Sozialdemokratie zu bekehren, selbst wenn eine jugendlicher wirkende Führung der Sozialdemokratischen Partei einige Meinungsänderungen zuwege bringen könnte - wovon die großartige Erscheinung von Mona Sahlin, einer sozialdemokratischen Ministerin in der letzten Regierung, Zeugnis ablegt, einer weiblichen Schönheit, die eine gewitzte Wort-

gewandtheit in Verbindung mit einer nicht zu leugnenden Kompetenz in Arbeitspolitik aufweist. Aber selbst wenn die Sozialdemokraten in der Lage sein sollten, in drei oder sechs Jahren wieder eine Stimmzahl über 40% zu erreichen, halte ich es für schwer glaublich, daß sie jemals wieder ihre vormalige, geradezu hegemoniale Stärke erlangen werden. Daher ist es für die gegenwärtige sozialdemokratische Führung unerlässlich, vorwärts zu blicken und unter anderen politischen Parteien Partner zu finden, mit denen sie sich über grundsätzliche Dinge einigen können und mit denen sie die Art von Parlamentsmehrheit erreichen können, die ihnen die Möglichkeit gibt, Regierungen zu bilden oder an solchen teilzuhaben, die grundsätzliche politische Ziele verwirklichen.

Vor einem Jahr meinten einige Kommentatoren, es gebe weniger Unterschiede zwischen den Sozialdemokraten und den sozialliberalen Führungen der Liberalen und der Zentrums-Partei als zwischen diesen Parteien und den neoliberalen Gemäßigten. Demzufolge wurde eine Koalition zwischen Sozialdemokraten, Liberalen und Zentristen für möglich und ziemlich verheißungsvoll gehalten, besonders in Hinsicht auf die erfolgreiche Kooperation zwischen diesen Parteien in der Vergangenheit. Ich stimme dem zu. Haupthindernisgrund einer solchen Entwicklung wären die falschen Beschuldigungen eines osteuropäischen „Realsozialismus“, die die rechte Agitation gegen die Sozialdemokraten richtete. In der letzten Wahlkampagne wurden diese Behauptungen den Sozialdemokraten wiederum entgegengeschleudert angesichts eines Vorschlags, Pensionskassen zu ermöglichen und ihre Finanzen dadurch aufzubessern, daß sie Anteile privater Firmen erwerben. Weder die Liberalen noch die Zentristen haben sich von diesen unfairen Behauptungen distanziert. Dadurch sind schwer zu überwindende Animositäten entstanden. Aber auf lange Sicht kann eine Mitte-Links-Koalition einer der Wege eines sozialdemokratischen Comeback an die Regierungsmacht werden. Auf lange Sicht mutet es auch ziemlich unverständlich an, die größte einzelne politische Partei in Schweden von der Rolle einer Regierungspartei auszuschließen.

Günter Neuberger

Der Verlierer heißt Sarastro

Zum 200. Todestag
des Wolfgang Amadé Mozart

Am 5. Dezember 1791, um ein Uhr morgens, starb Wolfgang Amadé Mozart.¹ Er hinterließ zwei Kinder, Karl Thomas und Franz Xaver, seine Witwe Constanze geb. Weber und ein künstlerisches Lebenswerk, das umfangreicher und vielfältiger kaum vorstellbar ist: das Werkverzeichnis des Ludwig Ritter von Köchel umfaßt über 600 Eintragungen. Der behandelnde Arzt konstatierte als Todesursache „hitziges Frieselfieber“, ein Begriff, der über die Quacksalberei der damaligen Zeit viel, über Mozarts Krankheit so gut wie nichts aussagt. Sicher wissen wir heute nur, daß Mozart eines natürlichen Todes gestorben und keinem Verbrechen zum Opfer gefallen ist. Die Vergiftung des Genies durch den mediokrinen Musikkollegen Antonio Salieri gehört freilich zu den Legenden, die allen wissenschaftlichen Erkenntnissen zum Trotz nicht ausrottbar scheinen und künstlerisch wie finanziell nach wie vor ertragreich sind.² Es ist offenbar nicht so leicht, sich mit der Tatsache abzufinden, daß ein Ausnahmemensch wie Mozart ganz unspektakulär im Bett gestorben ist.

An Versuchen, Mozarts Todeskrankheit posthum zu diagnostizieren, mangelt es nicht. Auch Wolfgang Hildesheimer war der Auffassung, daß Mozart vergiftet wurde, und zwar durch Quecksilber, das er, wie damals üblich, zur Behandlung einer Syphilis selbst eingenommen

haben soll: „Das Krankheitsbild einer subakuten Quecksilbervergiftung ist nahezu vollständig.“³ Die Diagnose des Schweizer Mediziners Dr. Carl Bär, Mozart sei an *Rheuma inflammatorium*, also am rheumatischen Fieber gestorben, galt lange Zeit als letztes Wort aus medizinischer Sicht. Der Arzt Peter J. Davis hingegen vertritt die These, Mozarts Tod sei die Folge eines chronischen Nierenversagens (Urämie) gewesen. Gestützt wird diese Vermutung u. a. durch die für diese Krankheit typischen tiefen Depressionen bis hin zu Todesahnungen, die den Meister in seinen letzten Lebensmonaten plagten.⁴

Erstaunlich ist, daß Mozarts Werk, zweihundert Jahre nach seinem Tod, ungebrochen lebendig ist. Man kann sogar mit einem gewissen Recht sagen, daß es



in all seinen Facetten erst in diesem Jahrhundert voll erschlossen worden ist. Das 19. Jahrhundert schätzte an Mozart vor allem seine Opern, am meisten den dämonischen *Don Giovanni*, am wenigsten die als geradezu anstößig empfundene *Così fan tutte*. Die *Zauberflöte*, von jeher der Grundstein für Mozarts Nachruhm, wurde in mystische Sphären entrückt, die nicht mehr von dieser Welt waren, völlig zu unrecht, wie wir sehen werden.

Im Vergleich zu den Opern und den großen Orchesterwerken-Sinfonien und Konzerte - führte Mozarts reiches kammermusikalisches Schaffen ein Schattendasein. Die Romantik faßte ihn beispielsweise nicht als Klavierkomponisten *sui generis* auf, sondern legte unzulässigerweise den Maßstab Beethoven an. Ich

selbst habe auf der Schule noch einen Musikunterricht genossen, in dem Beethoven als absolutes Zentrum der Musikgeschichte angesiedelt war. Alle Komponisten vor ihm waren folglich Vorläufer, alle nach ihm Nachfolger, eine Sichtweise, die heute gottlob überwunden ist. Der Gedanke, Bach, Haydn oder Mozart als Vorläufer Beethovens zu klassifizieren, erscheint doch absurd. Die Romantik hat stets versucht, Mozart an der Elle ihrer eigenen Ästhetik zu messen, und ihm damit oft Gewalt anzutun. Ihn als Menschen und Künstler des 18. Jahrhunderts zu begreifen, sein Riesenwerk weder unzulässig zu dämonisieren - wie es etwa E. T. A. Hoffmann tat - oder zu verharmlosen - wie etwa Richard Wagner - blieb der Mozartforschung der letzten Jahrzehnte vorbehalten. Heiteres und Trauriges,

Banales und Erhabenes, Burleskes und Tragisches sind in dieser Musik zu einem dialektischen Geflecht verwoben, das die Komplexität menschlicher Gefühle und Beziehungen in unmittelbar zugänglicher Form umfassend widerspiegelt. In dieser künstlerischen Quadratur des Kreises - Komplexität einfach zugänglich zu machen - , wie sie vielleicht noch Shakespeare vollbracht hat, liegt sicher einer der Gründe für die ungebrochene Wirkung Mozartscher Musik.

„Menschlich“ ist in diesem Zusammenhang keineswegs im Sinne einer unhistorischen „Allgemeinmenschlichkeit“ zu verstehen. Im Gegenteil. Wolfgang Hildesheimer irrt, wenn er meint, daß Mozart „wenig außer Musik etwas bedeutete“;⁵ er war vielmehr ein Zeitgenosse, der die politischen, gesellschaftlichen und künstlerischen Ereignisse interessiert begleitete - und sie in seinem Werk verarbeitete.⁶

Mozarts reife Wiener Jahre - 1781 bis 1791 - fielen zusammen mit der Agonie des europäischen Absolutismus und dem Heraufziehen der Französischen Revolution, wo die Ideen der Aufklärung zur materiellen Gewalt werden sollten. In Österreich reagierte Kaiser Joseph II., seit 1765 Mitregent seiner Mutter Maria Theresia, von 1780 bis 1790 Alleinherrscher, mit umfassenden Reformen auf den gesellschaftlichen Wandel: die Leibeigenschaft wurde aufgehoben, dem Adel die eigene Gerichtsbarkeit entzogen, Religionsfreiheit wurde gewährt, die Kirche büßte eine Reihe von Privilegien ein, Klöster wurden geschlossen, wenn sie gesellschaftlich unnützlich waren. Auch wenn Josephs Reformen die Habsburger-Monarchie niemals in Frage stellten, auch wenn sie schließlich kläglich scheiterten - Europas Intellektuelle, zu denen auch Mozart gehörte, verfolgten sie mit ebenso großer Anteilnahme wie die in Frankreich heraufziehende Revolution. „Mozart hat diese historischen Prozesse mit wachem Bewußtsein verfolgt. Jede seiner Wiener Opern enthielt so viel politischen Zündstoff, daß sie nur knapp an der Zensur oder dem gesellschaftlichen Verdikt vorbeischnappten.“⁷

Das ist nicht übertrieben. Man stelle sich vor, ein Komponist unserer Tage hätte 1986 eine Oper auf die Bühne gebracht, die den bevorstehenden Unter-

gang des realen Sozialismus als Sujet gehabt hätte! Mozarts *Figaro*, uraufgeführt am 1. Mai 1786, nimmt, noch mit dem obligatorischen Happy end der *Opera buffa*, die Revolutionsereignisse des Jahres 1789 vorweg. Und Mozart hat die Libretti seiner Opern keineswegs unkritisch ausgewählt. Am 7. Mai 1783 schreibt er: „ich habe leicht hundert - Ja wohl mehr Bücheln durchgesehen - allein ich habe fast kein einziges gefunden mit welchem ich zufrieden seyn könnte...“⁸ Vor diesem Hintergrund erhält die Tatsache, daß - vier Jahre nach der *Entführung aus dem Serail* - Mozarts Wahl auf den *Figaro* fiel, besonderes Gewicht

Auch die *Entführung* (1782) war alles andere als ein unpolitisches Spektakel. „Aktueller Anlaß der Oper war der Besuch des russischen Großfürsten Paul in Wien in einer Situation, wo sich das russisch-österreichische Bündnis gegen die Türkei immer mehr verfestigte. Vor diesem Hintergrund nimmt sich das Libretto der *Entführung aus dem Serail* nicht nur wie das geschickte Aufgreifen eines zeitbezogenen Themas aus, das darüber hinaus ein fremdartiges und exotisches Kolorit enthielt, sondern mußte fast wie der Versuch einer politischen Einmischung wirken, eine Warnung vor dem gemeinsamen Vorgehen gegen die Türkei.“⁹

Nicht unerwähnt bleiben soll ein aufschlußreiches Detail aus dem *Don Giovanni* (Uraufführung 29. Oktober 1787 in Prag). In der Schlußszene des 1. Akts erklingt - scheinbar unmotiviert - der Freiheitsruf *Viva la libertà*, und zwar genau elfmal. Natürlich ist das italienische Wort *liberta* gleichbedeutend mit der revolutionären Kampfpparole *liberté*. Ausgerufen wird sie vor einem böhmischen Publikum, dessen Unabhängigkeitsstreben von der Wiener Monarchie immer stärker wurde. Elfmal läßt Mozart sie singen, weil die Zahl elf eine Verschlüsselung des revolutionären Kampfrufs *égalité, liberté, fraternité* war. Gleich anschließend, in der Ballszene, schichtet Mozart drei verschiedene Tänze - Menuett, Kontretanz, deutscher Tanz - polymetrisch übereinander und stellt so musikalisch die Gesellschaftsstruktur des Absolutismus dar. Unmittelbar darauf folgt mit Zerlinas Hilferuf *Gente, ajuto* die krisenhafte Zuspitzung des Akt-schlusses, ausgelöst durch einen Kon-

flukt zwischen einem Mitglied des Adels (Don Giovanni) und des dritten Standes (Zerlina).

„Über die französische Revolution, deren Anfänge Mozart noch erlebte, findet sich kein Wort in seinen Briefen oder in den Erinnerungen an ihn, sie berührte ihn nicht.“¹⁰ Zu diesem voreiligen Schluß läßt sich einer der profundesten Mozart-Kenner, sein Biograph Alfred Einstein, hinreißen. Mozarts Musik straft ihn Lügen. Musikalisch konnte er sich wesentlich deutlicher äußern als in seinen Briefen, denn die wurden von der Postzensur durchschnüffelt.

Mit der Zauberflöte, uraufgeführt wenige Wochen vor seinem Tod, legte Mozart ein - wenngleich kritisches - Bekenntnis zum Freimaurertum ab zu einer Zeit, wo es längst nicht mehr en vogue war, einem dieser aufklärerischen Intellektuellenzirkel, „Logen“ genannt, anzugehören, die zunehmend von den Ideen der Französischen Revolution beeinflusst wurden.

Mozart war Mitglied der Wiener Freimaurerloge „Zur Wohltätigkeit“. Mit dem Erstarken der österreichischen Reaktion wuchs auch der Druck auf die Freimaurerlogen. So wurde etwa der überraschende Tod von Kaiser Leopold II. den Freimaurern angelastet. Die Logen, sofern sie sich nicht freiwillig aufgelöst hatten, wurden 1795 allesamt verboten. Was sich nicht verbieten ließ, war Mozarts große Freimaurer-Oper *Die Zauberflöte*. Sie trat einen beispiellosen Siegeszug auf allen Opernbühnen der Welt an.

Die Zauberflöte ist eine Freimaurer-Oper, geradezu strotzend von Symbolik aus der Welt des Logen-Zeremoniells. So spielt die für das Freimaurertum bedeutende Zahl drei eine zentrale Rolle: Die Haupttonart Es-dur hat drei B, die Ouvertüre beginnt mit dem leitmotivisch eingesetzten dreifachen Akkord, es gibt drei Damen und drei Knaben, drei Prüfungen für die Kandidaten Pamina und Tamino, der Männerchor ist dreistimmig. Aber das Freimaurertum wird keineswegs unreflektiert gefeiert, im Gegenteil. Die Kritik, die Mozart und sein Textdichter Emanuel Schikaneder üben, ist nicht zu übersehen. Sarastro, der weise Oberpriester eines Männerordens (= Loge), erweist sich bei näherem Hin-

sehen als ein höchst widersprüchlicher Charakter, dessen feierlich-sonore Baßgesänge so gar nicht zu dem passen wollen, was er in der Praxis tut. So verkündet er in einer pathetischen Arie: „In diesen heiligen Hallen gibt es die Rache nicht“ - und rächt sich fürchterlich an der Königin der Nacht, indem er sie und ihr Gefolge schlicht zur Hölle schickt. Da beauftragt er den Mohren Monostatos, Pamina, seine Gefangene, zu bewachen, und läßt ihm „siebenundsiebzig Sohlenstreich“ verabfolgen, als dieser seine Pflicht tut.

Saras tros Pathos ist hohl, und Mozart schreibt ihm das auch musikalisch ins Stammbuch. Durch ungewöhnliche Stimmführung - die Celli und Bässe des Orchesters bewegen sich kurzzeitig zwei Oktaven über dem Baß Saras tros - und extrem weite Lagen („hohl“) bringt der Komponist die damals gültige musikalische Welt in Unordnung und konterkariert so mit den Mitteln der Musiksprache das gesprochene Wort.

Sarastro ist Vorsteher eines Männerbundes und gibt nicht gerade Freundliches über die Frauen zum besten. „Ein Mann muß Eure Herzen leiten, / Denn ohne ihn pflegt jedes Weib / Aus seinem Wirkungskreis zu schreiten.“ Der-gestalt moralisierend wird Pamina im 1. Akt abgekanzelt - die es dann, im 2. Akt, übernimmt, Tamino sicher durch die schweren Prüfungen zu führen: „Ich selbst führe Dich / Die Liebe leitet mich.“ Diese Umkehrung der Geschlechterrollen wird noch dadurch ins unerhörte gesteigert, daß es Pamina, als erster Frau, gelingt, in den von Sarastro geführten Männerbund als gleichberechtigt aufgenommen zu werden. Kein Zweifel, der Verlierer der Oper heißt Sarastro, sein patriarchalisches Pathos ist durch das Handeln einer mutigen Frau zunichte geworden. In diesen Zusammenhang muß das musikalische Pathos des Sarastro gestellt werden, um richtig, als hohl nämlich, verstanden zu werden. Das ist der Grund, warum „In diesen heiligen Hallen“ oder „O Isis und Osiris“ nicht als isolierte Glanzlichter in ein Wunschkonzert gehören.

In der Figur des Sarastro ist höchstwahrscheinlich der damals einflußreichste österreichische Freimaurer, der Schriftsteller und Mineraloge Ignaz Born, porträtiert worden. Ob er die damit verbun-

dene Kritik verstanden hat? Vielleicht war es sogar, wie Gunthard Born mutmaßt, nicht nur Kritik an bestimmten Personen und Praktiken, sondern an den Idealen der Freimaurerei insgesamt: „Glaubte Mozart Ende des Jahres 1791 an diese Idealwelt? Zweifel sind angebracht. Schon der Titel weist die Oper als Utopie aus.“¹¹

Mozarts Kunst, wir sagten es schon, macht Komplexität leicht zugänglich. Das bedeutet freilich nicht, daß Mozarts Kompositionstechnik „leicht“ war; er war im Gegenteil stets ein Architekt äußerst strenger musikalischer Strukturen. Aber ebenso wie bei einem Gebäude die voraufgegangenen statischen Berechnungen nicht sichtbar sind, erschließt sich die „Statik“ eines mozartschen Musikgebäudes erst bei genauer Analyse. Sehr oft entpuppt sich eine zunächst als „Zierat“ wahrgenommene Wendung bei genauerer Betrachtung als tragendes, unverzichtbares Element der musikalischen Struktur. Das gilt nicht nur für Hauptwerke wie etwa die späten Sinfonien oder die reifen Klavierkonzerte; die gleiche kompositorische Sorgfalt hat Mozart beispielsweise seiner Tanzmusik (wovon eine Menge im Todesjahr 1791 entstand) angedeihen lassen. Satztechnische Wunderwerke sind seine reifen Kammermusikwerke, etwa die sogenannten Haydn-Quartette oder die Quintettkompositionen, in denen sich höchste musikalische Strenge und unerschöpflicher Einfallsreichtum auf einmalige Weise verbinden.

Wenn man über Mozarts Todesjahr spricht, so muß man auch über seine wirtschaftlichen Verhältnisse sprechen. Die gängige Vorstellung von seiner Musiker-Laufbahn - als gehätschelt Wunderkind begonnen und einsam, verarmt und verkannt gestorben - ist so nicht haltbar.

Mozart war der erste freischaffende, bürgerliche Künstler zu einer Zeit, wo der Adel nach wie vor Träger des kulturellen Lebens war. Das war ein nicht zu unterschätzendes Wagnis, das Mozart in seinen Wiener Jahren durchweg erfolgreich gemeistert hat. Seine Einkünfte, vor allem aus Subskriptionskonzerten, Verlagshonoraren und Unterricht, waren gut und lagen - nach heutiger Kaufkraft - oft über 100 000 Mark jährlich. Braunbehrens hat genau nachgerech-

net und kommt zu dem Schluß: „Mozarts Einnahmen waren nicht nur überdurchschnittlich hoch im Vergleich zu fast allen Musikerkollegen, sondern sie versprachen noch wesentliche Steigerungen. Kurz vor seinem Tod nämlich begann sich der internationale Ruhm, den Mozart erworben hatte - nicht als virtuoses Wunderkind, sondern als ausgereifter und bewunderter Komponist -, auch finanziell niederzuschlagen. Reiseeinladungen nach England und Rußland häuften sich - was sie finanziell bedeuteten, lehrt das Beispiel Haydn -, darüber hinaus fanden sich auch Mäzene, die bereit waren, Mozart eine finanzielle Unabhängigkeit zu verschaffen, die es ihm ermöglicht hätte, ohne weitere Verpflichtungen im gewohnten teuren Lebensstil zu arbeiten, ohne von Honoraren und Verlagseinkünften abhängig zu sein. Sowohl eine Gruppe der Amsterdamer Kaufmannschaft als auch einige ungarische Magnaten kündigten unabhängig voneinander ein entsprechendes Ehrenlegat an.“¹²

Die Feststellung, man habe mit Mozart eines der größten Genies der Geschichte verhungern lassen, trifft also nicht zu. Wenn Mozart 1788 seinen Logenbruder Michael Puchberg in einer Reihe von Briefen um beträchtliche Summen anpumpfte, so hatte das einen einfachen Grund: Österreich befand sich im Krieg mit den Türken, der Adel hatte Wien verlassen, und dementsprechend lag das kulturelle Leben danieder. Die Konjunktur für einen freischaffenden Künstler wie Mozart war folglich schlecht. In seinen „fetten Jahren“ hatte er nie Rücklagen gebildet, kam also infolge dieses Konjunkturtiefs in finanzielle Schwierigkeiten, die, wie wir gesehen haben, freilich nicht von Dauer waren.

Eine weitere Legende bedarf der Korrektur: Mozarts Leiche sei in einem Massengrab anonym verscharrt worden. Tatsache ist, daß Mozart so begraben wurde, wie es damals üblich war: nach der josephinischen Begräbnisordnung. Er wurde den Bestimmungen gemäß in einen Sarg (nicht Sack!) gelegt und in ein „gemeinschaftliches Grab“ gesenkt. Das war, wie Braunbehrens feststellt, „der bürgerliche Normalfall von 85 Prozent der Bevölkerung“. Und weiter: „Zur josephinischen Zeit war das Reihen- oder Schachtgrab ... kein Ausdruck von Schäbigkeit und Acht-

losigkeit, sondern entsprach einer nüchtern-rationalistischen Denkweise, die die damals modernsten Erkenntnisse der Hygiene - nicht ganz unverständlich - besonders hochhielt.“¹³

Die 200. Wiederkehr von Mozarts Todestag ist Anlaß zu einem sogenannten Mozart-Jahr. Ich wundere mich in diesem Zusammenhang, wie häufig sich linke Kritiker über den damit verbundenen Rummel wundern (und ihn gebührend geißeln). In diesen Chor werde ich nicht einstimmen. Warum, so ist zu fragen, sollte um einen Musiker vom Range eines Wolfgang Amadé Mozart weniger Rummel gemacht werden als, sagen wir, um Michael Jackson oder Madonna? Im übrigen hat dieser Rummel auch seine guten Seiten. So mancher ist erst dadurch auf Mozarts Musik gestoßen worden und hat vielleicht festgestellt, daß der Klassiker Mozart ein durchaus lohnendes Kontrastprogramm zu Gianna Nannini oder Herbert Grönemeyer sein kann. Mein Kommentar zum Mozart-Jahr lautet: Möge es uns ewig erhalten bleiben!

- 1 Mozarts Taufname war Joannes Chrysostomus Wolfgangus Theophilus. Erst die Nachwelt nannte ihn Wolfgang Amadeus; er selbst zeichnete mit Wolfgang Amadé, gelegentlich auch Wolfgang Amadeo. Ich werde den von Mozart selbst bevorzugten Namen benutzen.
- 2 Weniger bekannt als Peter Shaffers Theater- und Kinohit „Amadeus“ dürfte etwa Nikolai Rimski-Korsakows Oper „Mozart und Salieri“ sein.
- 3 Wolfgang Hildesheimer, Wer war Mozart? Frankfurt am Main 1966, S. 14.
- 4 S. dazu H. C. Robbins London, 1791 - Mozarts letztes Jahr, München, Kassel, Basel, London 1991, S. 213 ff.
- 5 Hildesheimer, a. a. O., S. 9.
- 6 Einen bemerkenswerten Versuch, Mozarts Musiksprache als Reflex gesellschaftlicher und politischer, also außermusikalischer Vorgänge zu entschlüsseln, hat etwa der Naturwissenschaftler (!) Gunthard Born in seinem Buch „Mozarts Musiksprache. Schlüssel zu Leben und Werk“ unternommen (München 1985). Vgl. dazu auch Nikolaus Hornoncourt, Musik als Klangrede, Salzburg 1982.
- 7 Volkmar Braunbehrens, Mozart in Wien, 3. Auflage, München, Mainz 1988, S. 12.
- 8 Zitiert nach Alfred Einstein, Mozart. Sein Charakter - Sein Werk, Frankfurt 1978, S. 100.
- 9 Braunbehrens, a. a. O., S. 86.
- 10 Einstein, a. a. O., S. 95.
- 11 Born, a. a. O., S. 381.
- 12 Braunbehrens, a. a. O., S. 155
- 13 ebd., S. 445.

NEUERSCHEINUNG

Uli Schöler

„Despotischer Sozialismus“ oder „Staatssklaverei“?

Die theoretische Verarbeitung
der sowjetrussischen Entwicklung
in der Sozialdemokratie
Deutschlands und Österreichs
(1917 bis 1929)

Bd. 24, 2-bdg., 1990, 1100 S., 168.80 DM, gb.
Subskriptionspreis bei Direktbestellung
über den Verlag: DM 68.80

Lit Verlag Dieckstr. 56
4400 Münster 0 251 / 23 50 91

THOMAS MEYER

WAS BLEIBT VOM SOZIALISMUS?

ROWOHLT TB

REINBEK BEI HAMBURG 1991

142 SEITEN, 12.-DM.



Für die Konservativen in diesem unserem Lande ist die Welt wieder in Ordnung. Der real existierende Sozialismus hat sich im Wettstreit der Systeme als unterlegen erwiesen. Der Weltgeist hat auf Umwegen endlich zu seinem Selbstbewußtsein gefunden. Demokratie und Menschenrecht werden umstandslos mit dem Kapitalismus gleichgesetzt und damit zum letzten Wort der Geschichte erklärt.

Was des einen Freud, ist des anderen Leid: Die demokratische Linke befindet sich in der Defensive. Der Begriff des Sozialismus ist bis zur Unkenntlichkeit besudelt, ist für viele Menschen das Synonym für Mißwirtschaft und Unterdrückung. Die unleugbare Krise des Sozialismus birgt aber auch die Chance zu kritischer Reflexion und zur Neubestimmung eines gebeutelten Begriffs.

Was aber zum Teufel ist denn nun der

Sozialismus? Die Antwort der Konservativen ist knapp und deutlich: Für sie ist der Sozialismus längst obsolet geworden, er hatte nur zu einem längst vergangenen Zeitpunkt eine Berechtigung. Schließlich sei die soziale Frage lange schon gelöst und die evolutionäre Überlegenheit der Mark- und Marktwirtschaft bewiesen.

„Was bleibt vom Sozialismus?“ so heißt der lesenswerte Essay des Sozialdemokraten Thomas Meyer, der bereits im Frühjahr dieses Jahres im Hamburger Rowohlt-Verlag erschienen ist. Für Meyer, er ist seit 1977 Mitglied der Grundwertekommission und seit 1984 Mitglied der Programmkommission der SPD, stellt sich diese Frage anders als den Konservativen in diesem unserem Lande, differenzierter eben. Das Ende des Sowjetmarxismus, das betont er bereits in der Einleitung, kann keinen Sozialismus, der sich wirklich ernst nimmt, unberührt lassen. Und er fordert: „Was ansteht, ist eine neue Kritik des Sozialismus. Sozialismus, der mehr

sein möchte als ein hartnäckiges Wort für eine alte Hoffnung, die sich verflüchtigt hat, müßte sich neu beweisen“ (S. 11). Meyers Buch ist ein solcher Versuch.

In seiner „Kritik der politischen Semantik von Sozialismus und Kommunismus“ beschreibt er, auf welche Weise die beiden Begriffe historisch miteinander verwoben sind. Vor diesem Hintergrund unternimmt er einen ersten Versuch zu bestimmen, was der Sozialismus nicht ist: eben kein Zielzustand, kein abstraktes Ziel, kein Lehrgebäude und keine reine Utopie. Der Weg ist das Ziel. Was bleibt, ist der Sozialismus als regulative Idee der Gerechtigkeit ohne Tröstung.

Was bleibt vom Sozialismus? Demokratischer Sozialismus!? Kommunismus sowjetischer Prägung bedeutete Einparteienherrschaft, Diktatur des Proletariats, Staatseigentum, zentrale Lenkung aller gesellschaftlichen Entwicklungen. Der Sowjetstaat schloß den Zwang zu lernen, Veränderung, Differenzierung, die Chance zu wirklicher Entwicklung systematisch aus. Sein Scheitern war vorprogrammiert. Der Demokratische Sozialismus aber, dessen emphatischer Vertreter Meyer von der ersten bis zur letzten Zeile seines Essays bleibt, ermöglicht prinzipiell Demokratisierung, gesellschaftliche Verantwortung für die Ökonomie, Mitbestimmung, soziale Eigentumskontrolle, Menschenrechtsgarantien, soziale Sicherheit und demokratische Reformen. Mit anderen Worten: Der Kommunismus ist statisch und hermatisch, der Demokratische Sozialismus dynamisch und offen.

Noch leidenschaftlicher wird Meyers Plädoyer für den Demokratischen Sozialismus dort, wo er sich mit den großen Diskursen der Arbeiterbewegung auseinandersetzt. Lenin und Bernstein steigen in den Ring. Nach Meyers Auffassung ist Bernsteins Sozialismusverständnis die Alternative zu dessen anti-liberalen und autoritären Begriff, wie wir ihn von Lenin kennen. Bernsteins Verständnis von Sozialismus will die allgemeinen liberalen Prinzipien und die liberalen Institutionen, die ihnen gerecht werden, bewahren. Zu seinem Programm vom liberalen Sozialismus gehören unabdingbar die Grundrechtsgarantien, pluralistische Demokratie, innersozialistischer Pluralismus, kritisches Wissenschaftsverständnis sowie die Aufhebung von Entscheidungsprivilegien. Dabei dachte er dem demokratischen Verfassungsstaat eine entscheidende Rolle bei der Überwindung privatwirtschaftlicher Machtpositionen zu, ohne jedoch den Staat und dessen Fähigkeit, gesellschaftliche Entwicklungen zu organisieren, zu überschätzen.

Ähnliches gilt für den großen Diskurs in der Arbeiterbewegung über Revolution und Reform, wie er in den 90er Jahren des vergangenen Jahrhunderts begann und bis in die Gegenwart geführt wird. Auch heute noch verbindet sich dieser Diskurs mit dem Namen Eduard Bernsteins und dem Begriffs des „Revisionismus“. Entgegen dem landläufigen Vorurteil, so bemerkt Meyer zurecht, ging es in diesem Streit weniger darum, ob am Ziel des Sozialismus festgehalten oder zum Kapitalismus übergelaufen werden solle. Vielmehr ging es um die Möglichkeiten und die Voraussetzungen, wie hochkomplexe, moderne Gesellschaften grundlegend zu verändern sind. Die zentrale Frage, die sich Bernstein vor diesem Hintergrund stellte, lautete, ob nicht auf dem Wege von Reformvorhaben die komplexe Ökonomie des Kapitalismus in eine sozialistische umgebaut werden kann. Wie wir wissen, beschloß der Parteitag der SPD 1903 in Dresden die „Resolution gegen

den Revisionismus“. Die Kritik am Revisionismus wurde damit begründet, daß aus der revolutionären SPD, die auf die möglichst rasche Transformation der bestehenden kapitalistischen in eine sozialistische Gesellschaftsordnung hinarbeitet, eine Partei wird, die sich mit einer reformierten bürgerlichen Gesellschaft abfindet (vgl. A. Klönne, Die deutsche Arbeiterbewegung). Kritik an Bernsteins Ansatz übte auch Rosa Luxemburg in ihrer Schrift „Sozialreform oder Revolution“. Sie vertrat die Auffassung, daß Reformen zwar die sozialen Auswirkungen kapitalistischer Produktionsweise mildern, nicht aber den Grundwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit überwinden können. Meyer gelangt in der Auseinandersetzung mit Bernstein zu der Überzeugung, daß die Revisionisten ein Schlüsselargument vorgetragen haben, das bis heute nur unzureichende Beachtung gefunden hat: „Hochkomplexe Industriegesellschaften, auch kapitalistische“, schreibt Meyer, „können aus organisationssoziologischen Gründen prinzipiell nur graduell umgebaut werden. Nicht, indem ein alternatives Modell das alte verdrängt, sondern indem alternative Normen als neue Funktionsimperative Zug um Zug zur Geltung gebracht werden. Solidarität, Demokratisierung, gesellschaftliche Steuerung, Mitbestimmung können in hochkomplexe Verhältnisse nur durch die allmähliche Umprägung der Strukturen eingeführt werden“ (S. 63). Reformen sind dann eine Sache der Konsequenz, wenn sie Realität und Ziel wirksam zusammenführen, Nah- und Fernziele zu einer Einheit verbinden. Nicht die Eigentumsformen sind das entscheidende Instrument gesellschaftlicher Kontrolle, sondern Teilhabe und Partizipation an realen Entscheidungsfunktionen. Vergesellschaftung der Produktionsmittel ist nicht gleichbedeutend mit Enteignung. Meyer schreibt weiter: „Nicht der eine große Hebel setzt mit einemmal das gesellschaftliche Interesse für immer durch. Die vielen kleinen Hebel bringen es nie gänzlich, aber in ihrem Zusammenwirken doch wirkungsvoll

zur Geltung. Rahmensetzung, Mitbestimmung, Steuergesetze, Sozialpolitik, Arbeitsrecht, Einfluß auf Investitionen und Entwicklungen“ (S. 64).

Was bleibt vom Sozialismus? Wir wissen, was der Kommunismus war, so meint Meyer, was jedoch Sozialismus sein könnte, ist heute nicht mehr eindeutig zu bestimmen. Daher macht er einen Vorschlag zur Güte: „Demokratischer Sozialismus hat Zukunft - als Soziale Demokratie“ (S. 137).

Meyers Standpunkt ist der eines überzeugten Sozialdemokraten, für den das Modell des „real existierenden Sozialismus“ bereits in seinen Anfängen zum Scheitern verurteilt war. Seine Argumente sind im wesentlichen nicht neu. Sie lassen sich beispielsweise in den hervorragenden Arbeiten des Frankfurter Politikwissenschaftlers Iring Fetscher zur Sowjetideologie, die bereits in den 60er Jahren entstanden sind, nachlesen. Wichtiges zu diesem Problemkomplex findet sich auch in einem neueren Beitrag von Jürgen Habermas über „Die nachholende Revolution“. Meyer ist fest eingetaucht in die Tradition der westlichen Sozialisten, die immer schon zwischen dem Scheitern von „real existierendem Sozialismus“ und „realem Kapitalismus“ stand. Damit teilt er auch ihre Schwierigkeiten. Nicht zuletzt deshalb gewinnt man an mancher Stelle des interessanten Essays den Eindruck, daß Meyer nur unzureichend die Möglichkeiten auslotet, was Sozialismus in der Gegenwart und in der Zukunft noch sein könnte. Denn Sozialismus ist auch eine Methode der Kritik realer gesellschaftlicher Verhältnisse. Der Sozialismus ist Ausdruck unverwirklichter Möglichkeiten, die Negation derjenigen Bedingungen, die seiner Verwirklichung entgegenstehen. Der Sozialismus ist der Stachel im Fleische des Kapitalismus. Aber nicht nur das: Sozialismus ist real, er ist Teil, Seite Moment der Wirklichkeit und eine dauernde Aufgabe.

Klaus Störch,
Flörsheim

SABINE KEBIR

ABKOPPELUNG UND AUFKLÄRUNG

Hiermit möchte ich auf Christoph Spehrs Artikel „Westliche Kultur und 'multikulturelle' Weltgesellschaft“ in spw 61 eingehen. Obwohl ich den Grundforderungen des Artikels zustimme, scheinen mir die Probleme der praktischen Realisierung nicht erfaßt zu sein. Dies betrifft sowohl die politischen Voraussetzungen - die vollkommen unreflektiert bleiben - als auch die demographischen Voraussetzungen - die eine einfache Rückkehr in vorkoloniale Produktionsstrukturen undenkbar machen. Des weiteren kann ich Spehrs reduktionistischem Begriff der Aufklärung keinesfalls zustimmen. Als ich 1977 in das algerische Sidi Bel Abbas zog, hatte ich Gelegenheit, aus der Nähe den Aufbau eines gigantischen Industrieunternehmens zu beobachten. Mein algerischer Ehemann hatte den Posten eines Personaldirektors in diesem von der Bundesrepublik errichteten größten Landmaschinenwerk von Nordafrika übernommen. Weder von der Größe noch vom technischen Standard her hatte der Betrieb ein Pendant in Deutschland selbst - er war also in jeder Hinsicht Versuchslabor. Seine zukünftigen Kapazitäten waren auf mindestens 24 verschiedene Landmaschinentypen in einem Umfang geplant, daß nicht nur der algerische Markt abgedeckt, sondern auch Export in andere afrikanische Länder möglich werden sollte. Der technische Leiter des Projekts - ein bereits bejahrter Herr aus dem Württembergischen - verkörperte den Begriff der 'deutschen Wertarbeit'. Aber er war nicht nur stolz auf seine Arbeit. Er war weitsichtig genug, sich ihrer auch zu schämen. Vor uns gab er

Dr.phil. Sabine Kebir, Privatdozentin und Schriftstellerin, Berlin

zu, daß das Werk nie funktionieren würde. Der Betrieb war ein Palast aus Licht und Glas. Bis zu den Kristallgläsern und zum Stahlbesteck in der Kantine war alles aus der Bundesrepublik importiert. Das Geschirr, aber auch die Seife und die Handtücher in den Waschräumen verschwanden in Windeseile. Die Fabrikleitung beschloß, diese Dinge immer wieder neu zu beschaffen und zu hoffen, daß irgendwann der Punkt erreicht wäre, an dem alle Arbeiter sich mit Geschirr und Wäsche eingedeckt hätten: die Petrodollars machten eine solche Großzügigkeit damals noch möglich. Schwere wog offensichtlich, daß die gleichzeitig errichteten Neubauwohnungen in Sidi Bel Abbas nur für die Kader, die Führungskräfte reichten. Die Arbeiter lebten wie eh und je weiter in ihren Höhlen. Der Kontrast zwischen dem beinahe steril-hygienischen Arbeitsplatz und den eigenen Lebensbedingungen war zu gewaltig. Eines Morgens fand man einen Kollegen, der sich nachts vor dem Fabriktor aufgehängt hatte. Er war nicht der letzte.

Als der Betrieb fertig war, konnte er schließlich nur zwei Typen von Landmaschinen herstellen und war weit davon entfernt, die Bedürfnisse des algerischen Marktes befriedigen zu können. Er ist freilich vertragsgerecht bezahlt worden. Die Bundesrepublik hat an ihm nicht schlecht verdient. Daß die Berieselungsmaschine am 1. Mai durch die Straßen von Sidi Bel Abbas Parfüm versprengte, war sicher eine schöne Idee - zu größerer Arbeitsproduktivität hat sie nicht beigetragen. Das hing freilich auch damit zusammen, daß es an einer adäquaten Facharbeiterausbildung mangelte und daß - obwohl Hochtechnologietransfer aus dem Westen zum nationalen Programm erhoben war -

zugleich das Französische in der Schule zugunsten des literarischen Hocharabisch systematisch reduziert wurde. Damals kam mir schnell die Erkenntnis, das dieser Hochtechnologietransfer in die Dritte Welt ein verhängnisvoller Irrweg war, der keine organische Entwicklung in Gang bringen konnte. Neue Techniken werden psychosozial offensichtlich nur dann akzeptiert und schöp-

Ehe sich Wirtschaftsflüchtlinge aus den Slumgürteln der großen Städte auf den Weg in die Festung Europa machen, liegt es näher, sich zunächst mal bei den prosperierenden Inseln der eigenen Landsleute zu bedienen.

ferisch verwandt, wenn die Menschen sofortige und direkte Vorteile daraus ziehen können. Diese Erkenntnis hätte aufmerksamen Lesern freilich schon der 1961 verstorbene Frantz Fanon mit seinen Essays über die Akzeptanz des Radios und der modernen Medizin bei den Algeriern vermitteln können. Auch Wohlhabende hatten sich jahrzehntlang nicht für den als frivol empfundenen französischen Rundfunk interessiert. Von Algeriern wurden erst dann massenhaft Radios gekauft, als die Revolution 1954 begonnen hatte, und insbesondere dann, als die Befreiungsfront einen eigenen Sender einrichtete. Und erst das häufige Sterben von Moudjahidines durch Tetanus und Blutvergiftung ebnete der europäischen Medizin den Weg. (Die Effizienz der entsprechenden Medikamente wurde um so deutlicher, weil die Kolonial-

macht ihren freien Vertrieb seit dem Aufbrechen der Kämpfe verbot - wie übrigens auch den Verkauf von Radiobatterien).

Ich gebe Spehr also durchaus recht, wenn er einer weitgehenden Abkoppelung und lokalen Autonomie der technologisch-ökonomischen Entwicklung in der Dritten Welt das Wort redet. Und zu dieser technisch-ökonomischen Abkoppelung gehören zweifellos auch eigene Weltanschauungen und Wertesysteme. Genau das wollten meine Ausführungen zum Import bestimmter - nämlich der konsumorientierten - Elemente der westlichen Zivilgesellschaft suggerieren. Unabdingbar scheint mir freilich die eigenständige zivilgesellschaftliche Entwicklung der kulturellen und politischen Strukturen im Süden, d. h. die Errichtung von Assoziations- und Medienfreiheit. Sowohl der hemmungslose Technologie- als auch Kulturtransfer in die Dritte Welt hatten durchaus etwas mit den dort bestehenden totalitären politischen Systemen zu tun, deren Funktionäre sich leicht von West oder Ost korrumpieren ließen, ohne der geringsten gesellschaftlichen Kontrolle zu unterliegen.

Abkoppelung kann des weiteren nicht generellen Verzicht auf wissenschaftliche Durchdringung aller Lebenssphären heißen. Geburtenkontrolle und Technisierung von Lebensmittelproduktion sollten und können freilich auch nur auf der Basis eigener - mehr oder weniger 'abgekoppelter' - sozio-medizinischer und technischer Entwicklung in Gang kommen. Aber auch hierfür sind die politischen Voraussetzungen nicht zu unterschätzen: der Ostblock ist nicht zuletzt daran zugrundegegangen, daß die Menschen dort die teilweise realisierte technologische Abkoppelung nicht hingenommen haben.

Es scheint mir auch unrealistisch, Abkoppelung und Autonomie ganz ohne nationale und internationale Vernetzungen zu denken. Ohne eine Wirtschafts-

politik, die allen demographisch explodierenden hungernden Massen - denen zumeist gar kein landwirtschaftlich nutzbarer Boden mehr zur Verfügung steht - eine Lebensperspektive vermittelt, werden die abgekoppelten Inseln von diesen sofort überrannt werden. Ehe sich Wirtschaftsflüchtlinge aus den Slumgürteln der großen Städte auf den Weg in die Festung Europa machen, liegt es näher, sich zunächst mal bei den prosperierenden Inseln der eigenen Landsleute zu bedienen. Genau hier liegen schon heute die Konflikte nicht nur in der ehemaligen Dritten, sondern auch in der Zweiten Welt: Autonomiebestrebungen haben insbesondere die reicherer, prosperierenden Teile ehemaliger Staatengebilde. Um eine - auf ökonomischen Ausgleich zielende - wirklich neue Weltwirtschaftsordnung kommen wir bei Strafe des allgemeinen Untergangs nicht herum. Diese - der im Gefolge des Golfkrieges befestigten alten Ordnung diametral entgegengesetzte - Ordnung hätte zunächst die Bildung neuer politischer und wirtschaftlicher Bündnisse des Südens zur Voraussetzung, um endlich den Austausch von Rohstoffen und Produkten zwischen den armen Ländern selbst möglich zu machen. Der Erneuerung und Neuerrichtung solcher Bündnisse steht freilich die Verschuldung des Südens entgegen - womit jedes einzelne Land direkt an den Norden gebunden bleibt. Eine radikale und gleichzeitige Entschuldung ganzer Weltregionen wäre die erste, wenn auch bei weitem nicht letzte Forderung, die an die Regierungen des Nordens zu stellen wäre. Hinzu käme, daß die dringend erforderliche wirtschaftliche Autonomie des Südens ihr Pendant in der Wirtschaftsautonomie des Nordens finden muß. Statt rücksichtsloser Ausbeutung fremder Rohstoff- und Arbeitskräftereserven müßten wir in kurzer Zeit eine totale Recyclingwirtschaft entwickeln. Wie solche gigantischen Umbauprojekte - die auch im günstigsten Falle nicht nur den Oberschichten erhebliche Einbußen an Lebensstandard abverlangen würden - politisch durchgesetzt wer-

den sollen, ohne auf die Traditionen von Aufklärung und Vernunftdenken zurückzugreifen, ist mir ebenfalls unklar. Zunächst ist es schon falsch, die 'Aufklärung' historisch auf eine Tradition des europäischen 18. Jahrhunderts zu beschränken und nur mit dem modernen Kolonialismus in Zusammenhang zu bringen. Das Zentrum von Aufgeklärtheit, Toleranz und Wissenschaft lag wenige Jahrhunderte zuvor bekanntlich in der islamischen Kultur und gerade daran haben die auf den menschlichen Universalismus zielenden bedeutendsten Aufklärer des 18. Jahrhunderts angeknüpft. (Auch die Anthropologie ist ein Kind der Aufklärung). Wer die Aufklärung verwirft - weil sie trotz jahrhundertelanger Versuche angeblich historisch nichts gebracht hätte - hängt offensichtlich immer noch der Vorstellung an, daß sich zivilisatorische Leistungen biologisch-genetisch festschreiben lassen müßten, sonst seien sie gleich gar nichts wert. Es ist wirklich erwiesen, daß sie sich biologisch nicht festschreiben lassen und daß wir nicht nur bei Naturkatastrophen, sondern schon bei geringfügigen Bedrohungen unseres Lebensstandards innerhalb weniger Minuten leicht wieder zu Halbaffen werden können. Es gibt aber keine Alternative, als Toleranz und Aufklärung jeder Generation immer wieder neu und möglichst umfassender anzuerziehen. Darin besteht die verfluchte 'Dialektik der Aufklärung'.

Auch ich sehe freilich wenig Chancen, den jetzigen gegenaufklärerischen und weltzerstörerischen Trend umzukehren. Wer es freilich nicht versucht, hat das Welteneinde schon vorprogrammiert. Nachdem die Gefahr eines einmaligen weltweiten Atomdesasters gebannt scheint, wird die Tücke des Untergangs freilich nicht in der Gnade eines plötzlichen allgemeinen Black outs bestehen, sondern in einem jahrzehntelangen Hinqualen von immer häufiger werdenden lokalen Katastrophen, die dann ihrerseits weltweite katastrophische Vernetzungen herstellen.

Ich abonniere spw ab sofort/ab Heft spw erscheint in sechs Heften mit einem Gesamtumfang von ca. 360 Seiten. Die Kündigung des Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich. Jahresabo: Inland DM 51,-; Ausland DM 54,- (incl. Versand). spw kann jahrgangswise auch rückwirkend abonniert werden.

- zum Normalpreis DM 51,-
 zum ermäßigten Preis DM 42,-
 zum Auslandspreis DM 54,-
- Hiermit erteile ich dem SPW-Verlag gleichzeitig eine Einzugsermächtigung für die Abbuchung des Abo-Betrags von meinem Konto.
- Ich wünsche eine Rechnung

Konto-Nummer Bankleitzahl

Bankverbindung

Name (in Druckbuchstaben) Geburtsdatum

Straße und Hausnummer

PLZ Wohnort

Datum/Unterschrift

Diese Bestellung kann innerhalb einer Woche schriftlich widerrufen werden (Poststempel). Erfolgt innerhalb dieser Frist kein Widerruf, ist ein wirksamer Vertrag zustande gekommen. Ich bestätige hiermit, über mein Widerrufsrecht entsprechend dem Abzahlungsgesetz (§1b, Abs. 1) in Kenntnis gesetzt worden zu sein.

Datum/Unterschrift

(Achtung! Zwei Unterschriften bitte, damit wir die Bestellung zügig bearbeiten können!)

PRÄMIE

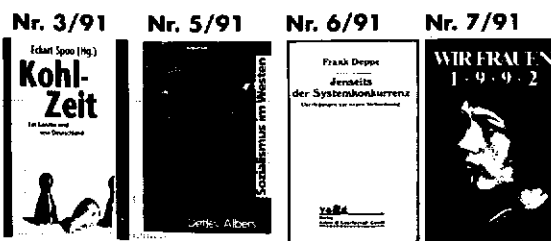
Ich habe das obige Abo **geworben** und möchte Buchprämie Nr.
 Meine Adresse vermerke ich unten:

Ich habe **mich selbst** geworben und möchte Buchprämie Nr.

Name (in Druckbuchstaben)

Straße und Hausnummer

PLZ Wohnort



Die aktuellen Buchprämien stellen wir auf Seite 28 vor.

spw Hefte 1 bis 51 sind sämtlich noch lieferbar:

- Hefte 1-29 für AbonnentInnen zu je 5,- DM
 Hefte 30-50 für AbonnentInnen zu je 7,50 DM

Ich bestelle

- gegen Rechnung
 durch Vorkasse
 mit Verrechnungsscheck
- Expl. Josef Hindels, Marxismus u. Gegenwart
 Expl. Frauenbilder
 Expl. Kapitalistische Krise
 Expl. Herforder Thesen
 Expl. Linke Sozialdemokraten ? ...
 Expl. Sozialismus der Zukunft
 Expl. Projekt Moderner Sozialismus. 53 Thesen

spw Hefte Nr.

Name, Vorname

Straße und Hausnummer

PLZ und Ort

Datum und Unterschrift

WEITERHIN LIEFERBAR AUS UNSEREM VERLAGSPROGRAMM

Josef Hindels
MARXISMUS UND GEGENWART
 2. Auflage 1985, 146 Seiten, Ladenpreis 9,- DM, für AbonnentInnen 6,- DM, bei Abnahme von min. 10 Expl. 5,- DM je Stück. Für die Schulungsarbeit erprobt und bestens geeignet!

FRAUENBILDER:
Die weibliche Wirklichkeit ist anders
 (Hrsg. von den JungsozialistInnen Berlin), 80 Seiten mit Fotos, Ergebnisse des Fotowettbewerbs der Berliner JUSOS, Ladenpreis 19,80 DM, für AbonnentInnen 15,- DM

KAPITALISTISCHE KRISE UND STRATEGIEN DER EUROLINKEN
 Fragen einer sozialistischen Politik in Westeuropa, hrsg. von Detlev Albers, Josef Cap, Jean-Pierre Chevènement und Pietro Ingrao, mit Beiträgen von AutorInnen aus der gesamten westeurop. Linken, 160 S., Ladenpreis 21,50 DM, für AbonnentInnen 12,- DM

HERFORDER THESEN.
Zur Arbeit von Marxisten in der SPD
 2. überarbeitete Ausgabe 1981, hrsg. vom Vorstand der JUSOS Ostwestfalen-Lippe, Ladenpreis 8,- DM, für AbonnentInnen 5,- DM. Die Herforder Thesen waren Anfang der achtziger Jahre die grundlegende Positionsbestimmung marxistischer Kräfte innerhalb der Sozialdemokratie, die dabei an die marxistischen Traditionen in der hiesigen wie der internationalen Sozialdemokratie anknüpften.

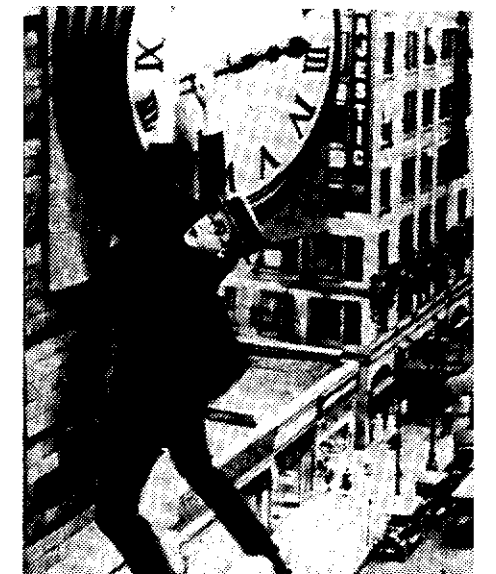
LINKE SOZIALDEMOKRATEN & BUNDESREPUBLIKANISCHE LINKE.
Diskussion am Beispiel der Herforder Thesen
 Hrsg. von Detlev Albers u.a., mit Beiträgen v. Wolfgang Abendroth, Rudolf Bahro, Joachim Bischoff u.a., Ladenpreis 10,80 DM, für AbonnentInnen 8,- DM.

SOZIALISMUS DER ZUKUNFT.
Grundlagen für das neue Programm der SPD
 Hrsg. v. D. Albers, F. Heidenreich, H. Lienker u. Kurt Neumann, mit Beiträgen von Dieter Dehm, Jürgen Egert, Katrin Fuchs u.a., 185 S., Ladenpreis 17,50 DM, für AbonnentInnen 15,- DM. WissenschaftlerInnen und PolitikerInnen, Ökonomen und Politologen, Abgeordnete aus Bundestag und Europäischem Parlament, skizzieren Ziele und Wege sozialdemokratischer Politik auf lange Frist.

PROJEKT MODERNER SOZIALISMUS. 53 Thesen
 Hrsg. von Susi Möbbeck, Fiete Saß und Birgit Zoerner, Ladenpreis 8,- DM, für AbonnentInnen 7,- DM. Marxistische Jusos in der SPD haben Bausteine für eine Analyse unserer Zeit und eine moderne sozialistische Strategie formuliert. Aus dem Inhalt: Welt im Umbruch; Ökonomische Regulierung; Veränderung von Arbeits- und Lebensweise; Entwicklung des politischen Systems; Reform und Revolution heute; Bündnis von Arbeit, Wissenschaft und Kultur; Perspektiven des modernen Sozialismus.

Anzeige

Auf der Suche nach der verlorenen Zeit



Ich möchte den Freitag kennenlernen: Sechs Wochen lang zur Probe für 10,- DM (nur Vorkasse: bar, Scheck oder Briefmarken).

Name/Vorname

Straße

PLZ/Ort

Datum/Unterschrift

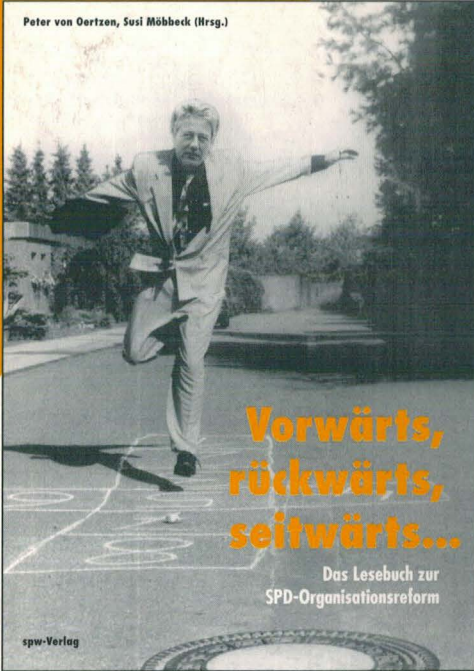
Vertrauensgarantie: Ich weiß, daß ich diese Bestellung innerhalb einer Woche beim Freitag widerrufen kann. Wird der Bezug nicht vor Erhalt der 5. Ausgabe gekündigt, wandelt sich das Probeabo in ein reguläres Abo um.

Einsenden an: Vertrieb Freitag, PF 360 520, W-1000 Berlin 36

Freitag
 Die Ost-West-Wochenzeitung

JEDEN FREITAG AM KIOSK!

Peter von Oertzen, Susi Möbbeck (Hrsg.)



Vorwärts, rückwärts, seitwärts...

Das Lesebuch zur
SPD-Organisationsreform

spw-Verlag

Peter von Oertzen/Susi Möbbeck (Hrsg.)

Vorwärts, rückwärts, seitwärts...

Das Lesebuch zur
SPD-Organisationsreform

ca. 200 Seiten / Buchhandelspreis: DM 19,80
Erscheinungstermin: November 1991

Aus dem Inhalt:

Solidarität und Individualisierung • Wie man einen Par-
teitag aufmischt • Die AfA-Betriebsgruppe - der Ortsver-
ein neuen Typs? • Der Ortsverein - lebendige Basis-
einheit oder tote Hose? • Arbeitnehmerpartei, Volks-
partei, Allerweltpartei? • SPD zwischen Yuppies und
Proleten? • Was erwarten anspruchsvolle Frauen von
der SPD? • Mitmachen, Mitentscheiden, Mitglied sein -
worauf kommt es an? • Gibt es Politik ohne Partei? •
Partei und Computer - mit neuer Technik zu neuen
Ufern? • Professionalität - Mythos oder Chance? • Pro-
jektarbeit in der SPD • Kultur- und Medienarbeit heute

Beiträge von und mit

Rudolf Dreßler • Diether Dehm • Konrad Elmer •
Peter Grafe • Horst Kern • Werner Kindsmüller
• Dieter Lattmann • Susi Möbbeck • Peter
von Oertzen • Hans Scheibner • Ulf Skirke •
Franz Sommerfeld • Kurt Tucholsky •
Karin Vogel • Claudia Walther und
vielen anderen mehr

Ich
bestelle

..... Expl. von
"Vorwärts,
rückwärts,
seitwärts..."
zum Subskriptionspreis*
von je DM 15,- zzgl.
je DM 1,- Versandkosten.

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

Ich zahle mit Verrechnungsscheck (beiliegend). Ich zahle nach Erhalt der Rechnung.

*) bei Direktbestellungen
beim Verlag bis
31.1.1992

Coupon senden an:
spw-Verlag • Kieler Str. 13 • 5000 Köln 80

Postvertriebsstück • Gebühr bezahlt • G 5361 F

spw

- das Magazin der sozial-demokratischen Linken,
- das Magazin für einen sozialistischen Dialog.